Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreise: 10 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 28. Juni 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 132

Zehn Jahre nach Versailles

Severing droht mit der Diktatur

Neue Massensteuern — Fememörder Schulz freigelassen — Lügen-Künstler im Schutze der Justiz

Betriebsunfall des Sozialfaschismus

Das Republikschutzgesetz findet im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit — § 48 soll helfen

(Eig. Meldg.) Berlin, 28. Juni.

Die Abstimmung über das Republikschutzgesetz im Reichstag wurde auf die späten Abendstunden verschoben. Der Zweck dieser Verschiebung war der Versuch der Regierung, die Wirtschaftspartei, deren Stimmen man für die Zweidrittel-Mehrheit benötigte, durch ein Handelsgeschäft für die Annahme des Gesetzes zu gewinnen. Dieser Versuch mißglückte. Das Republikschutzgesetz kam zu Fall, da von 431 Abgeordneten 166, also mehr als ein Drittel, gegen die Verlängerung dieses Gesetzes stimmten.

Als nach dem Fall des Republikschutzgesetzes der Innenminister Severing das Wort ergriff, entstand ein ungeheurer Tumult. Rufe wie „Kapp-Verbrecher", „Arbeitermörder", „Polizeibüttel der Bourgeoisie" schwirrten im Saal. Da der Präsident sich keine Ruhe verschaffen konnte, wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung drohte Loebe mit Anwendung von Polizeimethoden. Severing hielt dann unter dauernden Zwischenrufen der Kommunisten, die von Loebe mit zahlreichen Ordnungsrufen beantwortet wurden, eine Rede.

Das Schandgesetz der Republik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ist zu Fall gebracht worden. Mit zynischer Offenheit hat Severing in seiner Rede nach der Ablehnung zugestanden, daß dieses Gesetz ein Instrument war zum Schutze der kapitalistischen Ausbeuter und zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1923, als die Arbeiter proletarische Hundertschaften und Kontrollorgane bilden, dieses Gesetz vortreffliche Dienste zur Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft getan habe. Dieses Gesetz, das nach der Ermordung Rathenaus angeblich gegen die Mannarchisten und Nationalisten erlassen worden war, hat dieser Gesellschaft niemals wehe getan.

Wir Kommunisten jubeln nicht über den Fall des Schandgesetzes. Wir wissen, daß auch ohne Republikschutzgesetz der gesamte Staatsapparat gegen die Arbeiterschaft und gegen ihre Führerin, die Kommunistische Partei, zur Verfügung steht und angewandt wird. Severing hat in seiner Rede erklärt, daß die Regierung Mittel genug in der Hand hat, um gegen die Kommunistische Partei und die Arbeiterschaft vorzugehen.

Er drohte mit beispielloser Brutalität, daß er zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft nicht vor der Anwendung der äußersten Mittel, vor der Errichtung der nackten Diktatur mit Berufung auf den § 48 der Verfassung zurückschrecken werde.

Diese Aeußerung Severings wurde von der sozialdemokratischen Fraktion und besonders von den „linken" Sozialdemokraten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Kommunistischen Reichstagsfraktion entstand bei der Rede Severings eine ungeheure Empörung. Der Genosse Thälmann bezeichnete Severing als einen Gesinnungslumpen. Er wurde dafür von Loebe aus dem Reichstag gewiesen. Die gesamte kommunistische Fraktion folgte ihm, um damit die Charakterisierung Severings durch den Genossen Thälmann zu unterstreichen. In der darauf folgenden Debatte, die von den Kommunisten erzwungen wurde, sprach der Genosse Pieck, der die Rolle Severings in der Vergangenheit aufzeigte.

München wetteifert mit Zörgiebel

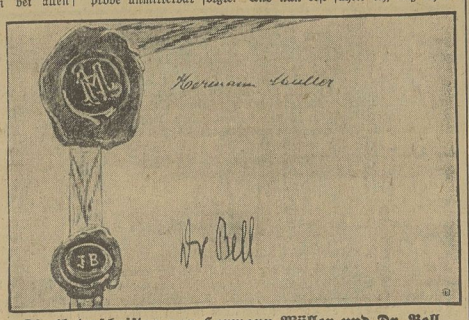
Der Münchener Polizeipräsident hat die für den 1. Juli von der Roten Hilfe angekündigte Versammlung, in der ein Mitglied des Berliner Mai-Ausschusses über die blutigen Maimorde in Berlin berichten und in der der Film über die Maitage gezeigt werden sollte, verboten, weil in der von der Roten Hilfe angekündigten Versammlung unter Vorführung von Lichtbildern über die Vorgänge im Mai in Berlin berichtet werden soll und durch diese Veranstaltung die Münchener Kommunisten für die gleichen, den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Handlungen begeistert und geschult werden sollten. Die bayrische Reaktion will den Berliner Arbeitermördern nicht nachstehen.

Hermann Müllers „schwerste Stunde"

Wie Hermann Müller im Schweiße seines Angesichts den Vertrag unterzeichnete

Wir wollen unseren Lesern das Vergnügen sparen, die ausführliche Beschreibung der Formalitäten der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, wie sie Hermann Müller in dem Buch „So war es in Versailles" mit breitem Verweilen bei allen diplomatischen Zeremonien und Formalitäten gibt, zu lesen. Aber eine kleine Szene verdient doch abgedruckt zu werden. Sie ist ein allzu treues Spiegelbild der grenzenlosen Eitelkeit, des grotesk-pathetischen Nationalismus, der in diesen Memoiren Hermann Müllers überall zum Ausdruck kommt. Müller beschreibt den Verlauf der Unterzeichnungszeremonie und seine physiologischen Folgen für ihn selbst wie folgt:

„Jetzt löste sich die Spannung in ganz eigenartiger Weise. Ich hatte mich seit 1½ Stunden außerordentlich in der Gewalt. Von dem Augenblick an, wo mich die Obersten in Empfang genommen hatten, bis zu dem, wo sie sich verabschiedeten, vor allem aber in der Stunde, in der ich den tausend Blicken im Spiegelsaal ausgesetzt war, hatte ich eine Maske der rein geschäftsmäßigen Korrektheit angenommen. Nichts in meiner Haltung, in meinem Gang, in meinem Blick, in meinen Bewegungen sollte zu irgendwelchen Deutungen Anlaß geben. Ich wollte den tiefen Schmerz des deutschen Volkes, das ich in diesem Augenblick vertreten mußte, nicht den gierigen Blicken unserer bisherigen Feinde preisgeben. Das war mir nicht nur äußerlich gelungen — im „Temps" und in anderen Blättern wurde ausdrücklich betont, daß es unmöglich gewesen wäre, irgend etwas aus unseren Blicken und Bewegungen herauszulesen —, sondern ich hatte es bei der Durchführung dieses Vorsatzes sogar so weit gebracht, alle inneren Regungen zu unterdrücken. Welche ungeheure Nervenanspannung diese Haltung kostete, das sollte ich erst merken, als ich wieder allein war. In derselben Stunde, in der ich in meinem Zimmer Hut und Gehrock ablegte, um mich umzukleiden, strömte der Schweiß aus allen Poren in einer Weise, wie ich es nie zuvor erlebt hatte. Das war eben die physische Reaktion, die dieser unerhörten physischen Belastungsprobe unmittelbar folgte. Und nun erst fühlte ich, daß ich die schwerste Stunde meines Lebens hinter mir hatte."



Die Unterschriften von Hermann Müller und Dr. Bell unter dem Vertrag von Versailles

Die Müller-Memoiren können ohne Uebertreibung den Lebenserinnerungen Mathilde von Ludendorffs im „Acht-Uhr-Abendblatt" oder den Memoiren „Wilhelms, des Ausgerissenen" zur Seite gestellt werden.

Der 28. Juni

Zehn Jahre Versailles und ein Jahr Koalitionspolitik

—e. Halle, 28. Juni.

Am 28. Juni 1919 unterzeichnete Hermann Müller als Außenminister der deutschen Republik mit Dr. Bell in Paris den Friedensvertrag von Versailles. Am 28. Juni 1928 bildete Hermann Müller das Kabinett der Großen Koalition. Zehn Jahre Versailles — ein Jahr sozialdemokratische Koalitionspolitik! Fürwahr, das sind einige Daten, zu denen deswegen Stellung genommen werden muß, weil an ihnen Ströme von Blut und Tränen der werktätigen Massen kleben.

*

Besinnen wir uns: Vor zehn Jahren ging über den Streit um die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages die Scheidemann-Regierung zum Teufel und eine neue Regierung mit Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Wissell und Noske wurde ausdrücklich als die Regierung geschaffen, die in Versailles den „Schmachfrieden" unterzeichnen sollte. Und so geschah es. Ein offizielles Wutgeheul aus dem Lager der besiegten deutschen Imperialisten begleitete diese Handlung. „Deutschland wird vernichtet", die „Kriegsschuldlüge wird uns erdrücken", diese „Verletzung unserer nationalen Ehre" können wir nicht hinnehmen. Versailles ist der „schwarze Tag des deutschen Volkes".

Sogar so ein angeblich so kluger und weitsichtiger Mann, wie der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg schickte seinem Vorgänger, dem Reichspräsidenten Fritz Ebert am 20. Juni 1919 folgende Erklärung aus dem Großen Hauptquartier, die auch beweist, daß Deutschlands Geschicke in den richtigen Händen lagen, als dieser Mann mit Ludendorff über alles kommandierte:

„Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. (Durch Versailles gehört Posen den Polen! D. Red.) Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der militärischen Ueberlegenheit der Entente und der Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der gesamten Operation ist daher sehr fraglich (Nee, er war gar nicht „fraglich"! D. Red.), aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.

gez.: Hindenburg."

Hindenburg ging zwar nicht unter, sondern zog vor, sich zum Reichspräsidenten der „Versailler Juden-Republik" wählen zu lassen. Doch damals dachte er nicht allein so. Am 19. Juni erklärten in Weimar dem blutigen Kriegsminister Noske die Oberkommandierenden der verschiedensten Armeegruppen, z. B. von Bayern und Sachsen, sowie der Chef der Admiralität, daß sie der Regierung die Dienste versagen würden, wenn die „Schmachparagraphen" angenommen würden. Nur General v. Lüttwitz, der Bundesbruder von Kapp, wies daraufhin, daß dann

„wohl die Gefahr bestände, daß führerlose Truppen bolschewistisch würden. Es sei aber sicher zu erwarten, daß die Masse der guten Truppen im Falle der Annahme Stellung gegen die Regierung nehmen würde. General v. Lüttwitz würde es daher sehr bedauern (!!), wenn sich diese Stellungnahme auch gegen den Minister Noske richten müßte!"

Und vom General Groener, dem ewigen Reichswehrminister, gab das Wolffsche Telegraphenbüro bekannt, daß er ebenfalls „den Wunsch hege, wegen des unerhörten Schmachfriedens aus dem Dienst zu scheiden." Von diesen Militaristen und Junkern begriff nur Lüttwitz dunkel das, worauf für die Trustbourgeoisie es ankam: Um Deutschland vor der bolschewistischen Gefahr" zu schützen, um der deutschen Bourgeoisie die politische Herrschaft zu erhalten, mußte ein Waffenstillstand mit den anderen imperialistischen Mächten abgeschlossen werden. Das verstanden die Sozialdemokraten und natürlich auch ihre großbürgerlichen Hintermänner. Und danach handelten sie. Der „Schmachfriede von Versailles" war die erste Atempause für die deutsche Trustbourgeoisie zur planmäßigen Organisierung ihres Kampfes gegen den „inneren Feind", den deutschen Kommunismus und dessen besten Bundesgenossen, die Sowjetunion. Die „Niederwerfung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0001

Deutschlands durch „Versailles" war der Anfang seiner Wiederherstellung als Trutzburg der internationalen Großbourgeoisie gegen die Weltrevolution.

*

Der „innere Feind", das durch den Krieg hungernde und vollkommen verelendete Proletariat, war wohl durch die politischen Manöver und heuchlerischen Versprechungen der Sozialdemokratie zersetzt und durch die konterrevolutionären Banditen unter dem Kommando Noskes blutig niedergeschlagen worden, aber es begann, sich zu neuen revolutionären Kämpfen zu regen. Die Fortsetzung des Krieges mußte den Massen wieder Waffen und dem Kommunismus, der energisch für Friede, Freiheit, Brot eintrat, neue Sympathien bringen. Hindenburgs Plan, den Krieg fortzuführen und „ehrenvoll unterzugehen", war für die Bourgeoisie in jeder Beziehung sehr „fraglich". Und die deutschen Menschewiki hatten von Kerenski gelernt! Fortführung des Krieges würde wie in Rußland völligen Bankrott der sogenannten Demokratie und gute Aussichten für siegreiche Beendigung der Revolution durch das Proletariat bedeutet haben. In Berlin, in Hamburg, in Frankfurt, Landsberg und anderen Orten waren trotz aller Blutbäder unter Assistenz der SPD. schon wieder große Lebensmittelunruhen ausgebrochen. In Hamburg war es wieder zu einem unerhörten Blutbad unter der Arbeiterschaft gekommen. Noske erließ dazu einen Befehl, der sehr deutlich die Situation und auch die Beurteilung der Lage durch die Sozialdemokratie kennzeichnet und darum hier wiedergegeben werden soll. Er wurde am 27. Juni von der Presse verbreitet:

„Die Aufstände in Hamburg, die Wühlereien und schweren Streikauschreitungen in Berlin und anderen Orten veranlassen mich zu folgendem Befehl:

1. Aufstände sind mit allen Mitteln schnellstens niederzuschlagen, wenn notwendig unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt.

2. Bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebensnotwendig ist, kann mit militärischen Machtmitteln der Betrieb aufrecht erhalten werden. Die Freiheit zur Arbeit ist überall zu schützen.

3. Bei Streiks auf Eisenbahnen ist die Durchführung der notwendigsten Transporte nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt zu erzwingen.

Ich behalte mir vor, gegen Aufständische das verschärfte Standrecht zu verhängen. gez.: Noske."

Die Schüsse in Hamburg lieferten im Arbeiterblut die echt deutsche Tinte für den echt deutschen Federhalter, mit dem Hermann Müller in Versailles seine Unterschrift leistete. Noskes neue Kriegserklärung an das Proletariat und Müllers Friedensvertrag mit den kapitalistischen Herren der anderen Länder gaben der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit, durch die völlige Niederwerfung des deutschen Proletariats die Voraussetzungen zum imperialistischen Wiederaufstieg zu schaffen. Gleichzeitig gaben sie den „Siegerländern" selbst die Möglichkeit, ihre Arbeitermassen mit Friedensillusionen und Siegesklängen vom Kampf um ihre eigenen Interessen abzuhalten, die Konterrevolution gegen die Rätediktatur in Ungarn und die Denekin und Judenitsch, die Wrangel und Kolischak im Kampf gegen die Sowjetunion zu unterstützen.

*

Das ist der Sinn des „Schmachfriedens von Versailles", des „schwarzen Tages" für die Bourgeoisie.

Dem Generalinteresse der Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung ordnete die Bourgeoisie schon damal ihre eigenen Differenzen unter. Nicht Deutschland sollte durch den Versailler Vertrag vernichtet werden, sondern dem revolutionären deutschen, dem kommunistisch orientierten europäischen Proletariat sollte das Genick gebrochen werden. Der Erhaltung der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie diente der Vertrag von Versailles im besonderen. Allerdings war es eben eine Erhaltung unter den größeren Schwierigkeiten des sogenannten besiegten Landes. Alle nach Versailles eingetretenen Ereignisse, besonders der Dawespakt und der auch in unseren Tagen festgelegte Young-Plan, dienen demselben Zwecke. So besorgte also der frühere Kaufmannslehrling Hermann Müller in Versailles die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie, die ihm dafür nicht einmal Dank wußte, sondern als Verräter, Kapitulanten und sonst etwas bezeichnete.

Aber war Versailles wirklich ein „Friedensvertrag"? War er wirklich die Einleitung des ewigen Friedens in Europa, wie Hermann Müller und die Seinen das Proletariat trösteten, als es wegen der hohen Lasten murrte? Wenn man die vielen schönen Reden über den Frieden, die Dutzende von Friedens- und Abrüstungskonferenzen, die Veröffentlichungen des Völkerbundes, die Beteuerungen der einzelnen Regierungen, der Länder usw. für den Frieden hält, und blind ist für Aufrüstungen und Militärbündnisse, dann mag das so aussehen, aber in Wirklichkeit sind diese Erklärungen genau so zur Täuschung der werktätigen Massen bestimmt, wie der Aufruf der Regierung mit Hermann Müller und Noske vom 24. Juni 1919 „An das deutsche Volk" über den Vertrag von Versailles. Es heißt da:

„Wenn wir nicht, Offizier und Mann, jetzt noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen von Landsknechten aus, und zwar der Okkupation, der Annexion, dem Terror! Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertraserfüllung kein Friede, sondern Wiederaufflammen des Krieges!"

Deutschland, das heißt die deutsche Bourgeoisie, blieb lebensfähig durch den Vertrag von Versailles. Sie festigte seidem ihre inneren und außenpolitischen Positionen, entwickelte die Oekonomie und Technik auf ein Niveau, das über dem Stande der Vorkriegszeit steht, kurz, sie steht heute nach zehn Jahren wieder als ein ernster imperialistischer Faktor im Kreise der Großmächte. Aber gerade diese „innere Ordnung", diese „Arbeit" und diese „Vertragserfüllung" haben dem Kriege, dem sie den Garaus machen sollten, wieder die Wege geebnet.

Bei näherer Untersuchung der Entwicklung Deutschlands seit Versailles müssen wir feststellen, daß die gesteigerte Möglichkeit der Produktion in einen immer schroffer werdenden Widerspruch zu der Möglichkeit des Absatzes gekommen ist. Aus diesen wirtschaftlichen ergeben sich neue politische Gegensätze zu den anderen imperialistischen Staaten, die nur von den gemeinsamen Interessen der imperialistischen Länder gegen die Sowjetunion überschattet werden. Gerade der Hunger nach Absatz- und Ausbeutungsgebieten hat durch diese Entwicklung Deutschlands (und der anderen imperialistischen Länder) den Appetit nach dem Leckerbissen Sowjetunion gewaltig wachsen lassen, so daß für die imperialistischen Herren der Ueberfall auf den ersten Arbeiterstaat nur noch eine Frage der Einreihung der zum Krieg nun einmal notwendigen Millionenmassen des Proletariats in diese Front ist. Dabei rechnen sie besonders auf die positive Mithilfe der SPD. Aber auch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit haben sich durch die Abwälzung aller Lasten auf die werktätigen Massen, durch die Folgen des scharfen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, durch Nationalisierung, Hungerlöhne, Massenerwerbslosigkeit usw. so verschärft, daß die Bourgeoisie unter Führung der SPD. krampfhaft bemüht ist, durch Unterdrückung der Arbeiterpresse, durch eine neue Justizoffensive gegen revolutionäre Arbeiter und Funktionäre der Kommunistischen Partei, durch Verbot ganzer Organisationen (RFB.), durch die Spaltungsmaßnahmen in den Gewerkschaften, durch die Ausnahmegesetze in den Betrieben gegen revolutionäre Vertrauensleute, kurz durch die tausend Methoden der imperialistischen Klassenherrschaft die den imperialistischen Plänen gefährliche Welle der Linksbewegung der Arbeitermassen zu brechen.

*

Das letzte Jahr sozialdemokratischer Koalitionspolitik unter der Führung von Hermann Müller diente diesen Zwecken der Trustbourgeoisie und kennzeichnete aber gleichzeitig die Veränderung der Lage gegen die Zeit vor zehn Jahren.

Aus den Liquidatoren der ersten Welle der proletarischen Revolution in Westeuropa sind die Organisatoren des Ueberfalls auf die Sowjetunion geworden. Der Unterzeichner des „Friedens" vertrages" von Versailles ist zum Handelsreisenden der neuen imperialistischen Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie geworden. Die Severing und Noske, die mit Arbeiterblut die „innere Ordnung" und den „Frieden" sichern wollten, schaffen mit sozialfaschistischen Methoden die Voraussetzungen für die Durchführung des wichtigsten Kriegsplanes der großen Schlotbarone.

Nur zehn Jahre sind seit dem Abschluß des „Friedenspaktes" von Versailles verflossen. Und die Welt hallt wider von dem Donner der Geschütze bei Manövern, von dem Rattern der Nietkhämmer bei dem Bau von Panzerkreuzern, von den Detonationen bei zufälligen Explosionen der riesigen Sprengstoff- und Giftgaslager. Da versteht es niemand so gut, wie die SPD.-Führer, den Arbeitern die Milliardenausgaben für Rüstungszwecke, die Subventionen an die Industrie und die Zollwuchergeschenke an die Großagrarier schmackhaft zu machen, ihnen aus dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge einen Aufbau derselben vorzuschwindeln usw. Mit ihrer durch die praktische Erfahrung in der Arbeiterbewegung geschulten Nase spüren die sozialdemokratischen Kettenhunde der Bourgeoisie für diese die besten Methoden zur Unterdrückung des Proletariats auf — und führen sie unter dem Kommando der Bourgeoisie immer mehr selbst durch. Das muß man erkennen, um zu begreifen, daß aus der Sozialdemokratie endgültig der niederträchtigste Feind des Proletariats geworden ist.

Für die deutsche Bourgeoisie ist der heutige Tag der Erinnerung an Versailles ein Tag der Mobilisierung der nationalistischen Instinkte, ein Tag des Schreiens nach neuen Bewegungsmöglichkeiten, ein Tag der Beschwörung des Geistes vom 4. August 1914.

Für das deutsche Proletariat muß er ein Tag der ernsten Abrechnung mit der sozialdemokratischen Führerschaft und ein Tag der Mobilmachung für die von der Bourgeoisie und Sozialdemokratie mit Verbot bedrohten Niederaufmärsche am 1. August gegen die drohende Kriegsgefahr sein.

Rive von der SPD. gewählt

SPD.-Verrat hinter verschlossenen Türen — Der Judaslohn: Jeder SPD.-Stadtverordnete erhält einen Aufsichtsratsposten

Der unerhörteste Schandstreich, den sich die an Arbeiterverrat so reiche Stadtverordnetenfraktion der SPD. in Halle geleistet hat, ist nunmehr durchgeführt. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde hinter verschlossenen Türen über die Oberbürgermeisterwahl verhandelt und der deutschnationale Repräsentant des Braunkohlenkapitals, Dr. Rive, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokratie gewählt.

Um die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen, war extra der „linke" Flüchtling aus Karlsruhe herbeigeeilt, der sonst gar nicht mehr an den hallischen Stadtverordnetensitzungen teilzunehmen pflegte.

Gerade er konnte sich früher nicht genug in linken Phrasen gegen den Oberbürgermeister ergehen, und nun hat es an seiner Stimme gehangen, daß Rive noch drei Jahre in Halle sein autokratisches Regiment ausüben darf.

*

Die Abstimmung selbst mußte in öffentlicher Sitzung vorgenommen werden, so daß die auf der Tribüne zahlreich versammelten Zuhörer, unter denen sich auch sozialdemokratische Arbeiter befanden, eine außerordentlich lehrreiche Lektion darüber erhielten, daß die Sozialdemokraten nicht nur die Steigbügelhalter der Reaktion sind, sondern deren beste Wegbereiter. 17 Stimmen waren für den von der kommunistischen Fraktion aufgestellten Gegenkandidaten, Genossen Wilhelm Koenen, abgegeben worden. Als nach erfolgter Stimmenzählung das Resultat bekannt wurde, erhob sich ein gewaltiger Protest bei den Vertretern der Arbeiterschaft, den Kommunisten, der sich noch steigerte, als gleich darauf die SPD.-Fraktion für ihren Liebesdienst am Hause Rive den Judaslohn empfing.

Dieser bestand darin, daß jeder einzelne sozialdemokratische Stadtverordnete einen Aufsichtsratsposten in einer „städtischen" Aktiengesellschaft (sei es nun die Flughafen-A.-G., die Hafen-A.-G. oder die neugebackene Aktiengesellschaft der städtischen Werke) erhielt.

Nur Schaumburg trat bescheidentlich von seinem bisher innegehabten Aufsichtsratsposten zurück, aber er warf dadurch nur mit der Wurst nach der Speckseite. Wird er doch **dritter Direktor bei der Aktiengesellschaft der städtischen Werke**, und was dieser ehemalige Gewerkschaftsführer dort treiben wird, steht fest: er wird ein gefügiges Werkzeug von Rive sein, mehr noch vielleicht, als es Herr Dötz ist. Denn Schaumburg gehört jenem Typ reformistischer Bürokraten an, die kaltblütig auf Arbeiter schießen lassen und dann noch mit schnoddrigen Redensarten darüber hinweggehen.

Die hallische Arbeiterschaft, aber auch jene Tausende kleiner Gewerbetreibender, Angestellter und Beamten, welche in den Tagen des Stadtbankskandals gegen das System Rive aufs höchste erbittert waren, haben nun wieder erfahren, daß auch die Sozialdemokratie, getreu ihrer Politik im Reichs- und Landesmaßstabe, die schärfste Reaktion und die größte Korruption des Bürgertums mitmachen. Die Kommunistische Partei wird nicht verfehlen, der hallischen werktätigen Einwohnerschaft in öffentlicher Kundgebung noch einmal alle Einzelheiten dieses Kommunalskandals und seines Abschlusses durch die Oberbürgermeisterwahl vor Augen zu halten. Und wenn dann im Herbst die Neuwahlen stattfinden, werden und müssen die Feinde und Verräter der werktätigen Steuerzahler die gebührende Quittung erhalten. (Siehe auch lokalen Teil.)

Die Kommunistische Internationale über Versailles

Zum 10. Jahrestag des imperialistischen Gewaltfriedens

„Der Versailler Frieden lastet mit seiner ganzen Wucht in erster Linie auf der Arbeiterklasse Deutschlands. Wenn der Versailler Frieden sich als einigermaßen dauernd erwiese, so bedeute das, daß die Arbeiterklasse Deutschlands unter einem Doppeljoche zu stöhnen hätte: unter dem der eigenen Bourgeoisie und dem der ausländischen Sklavenhalter."

„Die deutsche Regierung, die in Worten gegen den Versailler Frieden Protest erhebt, hilft in der Tat den Imperialisten der Entente, ihren teuflischen Plan in bezug auf die deutsche Arbeiterklasse auszuführen. In Deutschland hat der Henker Clemenceau keine treueren Diener als Scheidemann und Ebert. Die Partei Scheidemanns und Eberts tanzt schon vom ersten Augenblick der deutschen Revolution an gehorsam nach der Pfeife der Ententeimperialisten. Auf Antreiben Clemenceaus schickten und schicken Scheidemann und Ebert jetzt weißgardistische Truppen gegen Sowjet-Rußland. Den Imperialisten zu Gefallen ermordeten die von Ebert und Scheidemann geführten Sozialdemokraten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, und sie unterdrücken mit Feuer und Schwert die große Bewegung der deutschen Arbeiter, die auf das Erringen der Rätemacht gerichtet ist."

„Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß, so lange der Imperialismus, und sei es auch nur in einem Lande, noch lebt, auch Gewalt und Raub fortleben. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß der Imperialismus jeder beliebigen Koalition gleich blutdürstig ist. Mit was für „demokratischen" Feigenblättern der Imperialismus sich auch zudecken möge, er bleibt die Verkörperung von Barbarei und Blutgier. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß die Sozialpatrioten aller Länder endgültig und für immer zu Lakaien der Bourgeoisie geworden sind. ... Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß die Bourgeoisie selbst den Arbeitern aller Länder nur einen Weg übrig gelassen hat — den Weg der Weltrevolution, den Weg über den Leichnam des Kapitalismus."

(Aus dem Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 13. Mai 1919.)

Fememörder Schulz freigelassen

Was wird mit Rudolf Margies?

(Eig. Meldg.) Berlin, 28. Juni.

Der bekannte Häuptling der Fememörder, der Oberleutnant Schulz, ist, nachdem er trotz des Dementis der amtlichen Stellen, von Essen nach Berlin überführt worden war, von der Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des preußischen Justizministers aus der Haft entlassen worden. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten seinerzeit im Reichstag die Vollamnestie, die auch Rudolf Margies und viele andere proletarische Kämpfer in Freiheeit gebracht hätte, mit der Begründung zu Fall gebracht, daß dann diese Amnestie auch diesen Fememördern zugute kommen würde. Die Kommunisten sagten damals voraus, daß die Einschränkung der Amnestie nur den Zweck habe, die proletarischen Kämpfer hinter Kerkermauern zu lassen und daß die Fememörder auch ohne Amnestie in absehbarer Zeit freigelassen würden. Diese Voraussage ist jetzt eingetroffen.

Lügen-Künstler unter dem Schutz des Staatsanwalts

Wir entnehmen der „Roten Fahne":

Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Abend", Franz Klühs, war wegen der im „Abend" veröffentlichten Lüge des Reichstagsabgeordneten Künstler, daß die Berliner Bezirksleitung in ihrer Sitzung vom 23. April beschlossen habe, daß es am 1. Mai 200 Tote geben solle, von der Kommunistischen Partei Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden, wobei darauf verwiesen wurde, daß die Feststellung dieses Schwindels öffentliches Interesse beanspruche.

Von dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I ist jetzt dem Genossen Pieck, der den Strafantrag stellte, folgendes mitgeteilt worden:

„Nach Prüfung des Sachverhalts vermag ich ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht anzuerkennen. Ich werde daher nichts unternehmen. Es bleibt Ihnen jedoch unbenommen, den Weg der Privatklage zu beschreiten.

J. A. gez.: Binder, Oberstaatsanwalt."

Wir sind überzeugt, daß der Generalstaatsanwalt das „öffentliche Interesse" für vorliegend sofort erachten würde, wenn es sich um eine Klage gegen einen Kommunisten handeln würde. Das „öffentliche Interesse" an diesem Schwindel des Reichstagsabgeordneten Künstler war so groß, daß sich sowohl der Polizeipräsident als auch der preußische Innenminister dieses Schwindels bedienten, um die Blutschuld an den Maiopfern von sich auf die Kommunisten abzuwälzen. Auch sonst wurde diese Künstler-Lüge in der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse verbreitet.

Es gehört also schon eine recht sonderbare juristische Auffassung dazu, das öffentliche Interesse für die Feststellung dieses Schwindels als nicht vorhanden zu erklären. Natürlich soll Lügen-Künstler dadurch vor der Feststellung seines Schwindels vor Gericht bewahrt werden.

Aber es werden sich doch Mittel und Wege finden lassen, den verbrecherischen Lumpen Künstler — wir nennen ihn jetzt zu wiederholten Malen so, um ihn endlich zur Klage gegen uns zu veranlassen — zum gerichtsnotorischen Lügner zu stempeln.

Die Bezirkskasse der Arbeiter-Athleten beschlagnahmt

(Eig. Meld.) Halle, 28. Juni.

Gestern wurde die Bezirkskasse des 1. Bezirks im 5. Kreis des Arbeiter-Athleten-Bundes beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte auf Anweisung der Spalter, die mit dem Diebstahl der von den Mitgliedern aufgebrachten Gelder eine neue Methode der Zerschlagung des Arbeiterports anwenden.

Diese Methode wird wenigstens in Halle zum erstenmal angewandt. In Berlin gehört der Diebstahl von Arbeitergroschen schon zur allgemeinen Spaltungstätigkeit der reformistischen Instanzen. Es ist zu erwarten, daß man die schmutzigen Finger auch nach dem Eigentum anderer Arbeitersportorganisationen ausstreckt. An alle Organisationen ergeht deshalb der Ruf, ihr Eigentum vor dem Zugriff der sozialfaschistischen Spalter zu sichern.

Nehmt in allen Versammlungen zum Diebstahl der Bezirkskasse des Arbeiter-Athleten-Bundes Stellung und protestiert auf das heftigste gegen diesen Schandstreich der Spalter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0002

Kampferklärung der Kommunisten

Hilferdings Klassenetat schlimmer als der des Bürgerblocks

(Eig. Ber.) Berlin, 27. Juni.

In der Reichstagssitzung vom Donnerstag gab vor der Schlußabstimmung über den Etat Genosse Stoecker im Auftrage der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Der von der Regierung Hermann Müller-Hilferding vorgelegte Etat, der heute zur Entscheidung steht, ist wie alle früheren ein Klassenetat, der vor allem der Aufrechterhaltung und Sicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft dient. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Der Etat ist völlig nach den Wünschen des Finanz- und Industriekapitals gestaltet, um die größte Steigerung der Kapitalakkumulation und der Ausbeuterprofite auf Kosten der Werktätigen zu sichern. Es ist kennzeichnend, daß dieser Etat von einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung eingebracht wurde. Dieser Hilferding-Etat ist aber nicht nur eine Fortsetzung der arbeiterfeindlichen Klassen-Politik der Bourgeoisie, sondern er übertrifft an Arbeiterfeindlichkeit in unerhörter Weise noch den letzten Bürgerblocketat. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Hilferding setzt nicht nur den Steuerraub und Zollwucher des Bürgerblocks fort, sondern gestaltet den Etat noch reaktionärer zugunsten der bestehenden Klassen, zugunsten der Trustbourgeoisie.

Er schenkt dem Kapital noch über eine Viertelmilliarde Mark mehr als der Bürgerblock (Hört! Hört! bei den Kommunisten) und belastet die arbeitenden Massen durch Erhöhung der Mehreinnahmen an Massensteuern mit einem Betrag von 575 Millionen.

Selbstverständlich setzen Hermann Müller und Hilferding auch die Subventionspolitik an Großindustrielle und Großagrarier fort.

Alle Wahlversprechungen der Sozialdemokratie — Panzerkreuzer, Kinderspeisung, ausreichende Erhöhung der Invalidenrenten, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Aufhebung der Klassensteuerpolitik zugunsten der Arbeiter, Herbeiführung des Achtstundentages usw. — hat die Sozialdemokratie nach Eintritt in die Koalitionsregierung restlos mit Füßen getreten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Der Hermann Müller-Hilferding-Etat enthält keinen Pfennig für Kinderspeisung, er bringt keine ernstliche Erhöhung der Hungerrenten der Invaliden, keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, keine Senkung der Massensteuern, keine Erhöhung der Besitzsteuern, sondern umgekehrt unerhörte weitere Senkung der Besitzsteuern und weitere Erhöhung der Massenausplünderung durch das Trustkapital. Die geringfügige Erhöhung der Invalidenrenten wird erkauft durch die Aufhebung der Lex Brüning und damit einer praktischen Erhöhung der Lohnsteuer, so daß auch die Kosten dieser sozialen Maßnahme direkt aus den Taschen der Arbeiter herausgeholt werden. Der Etat bringt im Gegensatz zu allen Wahlversprechungen der SPD. auf Erhöhung eine weitere Einschränkung der Sozialausgaben (Sehr wahr! bei den Kommunisten) bei den Renten für die Kriegsbeschädigten, bei den Ausgaben für die Kleinrentner, Erwerbslosen usw.

Nach wie vor werden die Invaliden mit Hungerrenten von 33 Mark im Monat abgespeist (Hört! Hört bei den Kommunisten), während ehemalige Minister und Generale Jahrespensionen bis zu 27 000 Mark erhalten.

Nach wie vor werden die unteren Beamten mit 2000 Mark abgespeist, während der Reichskanzler ein Einkommen von 65 000 Mark erhält. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Kein Geld hat die Müller-Hilferding-Regierung für die Opfer der kapitalistischen Raubpolitik, für die Invaliden, die Sozialrentner, die Witwen und Waisen, Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten. Im Gegenteil, neue Hungerzölle auf Roggenbrot, Kartoffeln, Fleisch und Butter werden das Elend und die Not der Millionenmassen proletarischer Schichten in Deutschland in unerhörter Weise steigern.

Kein Zweifel, die Forderungen des Trustkapitals auf Abbau und weitere Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung werden bald erfüllt sein, womit die Erwerbslosen und ihre Familien noch tiefer ins Elend gestoßen werden.

Während die Sozialdemokratie in den Mittelpunkt ihrer Wahlpropaganda die Forderung auf Wiederherstellung des Achtstundentages setzte, legte der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell im Reichstag das Bürgerblock-Arbeiterschutzgesetz mit dem Zehn- und Zwölfstundentag unverändert vor und setzte fortschrittlich die arbeiterfeindliche Schiedsspruchpraxis seines Vorgängers Braunes fort.

Auch in der Wohnungspolitik bringt der Etat keine Aenderung des Mietwuchers und des Wohnungselendes.

Während so der Hilferding-Etat eine Verhöhnung der werktätigen Massen bedeutet, spiegelt er deutlich wider die von der Sozialdemokratie unterstützte neue Offensive des Trustkapitals zur weiteren Herabdrückung des Lebensniveaus der arbeitenden Massen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Durchführung dieser kapitalistischen Offensive dient insbesondere die sozialfaschistische Politik der Severing, Grzesinski, Zörgiebel: die Demonstrationsverbote, das Blutbad am 1. Mai, die Verbote des Roten Frontkämpferbundes, der kommunistischen Presse und die unverhüllte Ankündigung des Verbotes der Kommunistischen Partei.

Mit diesen Gewaltmaßnahmen soll die deutsche Arbeiterklasse wehrlos der Hunger- und Kriegspolitik der Bourgeoisie ausgeliefert werden. So ist die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie eine verstärkte Ausbeutungspolitik der Bourgeoisie und führt dem offenen Faschismus immer mehr den Weg. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Während dieser Hilferding-Etat kein Geld hat für die Ausgebeuteten, für die Arbeiter, Angestellten, unteren Beamten, die kleinen Bauern und unteren Schichten des Mittelstandes, enthält er riesige Milliardensummen für die Aufrechterhaltung des staatlichen Machtapparates dieser Terrorrepublik, für Reichswehr, Polizei, Klassenjustiz, Kirche usw. Da etwa drei Viertel des 10-Milliarden-Etats aus den besitzlosen Schichten herausgepreßt werden, müssen die arbeitenden Schichten selber die Milliardensummen für den kapitalistischen Machtapparat zu ihrer eigenen Unterdrückung aufbringen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Gesteigerte Ausplünderung im Innern und gesteigerte Vorbereitung der neudeutschen imperialistischen Kriegspolitik sind die Kennzeichen dieses Etats.

Keinen Pfennig für die Kinderspeisung, aber Millionensummen für den Panzerkreuzer.

Wiederum nahezu 700 Millionen für den Reichswehr- und Marineetat, daneben 500 Millionen andere Militärausgaben zeigen nur zu deutlich die Fortsetzung der legalen und illegalen Aufrüstungspolitik, den Kriegswillen der deutschen Bourgeoisie. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Dem Panzerkreuzerersatz „Preußen" wird unter Hermann Müller ohne Zweifel der Bau der ganzen Panzerkreuzerserie folgen. Die Grenzerische Geheimdenkschrift und alle außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit zeigen eine weitere Eingliederung der deutschen Außenpolitik in die Einheitsfront der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion, zeigen eine ernste Steigerung der Kriegsgefahr und die Notwendigkeit eines weit stärkeren Abwehrkampfes der Arbeiterklasse gegen die verbrecherischen Kriegspläne der Kapitalisten, der Finanzkönige, Börsenjuden und der mit ihnen verbündeten Sozialimperialisten.

Wir Kommunisten lehnen den Hilferding-Etat, diesen Kriegs- und Hungeretat der deutschen Bourgeoisie, ab und rufen die deutschen Arbeitermassen auf, in breiter Einheitsfront aller Werktätigen das Joch des Kapitals abzuschütteln, die Bourgeoisie und ihre Koalitionsregierung zu stürzen, aller Ausbeutung und allen Kriegsplänen ein Ende zu machen durch rücksichtslose Niederwerfung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihrer reformistischen und sozialfaschistischen Helfer, durch die Errichtung einer proletarischen, sozialistischen deutschen Sowjetrepublik." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.)

Neue 54 Millionen Massensteuern

Endgültige Beschlüsse für die 2. Rate des Panzerkreuzers, für den Abbau der Kriegsbeschädigten- und Kleinrentnerfürsorge

(Eigener Bericht.) Berlin, 27. Juni.

Der Reichstag „arbeitet", so sagt man, wenn im letzten Moment vor den Ferien die unverschämten Zollwucheranträge der Großagrarier und der Finanz durchgepeitscht werden. Noch zu keiner Zeit ist in den letzten zehn Jahren irgendeine Regierung den Wünschen der Großagrarier in so vollem Umfange entgegengekommen wie die gegenwärtige Regierung, die unter sozialdemokratischer Führung steht.

Die Kommunisten verlangten daher durch den Genossen Stoecker demonstrativ die Absetzung der neu eingegangenen Zollforderungen der Agrarier von der heutigen Tagesordnung mit der Begründung, daß diese Anträge noch nicht einmal dem Hause vorliegen und schon angenommen werden sollen. Diese kommunistische Forderung mußte vom Präsidenten Loebe als berechtigt anerkannt werden. Da erhob sich der Prälat Leicht und erklärte, es genüge wohl, wenn man die Sitzung auf eine Stunde unterbreche. Für diesen Antrag erklärten sich sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten.

Nach der Wiedereröffnung beantragte Genosse Stoecker erneut die Absetzung der Zollwucheranträge von der Tagesordnung. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der die Deutschnationalen mit erpresserischen Methoden versuchten, die Abstimmung über den Gesamtetat hinauszuschieben, wenn nicht sofort die Agraranträge beraten würden, wurde der kommunistische Antrag auf Absetzung der Anträge von der Tagesordnung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt. Da die Kommunisten jedoch ihre Obstruktion fortsetzten, erklärte Loebe, es sei ihm an einer Vergewaltigung nichts gelegen und er schlage darum vor, daß die Debatte über die Zollanträge erst nachmittags um 5 Uhr stattfinden sollte. Dieser Vorschlag Loebes wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Darauf wurde in der Weiterberatung der dritten Lesung des Gesamtetats fortgefahren.

Bei der Abstimmung zu den einzelnen Etats werden noch einmal von der Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen die kommunistischen Anträge auf Wiedereinsetzung der für die Kleinrentner und für die Kriegsbeschädigten im Etat gestrichenen Summen abgelehnt. Desgleichen wurde erneut abgelehnt der kommunistische Antrag auf Streichung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer „A". Die bürgerliche Front und die vier sozialdemokratischen Minister stimmten wiederum für den Weiterbau des Panzerkreuzers „A".

Zum Kapitel Finanzwesen sprach für die kommunistische Fraktion

Genosse Ende:

Ich beginne mit den Worten, die der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Wels, zum Etat des Bürgerblocks gebrauchte. Wels erklärte damals:

„Das feierlich gegebene Versprechen der Lohnsteuersenkung ist trotz steigender Einnahmen nicht eingehalten worden."

(Heiterkeit. Stürmisches Hört, hört! auf allen Seiten.) Und was sagt Hilferding heute? Er übertrumpft den Bürgerblock, beseitigt die Ley Brüning, zieht Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer und erhöht daher die Lohnsteuer selbst. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Und weiter sagte damals Otto Wels:

„Der Steuerdruck, der auf den Schultern des werktätigen Volkes lastet, ist immer schwerer und drückender geworden."

(Heiterkeit.) Jawohl, der Bürgerblock gab in den Jahren 1925/28 ein Besitzgeschenk von 2½ Milliarden, er peitschte die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern immer höher und höher. Aber was macht Hilferding heute? Er übertrumpft die Ziffern, die der Bürgerblock bereits erreicht hatte.

Aber das ist nur eine Seite. Die Sozialdemokraten haben verzichtet auf den Vermögenszuschlag, auf die vorgesehene lächerliche Erhöhung der Erbschaftssteuer und sie haben nicht eine einzige Besitzsteuer eingeführt. Im Gegenteil, sie haben die Besitzsteuern abgebaut. Wenn man diesen Etat graphisch darstellen will, so muß man eine steigende Linie der steuerlichen Massenbelastung und eine sinkende Linie der sozialen Ausgaben zeichnen. (Sehr gut! b. d. Komm.) Der Etat ist schlimmer als der Etat des Bürgerblocks. Die Sozialdemokraten rechtfertigen nachträglich die reaktionäre Politik des Bürgerblocks. (Bestimmung b. d. Komm.)

Der Reichskanzler Müller hat in seiner Regierungserklärung am 3. Juli 1928 bezüglich der Steuerpolitik folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird die Reichsregierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit die drückenden Steuerlasten, die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung liegen, eine Erleichterung erfahren kann."

(Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Das war ein Kanzlerwort, (Heiterkeit!) und es stand im „Vorwärts" groß für jeden zu lesen. Heute stellen wir aber fest, daß die Hermann Müller-Regierung die Eingänge aus den Verbrauchsabgaben gegenüber dem Bürgerblock um 575 Millionen höher gepeitscht hat. (Sehr wahr! b. d. Kommunisten.)

Wir haben alles Verständnis dafür, daß der Sozialdemokrat Heimann heute im „Vorwärts" einen Artikel schreibt, in dem er fordert, daß in Zukunft bei den Etatberatungen die zweite Lesung im Plenum verschwinden soll. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Kommunisten.) Wir verstehen allzugut, daß die Etatpolitik der Sozialdemokraten und ihrer Regierung das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hat. (Sehr gut! b. d. Komm.)

Müller, der Deutsche!

Seine Erinnerungen an die Unterzeichnung des Versailler Vertrages

Im „Vorwärts"-Verlag ist vor kurzer Zeit ein Buch von Viktor Schiff „So war es in Versailles" erschienen. Das Buch ist eine Kollektivarbeit. Mitgearbeitet haben Friedrich Stampfer, Otto Landsberg und der Reichskanzler Hermann Müller, der in einem besonderen Kapitel die Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919 schildert. Wir geben hier den Abschnitt wieder, in dem Hermann Müller seine heldenhafte Weigerung, den Friedensvertrag mit einem französischen Füllfederhalter zu unterzeichnen, schildert:

„Mit dem Füllfederhalter verhält sich die Sache so: Schon in Weimar war mir bekanntgeworden, daß nach Berichten französischer Blätter beabsichtigt war, die Unterschriften mit einem besonderen Federhalter vollziehen zu lassen, den die elsaß-lothringischen Verbände Frankreichs und der französischen Kolonien gestiftet hätten. Schon damals war ich entschlossen, dieser uns bewußt zugedachten Demütigung vorzubeugen, indem ich mit meiner Füllfeder unterschreiben würde. Dr. Bell besaß keinen. Aber, um sich zu sichern, nahm er aus dem Hotel einen gewöhnlichen 5-Pfennig-Federhalter mit, den er in Zeitungspapier rollte, und in seine Gebrocktasche steckte. Er zog ihn erst heraus, als wir aufgerufen wurden, und damit unterzeichnete er."

Wahrlich — — ein deutscher Held, dieser Müller, der den Versailler Vertrag nur mit einem deutschen Federhalter unterzeichnet.

Politische Randbemerkungen

Macdonalds vornehme Freunde

Amtlich wird in London bekanntgegeben, daß Kolonialminister Sidney Webb in den erblichen Adelsstand erhoben worden ist. Er wird den Titel eines Lords Passfield of Passfield führen. Lord Passfield bedeutet für die Regierung eine Verstärkung ihrer Vertretung im Oberhaus.

Sidney Webb — Verzeihung, Lord Passfield — ist eines der führenden Mitglieder der Arbeiterpartei.

Rund um einen Polizeipräsidenten

Die gestrige Ausgabe der „Welt am Abend" berichtet über ein tolles Fälscherkunststück des Ullsteins-Organs „Tempo". Am 25. Juni hatte dieses Blatt ein Bild veröffentlicht mit folgender Ueberschrift: „Der Polizeipräsident von Paris macht selbst den Weg für die Kriegsinvaliden frei, die kürzlich einen großen Umzug in Paris veranstalteten." Das Bild war von der Pazific Atlantic Photo Agentur versandt worden und diese Agentur hatte das Bild mit folgendem Kommentar an ihre Abonnenten versandt: „Der Pariser Polizeipräsident Chiappe verbietet eine Demonstration der französischen Kriegsbeschädigten. Der Polizeipräsident von Paris, der die Hand auf das Steuer seines Wagens legt, versucht die Demonstranten in eine Seitengasse abzuschieben. Dahinter sieht man Detektive und Polizeibeamte, die einen Demonstranten verhaften." Die Redaktion des „Tempo" hat also die Darstellung der Photo-Agentur in ihr Gegenteil umgefälscht. Damit zeigt sich dieses Ullstein-Blatt nicht nur in einer nationalen, sondern in einer internationalen Weise als ein Organ, was die Interessen der Polizeipräsidenten in jeder Weise schützt und wenn man dabei auch die Wahrheit in ihr Gegenteil umkehrt.

Der Streit um den Ort der neuen Reparationskonferenz zur Liquidierung der Kriegsfolgen ist immer noch nicht beendet. Während er erst am 15. Juli beginnen sollte, hat jetzt Poincaré eine Verschiebung für notwendig erklärt, so daß die Konferenz im August stattfinden wird. Auch über den Tagungsort ist noch nicht einig geworden, da Frankreich bisher immer noch an einem Ort im neutralen Auslande festhält.

Zollwucher! Zollwucher!

Ernährungsminister Dietrich: Nur in der Koalition kann man das Zollprogramm durchführen

(Eig. Bericht.) Berlin, 27. Juni.

Die Zollwucherdebatte wurde in der Donnerstagsitzung des Reichstages eröffnet mit dem Gesetzentwurf auf Erhöhung der Weizenzölle und einem Gesetzentwurf, der den Mühlen den Zwang zur Vermahlung einer gewissen Mindestmenge von Inlandweizen auferlegt. Dazu sprach als erste Rednerin

Abg. Frau Toni Sender (Soz.) Wir warnen vor einer übereilten Beschlußfassung über die Zölle.

Abg. Schiele (Dt.-Nat.) Wenn die Mehreinnahmen aus den Zöllen nicht für die Landwirtschaft für soziale Zwecke verwendet werden sollen, so ist das wieder eine politische Verzerrung.

Reichsernährungsminister Dietrich: Im Verhältnis zur Rechtsregierung hat die jetzige Regierung sehr viel mehr Positives für die Landwirtschaft geleistet. Wir haben die Kartoffel-, Butter-, Zuckerzölle erhöht und gehen auf vielen anderen Gebieten vor. Ein großes Programm für die Landwirtschaft kann ich an einem Sonntagvormittag auffüllen. Aber um dieses Programm durchzuführen, braucht man die Koalition. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.)

Abg. Dr. Hermes (Ztr.): Unter der jetzigen Regierung ist zugunsten der Landwirtschaft eine grundlegende Umstellung unserer Wirtschaftspolitik erfolgt. Das bisherige Ergebnis sehen wir nur als eine Etappe auf dem Wege, der weitergegangen werden muß.

Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Hoernle:

Die Großagrarier feierten in diesen Tagen ihr 50jähriges Jubiläum der Zollpolitik. Im Jahre 1879 wurden zum ersten Male Zölle, allerdings nur in geringer Höhe, beschlossen. Damals führte die revolutionäre Sozialdemokratie unter Wilhelm Liebknecht und August Bebel einen energischen Kampf gegen die Zollpolitik. Man rief die Massen auf zu Demonstrationen, und Bismarck antwortete daher mit dem berüchtigten Sozialistengesetz und der Unterdrückung jeglicher Kritik am Zollraub. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Heute liefert die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung die Grundlage für den unerhörtesten Zollraubzug, der je in Deutschland da war. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Dabei ist, wie der Minister selbst erklärte, jetzt erst der Anfang gemacht worden. Aber die Wirkungen dieser Hungerpolitik zeigen sich auch in der Radikalisierung der Arbeitermassen und wir Kommunisten werden die Arbeiterklasse führen zum Kampf gegen ihre Verelendung, zum Sturz der heutigen Ausbeutergesellschaft. (Beifall b. d. Komm.)

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Sachsen; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Provinz (Bitterfeld, Köthen, Zerbst, Torgau); Fritz Beuling, Halle, für Feuilleton, Reporter, Sport; Fritz Leßig, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krod, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

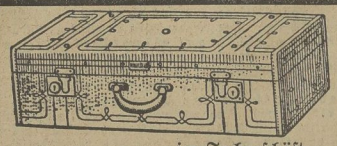
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0003

Verlangen Sie bitte kostenlos unseren Vertreterbesuch

MÖBEL auf Teilzahlung — 18 Monate Ziel — Geringe Anzahlung
in geschmackvoller Ausführung liefert frei Haus, auch nach auswärts

Überzeugen Sie sich bitte zwanglos von unseren günstigen Verkaufsbedingungen

Gemeinnützige Deutsche Hausrat G.m.b.H.
Halle, Mittelstraße 5a 905



Kaufen Sie **Koffer** und **Lederwaren**
im Fachgeschäft 891
R. Lohmann, Weißenfels, Markt 21
— Eigene Werkstatt —

Eine Standuhr fehlt Ihnen noch
Wir liefern solche auf **Teilzahlung**
auch nach auswärts mit Auto frei Haus
Anzahlung nur 20 Mk.
Monatsrate nur 12 Mk.
Verlangen Sie Liste 31
Eichmann & Co.
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstraße
Große Ulrichstraße 36

Werbt f. den Klassenkampf!

J. Israel
Wittenberg
6 Collegienstraße 6
Herren- und Knaben-Garderoben sowie Berufskleidung in großer Auswahl
Billigste Preise 901
Mitglieder der Organisationen u. wirtschaftlichen Vereine von Wittenberg und Umgegend erhalten Rabatt

---

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- und Wurstwaren
899

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22 Mittelstr. 51
Ständig größte Auswahl in moderner Herren- u. Knaben-Kleidung
● Alleiniger Lieferant ● 898
der Konsumvereine Gmbh. Wittenberg u. Umg., Elster und Jessen 60

Möbel
auf Kredit
für **12.–** R.-Mk. monatl.
liefern wir an jedermann 893
Bettstellen
Matratzen
Kleiderschränke
Küchenbüfetts
Flurgarderob.
Kinderwagen
Chaiselongues
Plüschsofas
Kordmöbel
Trumeau spieg.
Ausziehtische
Tische, Stühle
usw.

Kompl. Küchen
für **20.–** R.-Mk. monatl.

komplette Schlafzimmer
für **50.–** R.-Mk. monatl.

Hermann Liebau
Halle a. S., Merseburger Str. 22

Herren-Anzüge
in besonders schönen Mustern
24,00 39,00 48,00 55,00 69,00 78,00 **89,00**

Herren-Sport-Anzüge
mit langer oder Breecheshose
19,75 34,00 45,00 56,00 65,00 72,00 **79,00**

Herren-Gummi-Mäntel
10,90 14,50 21,00 24,00 28,00 **36,00**

Herren-Loden-Mäntel
16,50 21,00 28,00 32,00 36,00 **42,00**

Herren-Windjacken
5,00 8,90 11,75 14,50 16,50 **19,50**

Sämtliche Berufskleidung in besonders großer Auswahl zu **billigsten Preisen** 911

Das größe und führende Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung am Platze
Adolf Krause
Weißenfels, Markt, Kleine Kalandstraße, Ecke Jüdenstraße

Aktenmappen Isolierflaschen
billigst bei 907
M. Winkler
Glaucharstraße 27

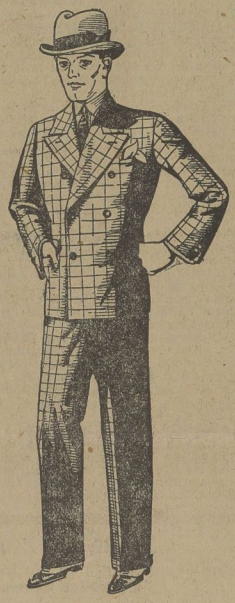
---

4 extra billige Ultimo-Tage

903

Freitag	Sonnabend	Montag	Dienstag
28. Juni	29. Juni	1. Juli	2. Juli

Während dieser 4 billigen Ultimo-Tage bieten wir Außergewöhnliches



Hier einige Beispiele unserer Preise:

Anzüge aus guten strapazierfähigen Stoffen 48,- 43,- 36,- **29,00**
Anzüge hübsche Dessins, moderne Machart 58,- 52,- 46,- **39,00**
Anzüge Ersatz für Maß, beste Ware .. 78,- 65,- 56,- **49,00**
Sport-Anzüge moderne Farben, mit 1 u. 2 Hosen 82,- 74,- 62,- **48,00**
Mäntel Gabardine und Cheviotstoffe, mit Rundgurt 72,- 64,- 56,- **39,00**
Mäntel elegante Machart 105,- 86,- 72,- **58,00**

Teilzahlung. 1/4 Anzahlung. Rest in 16–20 Wochenraten
Sie sollen billig kaufen und doch gut
Kommen Sie zu
Schmitz & Co
Halle a. d. Saale, Neumarktstraße 6
Spezialhaus für gute Herren- u. Knabenkleidung

Prima **Fleisch- und Wurstwaren** empfiehlt 903
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei **Weißenfels,** Fischgasse 1

Friseuse in **Kötzschen** Dorfstraße 38
Werbt f. d. Klassenkampf!

Konsum- und Spargenossenschaft für Delitzsch und Umgegend

Alle Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, bis zum 15. Juli 1929 die Markenkarten und Mitgliedsbücher in den Verteilungsstellen abzugeben

Rabattzettel werden nur bis zum 30. Juni 1929 angenommen

895 **Die Verwaltung**

● **Capsapon** ●
bestes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus empfiehlt die
897 **Adler-Apotheke, Wittenberg**

Bekanntmachungen

Zur Erledigung dringender Arbeiten am Kabelnetz werden am Sonntag, dem 30. Juni 1929, während der Zeit von 7 bis 13 Uhr nachstehende Straßenzüge abgeschaltet:

Auenstraße, Ackerweg, An der eigenen Scholle, Am weißen Graben, Am breiten Pfuhl, Am Bergmannstroß, Baumweg, Barbarastraße, Bülowweg, Beckerstraße, Südl. Artill. Drosselweg — Zeißzweg — Siedlung Salzenplatz, Glockenweg, Hübnerstraße, Hasenweg, Sonnenweg, Riebelstraße, Roßschlächterstraße, Wachtelweg.

Während dieser Zeit ist das Einschalten von Motoren, Licht- und Heizanlagen zu unterlassen.

Halle, den 26. Juni 1929.

Werke der Stadt Halle, Elektrizitätswerke. 914

Am Schwarzen Brett im Waagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Feststellung neuer Fluchtlinien für die von der Trotha-, Möslicher und Seebener Straße umgebenen Grundstücke sowie für die Grundstücke Reilstraße Nr. 58—60, Trothaer Straße Nr. 14 und für das Gelände an der Südostecke der Trothaer und Seebener Straße.

Halle, den 24. Juni 1929.

Der Magistrat.

VERKAUF zu EINHEITSPREISEN

für DAMENSCHUHE
für HERRENSCHUHE

7.90
9.90
12.90
14.90

Graue Damen-Spangenschuhe mit Louis XV. Absatz ..... (echt Chevreau) **7.90**
Damen-Lackspange mit Trotteur- und Louis XV.-Absatz **7.90**
Damen-Spangenschuhe Luxusmodell, hellfarb., Trotteur-Louis XV.-Absatz **9.90**

Herren-Lackhalbschuhe
Herren-Halbschuhe (braun) **9.90**

UNSER **SAISON-AUSVERKAUF** beginnt am **Montag dem 1. Juli**

Ab 12. Juli befinden sich unsere Geschäftsräume in der **Leipziger Straße 101**

SCHUHWARENHAUS **Diebach**
NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 1/2

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0004

1. Beilage
28. Juni — Nr. 132

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

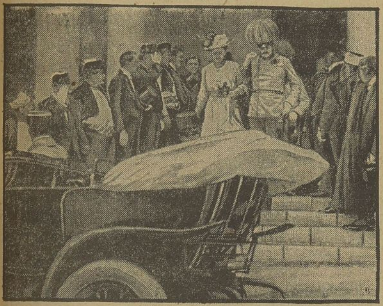
15=jährige Wiederkehr des Tages von Sarajewo

Heute vor 15 Jahren fielen die Schüsse, die den Weltkrieg entfesselten

Fünfzehn Jahre sind es heute her, daß in Sarajewo der österreichische Thronfolger einem Attentat zum Opfer fiel. Er wurde beim Verlassen des Rathauses während eines Besuches in Sarajewo niedergeknallt.

Unser Bild zeigt das österreichische Thronfolgerpaar kurz vor dem Attentat. Am 28. Juni fielen die Schüsse, die den Weltkrieg entfesselten.

So nannte sie die bürgerliche Presse, so nannten sie die bürgerlichen Geschichtsschreiber, und so stehen sie noch in der Erinnerung



von Millionen Arbeitern, die in diesen Jahren so viel Schreckliches haben erleben müssen.

Schüsse, die den Weltkrieg entfesselten — was kann das bedeuten? Manch einfacher Arbeiter und Bauer hat es sich wirklich so vorgestellt, wie es lautet und wie es die verlogene, gekaufte bürgerliche Presse schrieb: Die Serben haben den Thronfolger ermordet; die Oesterreicher mußten die Serben dafür bestrafen; die Russen waren mit den Serben befreundet und wollten ihnen helfen; der Deutsche Kaiser war mit dem österreichischen befreundet und wollte ihn nicht im Stich lassen. Die Franzosen hielten es wieder mit den Russen, und so immer weiter.

Heute weiß beinahe jedes Kind, daß das Unsinn ist. Die Kaiser und Könige und die republikanischen Minister hatten wohl Pläne, aber sie hatten sie nicht aus sich selbst. Es waren andere Mächte, die sie und ihre Gedanken zum Werkzeug der Geschichte machten. „Vergrößerung des Landes", „Erwerbung neuer Kolonien", „Gewinnung von neuen Ländern, wohin man Waren teuer verkaufen konnte", das waren die Ziele des Krieges. In den Junitagen von 1914 war schon seit Jahren alles vorbereitet und die Revolverschüsse brachten nur den lange schon wankenden Stein ins Rollen. Die Kapitalisten waren auf ihrem Posten, sie können „mit gutem Gewissen" an die Junitage 1914 zurückdenken. Sie haben sich nichts vorzuwerfen. Der Juni erinnert sie an „ihre beste hoffnungsvollste Zeit".

Revision gegen das Todesurteil im Bonner Mordprozeß

Der Verteidiger des wegen Giftmordes zum Tode verurteilten Arztes Dr. Richter hat gegen das Todesurteil beim Reichsgericht Berufung eingelegt. Der Verurteilte, der anfänglich ganz gebrochen war, zeigt sich jetzt wieder hoffnungsvoller.

Die Suche nach dem spanischen Ozeanflugzeug

Das englische Flugzeugmutterschiff „Eagle" ist von der Suche nach der vermißten „Numancia" ohne Ergebnis nach Gibraltar zurückgekehrt. Auch die anderen Schiffe, darunter mehrere portugiesische und italienische Kriegsschiffe, welche die Azorengewässer abgesucht haben, konnten keine Nachricht von dem Flugzeuge bringen, über dessen Schicksal in Spanien die größte Beunruhigung herrscht.

Die Rettung des Ozeanfahrers Paul Müller

Der Deutsche Paul Müller, der in einem kleinen Segelboot den atlantischen Ozean von Hamburg nach Florida überquerte und an der amerikanischen Küste unweit Charleston Schiffbruch erlitt, ist nunmehr in Charleston eingetroffen.

Durch Gas vergiftet

Der 50jährige Kaufmann Hanzely wurde gestern in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er wurde, als er den Gashahn öffnete und mit einem Streichholz anzünden wollte, von einem Anfall überrascht, stürzte zu Boden, wobei das Streichholz erlosch und das Gas entströmte.

Furchtbare Explosionskatastrophe in einer Preßburger Gummiwarenfabrik

Acht Arbeiterinnen getötet, viele schwer verletzt

Aus Preßburg wird gemeldet, daß sich dort gestern früh eine furchtbare Katastrophe in der Gummiwarenfabrik Hoernes & Co. ereignete. Durch Entzündung von Benzoldämpfen erfolgte eine äußerst heftige Detonation, durch die große Teile des Fabrikgebäudes in Trümmer gelegt wurden. Von den an der Unglücksstelle beschäftigten Arbeiterinnen wurde acht sofort getötet und vierzehn Frauen und Mädchen schwerverletzt geborgen. Ein großer Teil des Fabrikgebäudes ist durch ausgeflossenes Benzol überschwemmt, so daß jeden Augenblick neue Explosionen zu befürchten sind. Besondere Verwirrung entstand dadurch, daß durch die Explosionskatastrophe die Telephonleitungen beschädigt wurden, so daß die Rettungsmannschaften erst durch Boten herbeigerufen werden mußten. Der Brand dauert zurzeit immer noch mit unverminderter Heftigkeit an. Die Preßburger Garnison hat im weiten Umkreis die Unglücksstätte abgesperrt.

Zu dem Explosionsunglück in der Gummiwarenfabrik Hoernes & Co. wird noch gemeldet, daß der explodierte Kessel etwa drei Zentner eines Gemisches von Gummi und Benzol enthielt. In dem Raume befanden sich Frauen und ein Mann. Die Explosion ist wahrscheinlich auf einen Funken zurückzuführen, der in das Ventil eindrang, aus dem Dämpfe der trocknenden Ware entwichen. Sämtliche Gegenstände bildeten nach der Detonation einen wüsten Trümmerhaufen. Unter den Trümmern lagen stöhnend die Verletzten und die bis auf die Skelette verkohlten und verbrannten Leichen.

Die Eltern entlasten Manasse Friedländer

Die unheilvolle Rolle Földes — Anormale sexuelle Veranlagung Manasses

Die gestrige Vormittagsverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin gegen den Bruder- und Freundesmörder Manasse Friedländer, steht unter dem Eindruck der Vernehmung der Eltern des Angeklagten. Es wird außerdem gutachtlich gehört der medizinische Sachverständige Leppmann.

Während der Aussage des Vaters, der sehr hastig, schnell und überstürzt seine Sätze vorbringt, verbirgt sich Manasse tief hinter der Anklagebank, so daß er zeitweise gar nicht zu sehen ist.

Vorsitzender: Konnten Sie sich um Ihre Kinder viel kümmern?

Vater: Nein, ich war von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr geschäftlich unterwegs. Zu Hause bin ich eigentlich in den letzten Jahren nur in den Mittagsstunden gewesen.

Vorsitzender: Haben Sie bemerkt, wie Manasse zu seinem Bruder Waldemar stand?

Vater: Ja, ich habe mich öfter in das Verhältnis der beiden Jungen eingemischt.

Besonders Waldemar habe ich immer wieder ermahnt, doch nicht so bösartig seinem Bruder gegenüber zu sein.

Vorsitzender: Was spielte der Freund Waldemars, Tibor Földes, für eine Rolle in Ihrer Familie?

Samuel Friedländer: Soweit ich das beobachten konnte, war die Rolle Földes eine ziemlich unheilvolle. Dieser Freund, glaube ich, hat die beiden Brüder erst feindlich gemacht und auseinandergebracht.

Vorsitzender: Haben Sie einmal bemerkt, daß Manasse blaue Flecke im Gesicht und an den Augen gehabt hat?

Friedländer: Ja, manchmal. Meine Frau hat mir dann auch davon erzählt, daß sie Manasse geschlagen hat, wenn er ihr nicht folgen wollte.

Verteidiger Dr. Brandt: Herr Friedländer, können Sie uns nicht Auskunft geben über die anormale sexuelle Veranlagung Ihres Sohnes? Wurde Manasse nicht einmal operiert, um ihn von seinem Leiden zu befreien?

Friedländer: Jawohl.

Dann wird Frau Rosa Friedländer, die Mutter des Angeklagten, in den Saal gerufen. Sie will aussagen.

Frau Friedländer: Das Unglück für die Familie war, daß sich meine Jungens später mit dem Tibor Földes befreundeten. Die Mutter erzählt dann,

wie Manasse von Waldemar gezüchtigt wurde.

Sie hätte sich das niemals ruhig mit ansehen können, sondern ihrem Aeltesten immer Vorhaltungen machte, daß er so hart und stark zuschlage.

Sachverständiger Leppmann: „Glauben Sie, daß Manasse den Waldemar geliebt hat?"

Mutter: „Ich bin überzeugt, daß er auch Waldemar geliebt hat, aber Tibor Földes war immer da. Viele Leute haben mir gesagt, werfen Sie doch den Tibor hinaus."

Dann ist im wesentlichen die Vernehmung der Mutter beendet. Es wird in die Vernehmung des medizinischen Sachverständigen Leppmann eingetreten.

Riesenschwindel mit falschen Wechseln

Selbstmord eines Geschädigten

In Suhl ist die Kriminalpolizei durch den Zusammenbruch der Autohandlung Reif einem Wechselbetrug mit ungeheuren Auswirkungen auf die Spur gekommen. Nachdem der geflüchtete Autohändler Reif von der Polizei gefaßt und nach Suhl zurücktransportiert ist, läßt sich teilweise übersehen, wieviel finanzielle Leidtragende vorhanden sind.

Noch steht der düpierte Personenkreis noch nicht ganz fest, aber schon zeigen sich die ersten furchtbaren Auswirkungen. In Koburg ist über das Vermögen eines Hofjuweliers Konkurs verhängt worden. Dasselbe Schicksal hat einen Bäckermeister in Wasungen betroffen und im Rheinland hat sich ein Schmiedefelder Engroßhändler erschossen, weil die geschäftlichen Beziehungen mit Reif seine Existenz zerstört haben. Weitere Katastrophen stehen bevor.

Im ganzen sind bis jetzt 132 Personen festgestellt, die Besitzer von Bürgschaftsscheinen und faulen Wechseln des Herrn Reif sind.

In Frankfurt am Main vergiftete eine Mutter ihre beiden erwachsenen Töchter mit Gas und sich dann selbst. Aus hinterlassenen Zetteln geht hervor, daß Nahrungssorgen die Ursache waren.

Schlesische Weber in Not

Trotz der überaus ärmlichen Verhältnisse konnte die JAH. in Schlesien bisher in verschiedenen Orten an die Ausgesperrten und Streikenden Lebensmittelpakete verteilen. Von den kargen Löhnen haben die schlesischen Bergarbeiter und die in Arbeit stehenden Proletarier geopfert. Polizei und Gewerkschaftsbürokratie denunzieren die Mitarbeiter der JAH., so daß die Kräfte im schlesischen Bezirk selber gehemmt sind. Um so dringender müssen die Arbeiter und alle, die für Erhaltung der Kampffront in Schlesien sind, den dringenden Ruf aus Schlesien hören und die Arbeiten der JAH. unterstützen.

Daß die schlesischen Weber schlechtbezahlteste Arbeiter sind, ist bereits sprichwörtlich. Daß die Weber unter den furchtbarsten Wohnungsverhältnissen ihr Leben fristen müssen, ist bekannt. Um wie viel mehr muß da geholfen werden. Daß Unternehmerwillkür keine Grenzen setzt, weiß jeder. Daß die Polizei die aufopferungsvollen Helfer in Schlesien unter Anklage setzt und damit sich mit den Unternehmern solidarisiert, ist bereits Tatsache geworden.

Die Aussperrung geht weiter. Helft sofort! Auch die kleinsten Summen stärken.

Reichsverband der JAH.
Alfons Goldschmidt, 1. Vorsitz. Georg Dünninghaus, Reichssekretär.

Ein Personenzug entgleist — Eine Schwerverletzte

Der Personenzug der Linie Klingenthal- Falkenau, der mittags 12 Uhr Klingenthal verläßt, ist zwischen Bleistadt und Hartenberg mit der Lokomotive, einem Gepäckwagen und einem Personenwagen entgleist und umgeschlagen. Mehrere Personen wurden verletzt, eine Frau schwer. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Unter den Trümmern einer Mauer begraben

Gestern früh fuhr ein Lastwagen bei dem Versuche, einem Motorradfahrer auszuweichen, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Neunkirchen gegen eine Mauer. Diese Mauer stürzte ein und begrub drei Kinder unter sich. Eines der Kinder erlitt einen Schädelbruch, an dem es später gestorben ist. Die andern beiden Kinder sowie eine Frau wurden leicht verletzt.

Revolverschüsse während der Messe in einer kaholischen Kirche

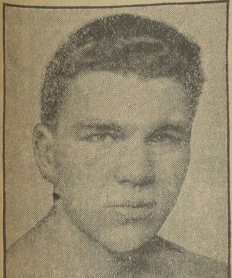
In Chikago gab in einer katholischen Kirche ein betrunkener Mann drei Revolverschüsse auf den die Messe zelebrierenden Priester ab. Der Pfaffe blieb, da er sich zu Boden warf, unverletzt. Der dritte Schuß verletzte einen Kirchenbesucher an der Hüfte. Der Täter gab darauf gegen sich selbst einen Schuß ab, der jedoch nur seine Kopfhaut verletzte. Er wurde verhaftet.

Mord und Totschlag bei einem Fußballspiel

Wie aus Lodz gemeldet wird, ist es auf dem dortigen Sportplatz während eines Fußballwettspieles zwischen den bürgerlichen Vereinen Hakoah und dem Touristenklub zu schweren Ausschreitungen gekommen. Drei Mitglieder des Touristenklubs machten auf der Zuschauertribüne abfällige Aeußerungen über das Spiel der Hakoah-Mannschaft, was zu einer schweren Schlägerei Anlaß gab. Mehrere Polizeibeamte versuchten vergeblich, das erregte Publikum vom Sportplatz zurückzudrängen und die Ruhe wieder herzustellen. Als einer der Beamten ein verwundetes Mitglied des Touristenklubs schützen wollte, fiel die Menge auch über ihn her. Er zog seinen Revolver und feuerte mehrere Schreckschüsse ab. Als das nichts half, richtete er die Waffe in der Notwehr auf seine Angreifer und verwundete einen an der Hand. Doch half auch das nichts. Die Menge drang vielmehr weiter auf den flüchtenden Polizeibeamten ein und wollte ihn lynchen. Nur mit Mühe konnte er sich in das Haus des Platzaufsehers retten, das dann von seinen Verfolgern belagert wurde. Nach Verlauf einer halben Stunde rückte polizeiliche Verstärkung an und zerstreute die Menge. Etwa zwanzig Personen mußten wegen ihrer Verletzungen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen, die in Groß-Britannien registriert werden, betrug am 17. Juni 1 122 700; sie hat sich um 9908 gegen die Vorwoche erhöht.

Schmeling siegt nach Punkten über Paolino



Schmeling

Paolino

Uebertragung des Neuyorker Boxkampfes in dieser Nacht zwischen 2 und 5 Uhr aus Neuyork auf alle deutschen Sender. Empfang erst mies, dann überraschend gut. Großer Schmus drumrum. Hundertmal Paolino wiegt . . . Schmelings Armlänge . . . jeder hat 400 000 Mk. sichere Einnahme — und dafür geht also die Wichserei los: Schmeling protestiert, daß sich Paolino das Gesicht mit Vaseline eingeschmiert hat. Großer Streit. Beschluß: 15 Minuten lang kann Paolino die Schmiere im Gesicht behalten . Erste Runde: Schmeling bearbeitet Paolinos Kopf. Dieser drängt Schmeling an die Seile und bearbeitet seine Rippen. Damit habt Ihr ihre Taktik. Und so geht es durch alle Runden. Zunächst kriegt Schmeling die meiste Dresche. Ein Magenstoß, er schwankt. Das Herz des deutschen Radiohörers krampf sich zusammen. Da: ein furchtbarer Kinnhaken — ich glaube in der achten Runde — Paolino wankt, seine Nase blutet, das Blut fließt in Strömen aus dem Munde. Nächste Runde: das linke Auge geschwollen. Punkt. Es schließt sich. Punkt. Es ist ganz geschlossen. Punkt. Beide Augen sind fest zu. Punkt. Die letzten drei Runden taumelt Paolino nur noch zwischen den Seilen. Aber er steht wie ein Büffel und ist nicht niederzukriegen. An die Vaseline denkt keiner mehr. Das Blut hat ihre Rolle übernommen. Beide sehen schlimmer aus als arbeitsame Metzgergesellen. 15. Runde: Feierabend. Heroische Geste: Sieger Schmeling umarmt brüderlich Paolino. Der sinkt kraftlos zusammen. Das ist beinahe knock out. Tosender Beifall. Ergebnis 9 : 3 : 3. **Der deutsche Sender: Wir wünschen dem deutschen Sieger als deutsches Volk . . . . . .**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0005

Die Sozialdemokraten haben Rive gewählt!

Der Judaslohn: Aufsichtsratsposten für jeden SPD.-Stadtverordneten — Schaumburg bekommt die Direktorstelle — Kein Kommunist mehr in den Verwaltungsorganen der städtischen Betriebe — Es wird noch nichts aus dem hallischen Ratskeller

Sitzungsbericht

Halle, 28. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung begann um 5 Uhr mit der Dunkelkammerberatung über die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Rive. Die kommunistische Fraktion hatte als Gegenkandidaten

den Genossen Wilhelm Koenen

aufgestellt. Weder von den Bürgerlichen noch von den Sozialdemokraten wagte aber ein einziger zu sprechen, besonders die letzteren schlichen mit sichtlicher Nervosität herum, insbesondere, da Genosse Höcker in einer ausführlichen Rede die ganze Schändlichkeit dieser Wahl aufrollte.

Genosse Höcker führte aus, daß wir Kommunisten uns nicht von persönlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Rive ist seit Beginn seiner Amtszeit Platzhalter der Reaktion gewesen. Während des Krieges war er eine Stütze der Militärdiktatur unter den Hohenzollern und der schlimmste Feind der Arbeiterklasse, die er damals besonders in der SPD. verfolgte. Auch für den Stadtbankskandal ist Rive als Oberhaupt verantwortlich. Damals forderte die SPD. seinen Rücktritt. Heute verhilft sie ihm zur weiteren Tätigkeit. Seine Pläne waren immer nur auf Repräsentation eingestellt. Für Wohnungsbau, für die Beseitigung der Elendsviertel Trödel und Altstadt hat er nichts getan. Der Zustand der hallischen Volksschulen ist eine Schande für die sogenannte „Schulstadt Halle". Dafür aber kämpfte Rive mit allen Mitteln für das Stadthallenprojekt. Und dort, wo Wohnungen entstanden sind, geschah dies

---

Heute ist Lohntag!

Denkt an die hungernden Weber in Schlesien!
Jeder klassenbewußte Arbeiter opfert einen Stundenlohn!
Am Sonntag ist Großsammeltag der IAH.!

---

zumeist durch die Arbeitsstunden der Siedler, die sich durch Ueberstunden ihre Häuser selbst gebaut haben, was ein ganz unwürdiger Zustand ist. Nicht viel anders ist es mit der Unterbringung der Obdachlosen, und die traurige Lage der städtischen Arbeiter und Beamten spricht ebenfalls Bände gegen Herrn Rives Verwaltungskunst.

Rive ist ein Freund des Stahlhelms, jener Organisation, die Arbeiter mordet. Nachdem Genosse Höcker noch ausführlich auf die frühere Haltung der SPD. zu Rive eingegangen ist, deckt er

die Verräterrolle der Schaumburg und Konsorten

auf. Dafür, daß Rive durch die sozialdemokratische Fraktion zu der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit kommt, erhält der Kommunistenfresser Schaumburg einen Direktorposten bei der Städtischen Werks-A.-G. mit einem **Monatsgehalt von 1100 Mark. Rive und Schaumburg, Deutschnationale und Sozialdemokraten sind von dem gemeinsamen Interesse beseelt, die Kommunisten zu vernichten, um jede Herrschaft der Arbeiterklasse unmöglich zu machen.** Zum Schluß weist Genosse Höcker darauf hin, daß gegenüber dem korrupten kapitalistischen System in Deutschland der **sozialistische Aufbau in der Sowjetunion** steht. Dort Durchführung des Fünfjahresplanes, um durch immer größere Industrialisierung die Herrschaft aller Werktätigen zu befestigen. Dafür kämpft die revolutionäre Arbeiterschaft in der ganzen Welt und auch die Kommunistische Partei Deutschlands wird alles daran setzen, um hier den Sieg über ihre Ausbeuterklasse davonzutragen.

Nun wird die Oeffentlichkeit der Sitzung hergestellt. In namentlicher Abstimmung erfolgt die Wahl. Stramm liefern die Sozialdemokraten ebenso wie die Ordnungsblöckler ihre Zettel mit dem Namen Rive ab. Die Kommunisten stimmen für den Genossen Wilhelm Koenen. Mit einem Stimmenverhältnis von 38:17 wird Rive gewählt, wobei zu bemerken ist, daß ein weißer Zettel (von einem Völkischen) abgegeben wurde und daß ein Mandat unbesetzt war. Es ist damit eigentlich keine volle Zweidrittelmehrheit erreicht, denn mit dem leeren Mandat beträgt die Zweidrittelmehrheit 39 Stimmen und Rive hat nur 38 erhalten. Aber um Formalitäten hat sich ja der Bürgerblock noch nie gekümmert, wenn es galt, seinen brutalen Willen durchzusetzen. Für Herrn Rive muß es ja auch ein erhebendes Gefühl sein, mit einer solchen **durch Korruption zusammengeschobenen Mehrheit** durchs Ziel gegangen zu sein.

Weil aber eine Hand die andere wäscht, empfing die SPD. sofort ihren Judaslohn. Sie wurde nämlich zu einer Fraktion der Aufsichtsräte. Auf der Tagesordnung stand nämlich die Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Städtischen Werks-A.-G., für die Minner, Schulze, Dr. Schulz, Hoffmann, Starke, Abramowitz, Dürrfeld und Rickelt vom Wahlausschluß vorgeschlagen wurden. Die drei letzteren sind Sozialdemokraten. Minner und Dr. Schulz (mein Konzern) sind die Vertreter der Industrie und so ist denn auch hier wieder einmal die Wirtschaftsdemokratie, d. h. die Auslieferung der Arbeiterinteressen an die privatkapitalistischen Ausbeuter gesichert. Bei dieser Wahl hatte die kommunistische Fraktion die Genossen Kutzschbauch und Härtel in den Aufsichtsrat mit vorgeschlagen, aber sie wurden vollkommen ausgeschaltet und die Sozialdemokraten erhoben sich immer wieder gehorsam von ihren Plätzen, um die kommunistischen Vorschläge gemeinsam mit dem Bürgerblock niederzustimmen. Man könnte das Ganze als Possenspiel bezeichnen, wenn es nicht für die werktätige Bevölkerung der Stadt Halle von so weittragender Bedeutung wäre.

Sie müssen die Steuern aufbringen, sie müssen die hohen Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität und besonders für die Straßenbahn bezahlen.

Aber ihre Vertreter haben kein Wort mehr mitzureden bei der Verwaltung dieser Betriebe, aus denen mehr noch als bisher Ueberschüsse herausgepreßt werden sollen, die dann zu Nutz und Frommen des Stadthallenbaues und anderer Luxusprojekte verwandt werden. Da war es denn ganz richtig, daß einer unserer Genossen dem Busse zurief, man möge den Stadtbankdirektor Berger in den Aufsichtsrat wählen, der gehört wahrhaftig noch in diesen Klüngel. Aber Busse tat, als ob er schwerhörig sei und ging nicht auf den Zuruf ein.

Er hatte auch noch wichtigeres zu tun, denn jetzt mußten noch die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion mit Aufsichtsratsposten bedacht werden. Herr Schaumburg, offenbar einem Wink des Magistrats folgend, erhob sich und erklärte, er lege seinen Aufsichtsratsposten bei der Flughafen-A.-G. und der Hafen-A.-G. nieder. Obwohl nun kein diesbezüglicher Antrag auf der Tagesordnung stand, erklärte Busse, man müsse sofort die Ersatzwahl vornehmen, und Heimat-Müller und Wilke werden als Nachfolger für Schaumburg ausersehen. Genosse Härtel protestiert gegen diese unerhörte Art der Geschäftsführung, aber Busse erklärt plötzlich, das sei eine dringliche Angelegenheit. Die Gegenvorschläge Kutzschbauch und Lüttich werden natürlich wieder von den vereinigten Rive-Anhängern abgelehnt und **jetzt haben alle sozialdemokratischen Stadtverordneten ihr Aufsichtsratspöstchen im Trocknen**, so daß es angezeigt ist, die SPD. von nun an

Fraktion der Aufsichtsräte

zu nennen.

Wie ein Treppenwitz mutet es an, als nach dieser Hochzeit zwischen dem treudeutschen Ritter Rive und dem (un)verschämten Mägdlein SPD. die Verlegung des Standesamtes Süd diskutiert wurde. Unsere Genossen lehnten die Vorlage ab, weil hier die ganz falsche Raumverteilungspolitik des Magistrats zum Ausdruck kam. Die Vorlage fand aber eine Mehrheit.

*

In der geschlossenen Sitzung, die nach einhalbstündiger Pause eröffnet wird, nimmt Herr Busse das Wort zur Vorlage Ratskeller. „Sie werden sich wundern, diesen Punkt wiederzufinden, der am Montag vertagt worden war."

„Ich erteile Herrn Minner das Wort." Herr Minner beantragte als Referent, dem Vertrage mit Pottel & Broskowski zuzustimmen. Die beschlossene Vertagung bis nach den Ferien machte die Vorlage gegenstandslos, da der Vertrag dann nicht am 1. August in Kraft tritt. Das bedeutet eine „schwere Schädigung der städtischen Interessen". Es ist ein lang gehegter Wunsch, daß die Bürgerschaft einen Ratskeller hat. Er dient aber auch dem Fremdenverkehr.

Es soll ein Ratscafé, eine Ratsweinstube und ein Ratsrestaurant eingerichtet werden.

Daneben darf die Firma Pottel & Broskowski ein Delikatessengeschäft im Stadthause einrichten. Im Obergeschoß ist ein Saal für kleine festliche Veranstaltungen und Kongresse. Der Gastraum soll in „neuzeitlich vornehmer Weise ausgestattet" werden. Die Besucher sollen einen freien Blick auf den Marktplatz haben. Die Kosten für die Stadt betragen 225 000 Mk. Die Firma übernimmt dafür den ganzen Ausbau, und zwar nach ihrem freien Ermessen in Höhe von 540 000 Mk., die der Stadt bei Ablauf des Vertrages als Vermögenswert in den Schoß fallen.

Als Gegenleistung erhält die Firma einen 24jährigen Vertrag.

Der Bauausschuß hat die Vorlage begrüßt. Die Finanzierung ist daher außerordentlich vorteilhaft. (?) So versucht Minner, die Pottelschen Delikatessen den Steuerzahlern schmackhaft zu machen.

Genosse Günther protestiert dagegen, daß die neue Vorlage des Magistrats, ohne in den Ausschüssen beraten zu sein, einfach den Stadtverordneten vorgelegt wird. Die Zurückverweisung an die Ausschüsse, die er beantragt, wird jedoch abgelehnt.

Ein Antrag Könnecke und Genossen (Ordnungsblock) verlangt, daß die Firma Pottel & Broskowski verpflichtet wird, das Bier mindestens einer hiesigen Brauerei im Ratskeller zu vertreiben. Ein Antrag Herold und Genossen (Ordnungsblock) ersucht den Magistrat, die Verpachtung nach den Regeln des Geldmarktes erfolgen zu lassen und daher eine öffentliche Verpachtung auszuschreiben.

Ein Zusatzantrag der Kommunisten sieht Ausschreibung der Verpachtung in einer Anzahl namhafter Fachzeitschriften vor.

Abramowitsch (SPD.) wendet sich nicht gegen das Ratskellerprojekt, verlangt jedoch Vertagung, da noch keine Ausschreibung stattgefunden hat. Herold (Ordnungsblock) hat schon lange den Wunsch, daß ein Ratskeller eingerichtet wird, so wie es auch in anderen Städten geschehen ist. Er ist nur dagegen, daß Pottel & Broskowski als die einzigen zugelassen sind. Mit Pathos erklärt er:

„Die hiesigen Biere werden immer mehr an die Wand gedrückt." (Heiterkeit.)

Er lehnt die Vorlage ab.

Stadtrat Fischer macht sich nun zum Verteidiger der Vorlage: Wir müssen einen würdigen Ratskeller bekommen, der allen Bevölkerungskreisen dienstbar sein soll. Darüber besteht wohl Einigkeit. (Widerspruch bei der KPD.) Wir haben lange Erwägungen angestellt, seit Monaten, ja seit Jahren, hallische Firmen haben sich nicht gemeldet.

Genosse Härtel: Wenn die Banken nicht warten können, dann mögen sie das Geld für den Wohnungsbau hergeben. Die Stillegung des Betriebes Lewin wird die Angestellten und Arbeiter auf das Straßenpflaster werfen. Der Vertrag dreht sich nur um Repräsentationen. Michel und Starke setzen sich mit den Ordnungsblockbrüdern in Widerspruch und erklären, die Vorlage abzulehnen.

Im Schlußwort fiel Herr Minner über die Gegner der Vorlage her. Dabei schonte er die widerspenstigen Blockbrüder keineswegs. Die Eingaben der Wirtschaftsverbände hätten keinen Wert. Es gäbe kein günstigeres Angebot, als das der Firma Pottel & Broskowski. Die Kommunisten hätten nur die Befürchtung, daß ein „gut bürgerliches Lokal" entstehen könnte.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages Herold mit dem Zusatzantrage der Kommunisten auf Ausschreibung der Verpachtung.

Damit ist die Magistratsvorlage abgelehnt.

Unter allgemeinem Durcheinander im Ordnungsblock, deren Mitglieder sich gegenseitig mit Vorwürfen überschütten, schließt Herr Busse die „angeregte" Sitzung.

Herr Rive wird nun wohl einen neuen Trick suchen, um sein Ziel durchzusetzen, denn diese Vorlage läßt er sich nicht so leicht aus den Händen schlagen.

Wir verweisen auch auf den politischen Teil unserer heutigen Ausgabe.

Stadt Halle

28. Juni 1929.

Aus der lustigen Kiste

Eins, zwei, drei!
Wir spielen Polizei!
Ich bin der kleine Maler
Und Du ein Kriminaler!

Mein guter Sohn! Mein braver Sohn!
Ich muß Dich etwas fragen!
Wohnt hier im Haus ein Bolschewist,
So mußt Du es mir sagen!

Ein Bolschewist?
Was ist denn das!

Nun, Junge! Mach nur keinen Spaß!
Das ist ein großer Schreier!

Ein Schreier! Ach im ersten Stock,
Da wohnt tatsächlich einer!
Der schreit bei Tag,
Der schreit bei Nacht,
Der schreit so laut wie keiner!

Mein lieber Sohn! Mein braver Sohn!
Schreit er nicht gar von Rebellion,
Vom Umsturz und vom Siege!

Nein, dazu ist er noch zu klein!
Er liegt noch in der Wiege!
Aus!

Kurt Kläber.

Wo

ist heute abend der Treffpunkt der hallischen Arbeiterschaft?

Im „Volkspark" um 20 Uhr, wo Studenten der USSR. durch ihre künstlerischen Darbietungen allen Besuchern einen Einblick in das heutige Kulturleben des Arbeiterstaates geben. Der Reinertrag ist für die schlesischen Weber bestimmt. Unterstützungen von dem Klassengegner führen zur politischen Korruption und schwächen die Arbeiterklasse. Die Armen und Ausgebeuteten helfen sich gegenseitig zum Kampfe gegen die Unterdrücker. Darum müßt Ihr die ausgesperrten schlesischen Weber unterstützen.

80 Millionen bewilligen sozialdemokratische Führer für einen Panzerkreuzer. Eine Mark opfern oder einen Stundenlohn geben die Arbeiter in den Betrieben für die hungernden Brüder in Schlesien!

Das ist Klassenkampf!

„Kühle und luftige Zimmer — Eisschrank — einwandfreie Nahrung"

Der Amtliche Preußische Pressedienst ist ein guter Ratgeber. Ratschläge sind ja bekanntlich billig, sie kosten nichts, was liegt also für den Amtlichen Preußischen Pressedienst näher, als solche Ratschläge auf den verschiedensten Gebieten in die Welt zu verschicken? Diesmal sind es die Hausfrauen, an die er sich wendet. Unter dem Motto: „Der Sommer im Haushalt" veröffentlicht er folgende wohlgemeinten Belehrungen:

„Die sommerliche Wärme stellt die Hausfrau als Hüterin der Gesundheit ihrer Familie vor eine Reihe wichtiger und schwieriger Fragen. Hierher gehört nicht nur die Sorge für kühle und luftige Zimmer und für die Einordnung frischer Gemüse und frischen Obstes in den Küchenzettel, sondern vor allem auch dafür, daß alles, was auf den Tisch kommt, einwandfrei und der Gesundheit nicht schädlich ist. Als oberstes Gesetz hat für die Hausfrau daher zu gelten, daß man möglichst nur so viel an Eßwaren einkaufen soll, als am gleichen Tage verbraucht wird. Besonders zweckmäßig wird die Aufbewahrung leicht verderblicher Nahrungsmittel an einem kühlen Orte, am besten im Eisschrank, sein. Der Fäulnis und Zersetzung durch die Sommerwärme ist besonders das Fleisch ausgesetzt, und hier sind es wieder speziell die inneren Organe wie Lunge, Herz, Leber und Nieren. Deshalb sollte man hier ganz besondere Vorsicht walten lassen. Einen besonders günstigen Nährboden für die Entwicklung von Krankheitsträgern bildet im Sommer das sogenannte rohe Hackfleisch, auch Schabefleisch oder Hackepeter, genannt. Es wird sich empfehlen, dieses nur aus einwandfreier Quelle zu beziehen und bald nach dem Einkauf zu verzehren oder mindestens durch Kochen oder Braten vor Verderbnis zu schützen. Auf den Bezug einer einwandfreien Milch und deren sorgfältige Aufbewahrung muß vor allem mit Rücksicht auf die Gesunderhaltung unserer Kinder hingewiesen werden. Vor allen Dingen vermeide man dabei, Milch über Nacht aufzuheben. Leicht verderbliche Gerichte wie Puddings, Kremes, Obstspeisen usw. eignen sich gleichfalls nicht zur Aufbewahrung und sollten möglichst am selben Tage, an dem sie zubereitet sind, auch aufgegessen werden.

Sauberkeit im Haushalt und Sauberkeit bei der Zubereitung, insbesondere beim Hantieren mit Speisen und Geräten, ist zur Vermeidung der Uebertragung von Krankheitskeimen unbedingt notwendig. Einen unerbittlichen Kampf führe man gegen die Fliegen, die ja bekanntlich in der Auswahl ihrer Nahrungsmittel durchaus nicht wählerisch sind und Krankheitsstoffe außerordentlich leicht in die dem Menschen zur Nahrung dienenden Speisen übertragen können. Deshalb ist es wichtig, alle Speisen zuzudecken, am besten mit einer Drahtglocke oder einem Gegenstand, der den Fliegen zuverlässig den Zutritt verwehrt.

Durch solche hygienischen Maßnahmen und eine zweckentsprechende Ernährungsweise wird es der Hausfrau gelingen, manche sonst im Somer drohende Gefahr für die Gesundheit ihrer Familie abzuwenden oder im Keime zu ersticken."

*

Das heißt natürlich nun nicht, daß der Amtliche Preußische Pressedienst sich bereit erklärt, denen, die über keine luftigen und kühlen Wohnzimmer verfügen, die kein Geld haben, täglich frisches Obst dem „Küchenzettel" einordnen zu können, die sich keinen Eisschrank anschaffen können, die nötigen Mittel zur Anschaffung all dieser schönen Dinge zur Verfügung stellt. Aber es ist komisch, der Amtliche Preußische Pressedienst tut dies nicht nur nicht, sondern er ist nicht einmal in der Lage, Ratschläge darüber zu erteilen, wie man am leichtesten zu dem nötigen großen Geldbeutel kommt, der notwendig ist, um seine Haushaltsregeln zu befolgen. Oder darüber, wie man es am leichtesten macht, dem Küchenzettel der Erwerbslosen (der bekanntlich aus der Stempelkarte besteht), täglich frisches Obst und frisches Gemüse einzuordnen?

Mit dem JSB. ins Ferienlager

Der Jung-Spartakus-Bund fährt auch in diesem Jahre wieder in ein Ferienlager. Unter großen Anstrengungen und vorbildlicher Opferfreudigkeit aller Pioniere ist es möglich geworden, die dazu notwendigen Gelder aufzubringen. Allen Arbeitern, die mit dazu beigetragen haben, einen Teil Arbeiterkinder auf 14 Tage in Erholung zu schicken, sprechen wir unseren besten Dank aus. Ist es doch die jüngste Generation der Arbeiterklasse, die im schlimmsten unter der allgemeinen Verelendung des Proletariats zu leiden hat. Wir brauchen aber gesunde und starke Kämpfer für das Befreiungswerk des Proletariats. Solche Kämpfer heranzuziehen, ist die Aufgabe des Jung-Spartakus-Bundes. Aus diesem Grunde veranstaltet er auch alljährlich diese Ferienlager. Sonne, Luft, Licht und Erholung für das Proletarierkind, damit es zu einem gesunden und starken Kämpfer des Proletariats heranwachsen kann. Arbeitereltern, laßt es auch in Zukunft an der notwendigen Unterstützung des JSB. nicht fehlen!

Die Abfahrt der hallischen jungen Pioniere erfolgt morgen früh 5.25 Uhr. Alle Teilnehmer müssen um 5 Uhr am Haupteingang des Hauptbahnhofes sein.

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 7.)

Werbt neue Parteigenossen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0006

Wenn man erst Meister ist

kennt man die Alltagskämpfe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mehr. Auch ein Herr Rolle fühlte sich berufen, in seiner neuen Eigenschaft als angeblicher Mitinhaber einer Firma, die seinen Namen mittrug, von der Unternehmerwürde ehrlich Gebrauch zu machen. Seine früheren Arbeitskollegen standen im November im Lohnkampf. Herr Rolle kehrte sich wenig an den Streik der Kollegen, sondern arbeitete allein weiter. Keinem seiner früheren Arbeitskollegen war bekannt, daß R. jetzt Mitinhaber der Terrazzofirma war. Nach ihrer Ansicht verrichtete R. Streikbrecherarbeit und zwar auf den Neubauten am Stadtgutweg.

Ein Lohnkampf ist natürlich aussichtslos, wenn die Arbeit in der betreffenden Branche völlig ruht. Die Streikkommission hielt es daher für ihre Pflicht, R., der ganz allein auf dem Bau arbeitete, auf seine schändliche Handlungsweise aufmerksam zu machen. Sie stellten den Außenseiter zur Rede. Da kamen sie aber schön an. R. dachte gar nicht daran, die Arbeit einzustellen. Da es nun die einzige Baustelle war, auf der Streikbruch verübt wurde, hatten sich ungefähr 15 Streikende ihren Vertrauensleuten angeschlossen. Das bei dem Verhalten R. nicht mit Vorwürfen gekargt wurde, ist verständlich. R. machte ganze Arbeit. Er erstattete gegen die Streikenden Anzeige.

Gestern hatten sich die Hilfsarbeiter Max P. und Rudolph W. aus Halle wegen Beleidigung und Nötigung vor dem hallischen Schöffengericht zu verantworten. Die Anklage legte ihnen zur Last, R. mit Gewalt an der Arbeit gehindert zu haben. Die Beleidigung war nur P. unterschoben, der R. mit den Worten Lump und Streikbrecher bedacht haben soll. Außerdem soll der Schleifapparat durch einen Wurf mit einer Bierflasche unbrauchbar gemacht worden sein. W. soll Rolle außerdem noch mit einem Kantholz bedroht haben.

Die Beweisaufnahme widerlegte die den beiden Angeklagten zur Last gelegten Straftaten völlig. Auch R. konnte sich auf vieles nicht mehr entsinnen.

Selbst dem Staatsanwalt war durch die Beweisaufnahme die Haltlosigkeit der Anklage erbracht. Er beantragte im Falle der Nötigung Freispruch für beide Angeklagte. Nur P. hielt er der Beleidigung überführt und beantragte 30 Mark Geldstrafe.

Auch Rechtsanwalt Fackenheim trat für völligen Freispruch ein. Doch das Gericht wußte seinen Klassencharakter zu wahren. Es erkannte auf 80 Mark Geldstrafe wegen Nötigung für beide Angeklagte.

Hallische Arbeiter laßt Euch nicht beschämen!

Bei den Balalaika-Konzerten in Eilenburg waren über 500 und in Lützen über 350 Besucher. Die dortigen Arbeiter haben Klassensolidarität mit der Sowjetunion bewiesen. Halle muß 2000 Besucher aufbringen. Besorgt Euch rechtzeitig Eintrittskarten. Erwerbslose und Jungarbeiter nur an der Kasse 40 Pf. (gegen Vorzeigung des Ausweises).

Eintrittspreis 75 Pf.

Besucht heute abend in Massen das Konzert des

russischen Balalaika-Orchesters!

Der Inder noch unverändert

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Inderziffern hat das Statistische Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 26. Juni 1929 auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14=1, wie folgt berechnet: 1. Gesamtlebenshaltung (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf, einschl. Verkehr, ohne Steuern und soziale Abgaben): 1,52 (gegenüber der Vorwoche ist mithin keine Veränderung eingetreten. 2. Lebenshaltung ohne sonstigen Bedarf: 1,49 (— 0,7 Proz.). 3. Lebenshaltung ohne Kleidung und sonstigen Bedarf (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung): 1,43 (—0,7 Proz.). 4. Ernährung: 1,47 (—0,7 Proz.). 5. Heizung und Beleuchtung: 1,79 (—). 6. Wohnung: 1,28 (—). 7. Bekleidung 1,93 (—). 8. Sonstiger Bedarf 1,80 (—).

Diese Ziffern, die sowieso nach den günstigsten Verhältnissen berechnet sind, werden sehr bald eine Steigerung erfahren, sobald sich die am Mittwoch im Reichstag durchgepeitschten Erhöhungen der Zölle für Butter, Zucker, Kartoffeln, Fleisch und Brot auswirken werden. Die arbeitende Bevölkerung wird den Hungerriemen enger schnüren müssen, denn die neuen Wucherzölle bedeuten eine weitere erhebliche Senkung ihrer Lebenshaltung. So will es die Koalitionsregierung und somit auch die Sozialdemokratie, die im Reichstag gegen die Anträge der Kommunisten auf Zollfreiheit für Zucker, Kartoffeln und Butter stimmten. Die SPD. nennt so etwas: „Auf zur Unpopularität!" Das stimmt auch!

Straßenbahnlinie 6 wird zweigleisig ausgebaut

Die Straßenbahndeputation hat am 23. März beschlossen, daß die Linie 6 zweigleisig ausgebaut werden soll. Das konnte aber bisher nicht ausgeführt werden, weil das Tiefbauamt Verhandlungen wegen Aenderung der Fluchtlinien bei der Mostfabrik, Straßenverbreiterung, Straßenaufschüttung usw. führt. Das Tiefbauamt hat aber in diesem Jahre für diese Arbeiten kein Geld und deshalb muß es noch bis 1930 zurückgestellt werden.

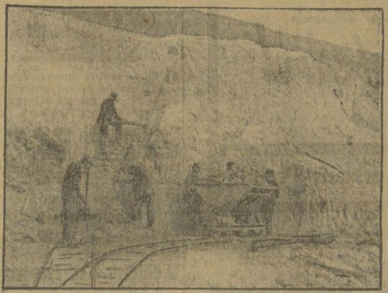
Hallische Tageschronik

Allerlei Straßenunfälle

Am 27. Juni gegen 16.30 Uhr stießen an der Ecke Merseburger Straße und Raffineriestraße zwei Personenkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. — Am 27. Juni gegen 16.45 Uhr fuhr ein Personenkraftwagen in der Merseburger Straße vor dem Grundstück Nr. 95 von hinten gegen einen dort haltenden Lastkraftwagen. Der Personenkraftwagen wurde leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. — Am 27. Juni gegen 18.15 Uhr wurde in der Geiststraße vor dem Grundstück Nr. 24 ein Mann bei dem Versuch, den Fahrdamm zu überschreiten, von einem Radfahrer umgefahren. Dem Mann wurde der Anzug zerrissen, das Fahrrad wurde leicht beschädigt. — Am 27. Juni gegen 19.15 Uhr wurde am Reileck ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen von hinten angefahren. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. — Am 27. Juni gegen 20.30 Uhr wurde auf der Elisabethbrücke ein Radfahrer von einem Motorradfahrer umgefahren. Der Radfahrer erlitt einen Bluterguß im rechten Knie und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Verscheuchte Einbrecher. Am 28. Juni gegen 0.05 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Röpziger Straße gerufen. Dort war in einer Wohnung ein Einbruch versucht worden. Das Türschloß war stark beschädigt. Die Täter waren durch einen Hausbewohner, der durch Geräusche auf sie aufmerksam geworden war und aus einer Pistole einige Schreckschüsse abgegeben hatte, verscheucht worden. Auf der Flucht zerschlugen sie die Scheiben der zum Garten führenden Tür.

Kaolin?



Kaolin? Was ist das, wird da mancher fragen. Porzellanerde oder Ton? Kaolin ist ein Produkt der Verwitterung des Feldspats, des Hauptrohstoffes der Porzellanfabrikation. Bei Halle, dicht hinter dem Galgenberge, befindet sich der Hauptfundort in Deutschland. Hier wird die beste Porzellanerde gefunden. Auch in der näheren Umgebung, z. B. in Lettin, befindet sich gute Porzellanerde (Firma Bänsch). Der Ton, den man hier gewinnt, wird ausschließlich in der feinkeramischen Industrie verarbeitet. In Gießereien wird er auch noch als Kupolofenmasse verwendet. Unser Bild zeigt einen Teil einer solchen Tongrube, in der die Arbeiter die Erde loshacken. Die gewonnene Porzellanerde wird am Trothaer Ufer der Saale auf Lastkähnen verfrachtet, die sie bis nach Stettin bringen. Vor dem Kriege fuhren diese Schiffe sogar bis nach Rußland. Die Porzellanerde wird aber auch noch mit der Eisenbahn befördert. So z. B. auch nach Selb in Bayern, wo das berühmte Rosenthal-Porzellan hergestellt wird.

Arbeitersportler, meldet Euch sofort

zu der Sportveranstaltung des ausgeschlossenen Berliner Kreises am kommenden Sonntag. Sportdelegationen aus vielen Ländern sind gemeldet und zum Teil bereits in Berlin eingetroffen. Auch aus dem Bezirk Halle-Merseburg fahren Arbeitersportler nach Berlin. Auch Du mußt Dich noch am Berliner Kreisfest beteiligen! Meldungen müssen sofort noch an den Kreisrat des 1. Kreises, Berlin C 25, Landsberger Straße 82, und zugleich an die Redaktion „Klassenkampf" gerichtet werden. Alle auswärtigen Teilnehmer erhalten gegen Zahlung des Festbeitrages von 1 Mark freies Quartier und Verpflegung. Meldet Euch noch heute! Auf

zum 14. Kreisfest in Berlin

Volksbühne. Auch bei ungünstiger Witterung findet unser Sommerfest am Sonntabend, dem 29. Juni, in den Sälen von „Wittekind" und der „Saalschloßbrauerei" statt. Konzerte, Blumenverlosung, Tanz, künstlerische Darbietungen in beiden Sälen. Beim Kabarett wirken mit: Charlotte Wegener: Moderne Operettenschlager; Ortrud Wagner: Chansons; Elsa Rochel-Müller: Heitere Vorträge; Günther Boehnert: Couplets; Bertel Grether: Heitere Rezitationen; am Klavier: Siegbert Mees. Elsa Rochel-Müller sagt an. Eintrittsprogramme in unserer Geschäftsstelle, Brüderstraße 14. Die Geschäftsstelle ist am Sonnabend ab 1 Uhr mittags geschlossen, ab 2 Uhr Kassenöffnung an den Saaleingängen.

Walhalla-Theater. Die Varieté-Festspiele nehmen kommenden Sonntag ihr Ende. Um auch allen auswärtigen Theaterbesuchern Gelegenheit zu geben, dieses wirklich grandiose Programm zu sehen, veranstaltet die Direktion am Sonntag nochmals nachmittags 4 Uhr eine Familienvorstellung zu kleinen Preisen von 40 Pf. bis 2,50 Mk. Kinder zahlen die Hälfte. Jeder Erwachsene hat ein Kind frei. Die Programmfolge ist dieselbe wie abends.

Sängerfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich ist, veranstaltet der Bezirk Halle des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes am Sonntag, dem 30. Juni, in Teutschenthal sein 35. Bezirks-Sängerfest. Ein Wertungssingen, Männer-, Frauen- und Gemischte Chöre sowie ein Instrumentalkonzert der Kapelle Rauwald sind vorgesehen. Das Fest findet in den Lokalen „Zum Ring" und „Würdenhof" statt und beginnt früh 10 Uhr. Die Abfahrt der Sänger erfolgt mit dem von der Reichsbahn gestellten Vorzug früh 8.33 Uhr bis Eisdorf.

Aus dem Saalkreis

Ein jugendlicher Messerstecher

In Tornau bei Halle geriet der 15 Jahre alte Landarbeiter B. nach beendeter Arbeit mit dem Schäferlehrling W. aus einem geringfügigen Anlaß in Streit, in dessem Verlauf er ein Messer zog und es dem Schäferlehrling in den Rücken stach. W. wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Ammendorf. Als Abschluß der Reichs-Arbeitersportwoche findet die für Sonntag angesetzte Sonnenwendfeier heute abend 8 Uhr im Naturfreundeheim statt. Während des Abbrennens verschiedene Aufführungen der Wassersportler, der Turner und des TV. „Die Naturfreunde".

Dölau. Hut ab vor dem Landvogt. Wie kann man es bloß übersehen, daß man seinen Herrn nicht grüßt? Wo doch jeder Ortsbewohner genau weiß, daß der Ortsgewaltige, der kleine „Mussi", schon seit seinem Amtsantritt in dem roten Dölau eiserne Ordnung schaffen will. Die Gemeindearbeiter, die durch den außergewöhnlichen Frost besonders viel Reparaturen auszuführen haben, hatten es in ihrem Eifer vergessen, ihren Chef zu grüßen. Selbstverständlich wurden die „Verbrecher" durch ihren Meister, den Schoßhund Mussis, zum Chef, Herrn Julich, bestellt, wo ihnen im Wiederholungsfalle mit der Entlassung gedroht wurde. Eine rücksichtslose Schikane, über die im Ernstfalle die Arbeiterschaft ein Wörtchen mitredet. Es findet jeder seinen Gegner und auch für „Mussi" sind in Dölau welche vorhanden.

Domnitz. Autounfall. Im Dorfe wurde ein Kleinauto von einem großen Personenwagen gerammt, als dieser in schneller Fahrt vorüber wollte. Das kleine Fahrzeug flog schwer beschädigt in den Graben. Von den Insassen wurde eine Dame leicht verletzt.

Arbeiter-Sport

Interessengemeinschaft Halle. Amtlich! Viktoria 2. Jgd. zurückgezogen. Spiel Nr. 131 fällt demnach aus. Dies den Vereinen und Schiedsrichtern zur Kenntnis. — Alle Berlin-Fahrer der J.-G. zum 14. Kreisfest (mit sauberer Sportkleidung) benutzen Sonnabend den Personenzug 14.13 Uhr. Treffpunkt Hauptbahnhof eine halbe Stunde vor Abfahrt.

6. Bezirk. Jugendbewegung und Nürnberg-Fahrer. Sonntag, den 30. Juni, vormittags 9 Uhr, im Lokal Hübner, Halle, Kurze Gasse, Bezirksvereinsjugendleitertagung. Hierzu haben alle Vereinsjugendleiter sowie Gruppen- und Spartenjugendleiter zu erscheinen. Alle Jugendlichen bis 20 Jahre, die am Bundesfest in Nürnberg teilnehmen, müssen dort schriftlich gemeldet werden, betr. Fahrpreisermäßigung und Beihilfen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Vereine dringende Notwendigkeit, besonders die Vereine Fichte-Halle, Fichte-Ammendorf und Merseburg. **Der Bezirksjugendausschuß.** J. A.: Schöne.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle. Sonntag, den 30. Juni, begeht die Ortsgruppe Wettin ihr 1. Stiftungsfest. Daran teilzunehmen haben: Schlepzig, Nauendorf, Sennewitz, Frisch drauf, Solidarität, Lustige Außenseiter Halle. Außerdem haben Lettin, Passendorf, Neuntöter und Halle-Süd ihre Pflicht noch nicht erfüllt. Um einen machtvollen Aufmarsch zustande zu bringen, muß für jeden Sportgenossen die Parole sein: „Alles auf nach Wettin!"

Fichte Halle (Vergnügungsausschuß). Sonnabend 8 Uhr in der „Terrasse" Sitzung. Fr. Werge. [S 93

Turn- und Sportverein Fichte, e. V., Halle (Kinderausschuß). Alle Kinder und deren Eltern sowie Jungen, Turner, Turnerinnen und Gäste des Vereins, die an dem großen Ferienausflug vom 11. bis 16. Juli nach dem Harz mit teilnehmen, melden sich bis Sonnabend, den 6. Juli, bei den Kinderleitern in den Turnhallen, um einen Ueberblick zu bekommen. **Der Kinderausschuß.** [S 94

Fichte Halle (Fußballabteilung). Unsere 1. Jgd. spielt am Sonntag gegen Askania 1. Jgd. auf dem Fichte-Platz um 14 Uhr. [S 95

Turn- und Sportverein Fichte Halle (Vergnügungsausschuß). Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung in der „Terrasse", Böllberger Weg. [S 96

Blau-Weiß. Fichte 1. und Amsdorf 1. zur Kenntnis, daß die Spiele in Passendorf stattfinden. Umkleidelokal: „Drei Lilien", Passendorf. Treffpunkt der Mannschaften am Sonntag: 1. Elf und 1. Jgd. ½3 Uhr, 2. Elf ½2 Uhr auf dem Platze. Sonnabend Vorstandssitzung beim Sportgenossen Lange.

Wie wird das Wetter?

Für Sonnabend und Sonntag: Heiter bis wolkig, mittags heitere Temperaturen, bis 27 Grad. Im Allgemeinen Aufklärung und schwache Luftbewegung.

Briefkasten

Wiehe. Bericht „Republikfahne" ist zu unvollständig. Außerdem ist der Vorfall längst überholt. Von einer Veröffentlichung wird daher abgesehen.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Halle. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, bei Polzin, Torstraße, Sitzung der Agitprop-Abteilung und Vertreter.
Halle. Montag, 1. Juli, 20 Uhr, Betriebsrätekursus.
Halle. Montag, 1. Juli, 20 Uhr, im „Volkspark" Orgschule.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Wettin. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag.
Arbeitsgebiet Landsberg. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Deutsches Haus".
Arbeitsgebiet Seeben. Sonnabend, den 29. Juni, 20 Uhr, in Sennewitz, Pabst, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Ref. Gen. Gutjahr, Halle.
Wettin. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, sondern am Sonntag, dem 30. Juni, 16 Uhr, im „Kleinen Schweizerling" statt. Thema: Bericht vom Reichsparteitag.
Lettin. Freitag, den 28. Juni, 20 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung. Thema: Bericht vom Reichsparteitag. Referent ist anwesend.
Bruckdorf. Sonntag, 30. Juni, vorm. 9½ Uhr, im Gasthof Bruckdorf Sitzung der Bergbau-Funktionäre des Saalkreises. Referent Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversamml. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Schliebs, Halle.
Schkeuditz. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, „Stadt Berlin" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Wilhelm Koenen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Wilh. Koenen.
Zeitz. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Sitzung der erweiterten Stadtleitung.
Profen. Freitag, 28. Juni 20 Uhr, bei Winkler öffentliche Versammlung. Thema: „Der 1. Mai in Berlin." Referent Genosse Lademann, Halle.
Lösau. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.
Zeitz. Sonnabend, 29. Juni, A.-G.-Leitungssitzung b. Gen. Koch.
Teuchern. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, „Grüner Baum" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Lademann.
Weißenfels. Sonnabend, den 29. Juni, 19 Uhr, im Parteibüro Festlegung des Arbeitsplanes.
Zeitz. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, Fraktionssitzung aller Genossen der IAH. in der „Kaffeeschänke".
Zeitz. Sonnabend, 29. Juni, treffen sich alle Genossen 16 Uhr in der Filiale zu einer wichtigen Arbeit für eine Stunde.
Arbeitsgebiet Zeitz. Sonntag, 30. Juni, vorm. 9 Uhr, in der „Händlerbörse" A.-G.-Konferenz. Referent Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.

Unterbezirk Mansfeld

Teutschenthal. Freitag, 28 Juni, 20 Uhr, im „Würdenhof" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse O. König.
Eisleben. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal Beinhorn Mitgliederversamml. Bericht vom Reichsparteitag. Referent O. König.
Hettstedt. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, im „Hohenzollernpark" Mitgliederversamml. Bericht vom Reichsparteitag. Referent ist anwesend.
Helbra. Sonntag, 30. Juni, 9½ Uhr vorm. in der „Tanne" MAG.-Betriebsräte und Gew.-Funkt. Referent Genosse Schlag, Halle.
Gerbstedt. Sonntag, den 30. Juni, 14 Uhr, bei Lohmeyer Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse O. König.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Herrenkrug". Bericht vom Reichsparteitag. Referent der UBL.
Kelbra. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Glatzer, Halle.
Nordhausen. Sonnabend, den 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal Schütt, Weidenstraße 3, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Ref. Gen. Beyling, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zörbig. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, allgemeiner Kursus. Referent Genosse Rothe, Halle. Die Funktionäre haben eine Stunde früher zu einer kurzen Besprechung zu erscheinen.
Bitterfeld. Freitag, 28. Juni, 17 Uhr, im „Volkshaus" Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre Griesheim. Referent Genosse Glatzer, Halle.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Freitag, den 28. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Parteilokal. Tagesordnung: 1. Kommunalwahlen. 2. Berichte. Referent ist anwesend. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Die Ortsgruppenleitung.
Dommitzsch. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag.
Mückenberg. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, bei Roloff Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag.
Torgau. Sonntag, 30. Juni, 19 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent der UBL.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, den 28. Juni, 20 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Grade, Halle.
Eilenburg. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitgliederversamml. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Lessig, Halle.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Die Gruppen Westen, Zentrum und Norden müssen schnellstens die Mai-Broschüren abrechnen bei dem Genossen Kurt S.
Halle. Am Freitag treffen sich alle Pioniere um 18 Uhr in der Produktiv. Alle Ferienlager-Teilnehmer müssen unbedingt erscheinen.
Halle. Die Abfahrt ins Ferienlager erfolgt am Sonnabendfrüh. Alle Pioniere müssen um 5 Uhr auf dem Bahnhof sein.
Halle. Freitag 20 Uhr Beteiligung an der Veranstaltung der IAH. im „Volkspark". Eintritt 40 Pf. gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches des KJVD. Gruppenabende fallen aus.
Halle. **Sonnabend 19 Uhr Abmarsch vom Paradeplatz zum Wochenendlager. Decken und Zeltplanen mitbringen.**
Halle. Sonnabend Spielmannszug mit Instrumenten antreten.
Halle. Mittwoch, 3. Juli, 19 Uhr, im Jugendbüro Bezirks-Agitprop-Abteilungssitzung. Unbedingtes Erscheinen ist Pflicht. Bez.-Abtlg., Agitprop.
Halle. Achtung! Heute, Freitag, ½20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Funktionärsitzung. Alle aktiven Genossen, besonders die schriftlich eingeladenen, müssen daran teilnehmen.
Halle. Heute, 20 Uhr, gemeinsamer Gruppenabend aller Gruppen im Gesellenheim, Klosterstaße.
Halle. Alle Genossen, die nicht am Gruppenabend in der Klosterstraße teilnehmen, gehen zur IAH.-Veranstaltung in den „Volkspark". Eintritt 40 Pf.
Halle. Sonnabend 19 Uhr Antreten zum Abmarsch nach dem Wochenendlager, Paradeplatz.
Halle. Spielmannszug. Antreten morgen abend mit Instrumenten zum Ausmarsch pünktlich 19 Uhr Paradeplatz.
Zwintschöna. Freitag 19½ Uhr bei Paul Funktionärsitzung.
Zwintschöna. Sonnabend 19½ Uhr Gruppenabend bei Horn.
Zwintschöna. Sonntag Werbetag für den „Klassenkampf". Treffen 9 Uhr früh am Kreuzweg.

Unterbezirk Merseburg

Querfurt. Heute abend Gruppenabend im „Schützenhaus".

Unterbezirk Nordhausen

Die Gruppen Heeringen, Kelbra, Sangerhausen müssen sofort Berichte an die UBL. und BL. absenden.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Heute, Freitag, öffentlicher Gruppenabend im „Lindenhof". Bringt Eure Arbeitskollegen und Freunde mit.

Jung-Spartakus-Bund Bezirksleitung f. Halle-Merseburg, Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Ammendorf. Alle Pioniere treffen sich Sonntag früh 8 Uhr am Jugendheim zur Tageswanderung.
Mitteilungen der BL. Alle Ortsgruppen, die in ein Ferienlager fahren, müssen dies sofort der BL. melden.
Halle. Alle Teilnehmer am Ferienlager müssen am Sonnabend pünktlich 5 Uhr am Haupteingange des Hauptbahnhofes sein. Pionierkleidung anziehen.
Halle. Alle Pioniere müssen heute um 6 Uhr unbedingt in der Produktiv-Genossenschaft erscheinen. Sammellisten mitbringen.

Bund der Freunde der IAH

Halle. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, Balaleika-Konzert.
Kreischau. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal Röbel Mitgliederversammlung.
Ammendorf. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im „Goldenen Adler" Balaleika-Konzert.
Merseburg. Internationaler Solidaritätstag. Alle Genossen und Genossinnen sind verpflichtet, am Sonntag, dem 30. Juni, vormittags 9 Uhr, in der Volksbuchhandlung zu erscheinen.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101929062-17/fragment/page=0007

„sie" = Joskes berühmte Ausverkaufs-Preise!

Burg-Theater

Gr. Gosenstr. 12 • Freitag—Sonntag

Macht der Liebe
Liebes- und Sitten-Großfilm
Wasser hat Balken
mit Buster Keaton als Matrose

Stadt-Theater
Heute 929
Freitag 20—22½ Uhr
Tosca
Oper von G. Puccini
Sonnabend 20—22½ Uhr
Charlene Lante
Schwank von Br. Thomas

Lest und werbt für den Klassenkampf!

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

Bezirk Halle an der Saale — Sonntag, den 30. Juni in Teutschenthal

35. Bezirks-Sängerfest

Männer-, Frauen- und Gemischte Chöre
Massen-Chöre / Großes Instrumental-Konzert: Kapelle Rauwald, Teutschenthal
Wertungssingen in den Lokalen „Zum Ring" und „Würdenhof"

Anfang früh 10 Uhr ● Abfahrt der Sänger von Halle früh 8,33 Uhr mit Vorzug bis Eisdorf 930

Der Bezirksvorstand

WALHALLA
Dir. O. Kleinhanns — Telephon 283 85
Täglich weit über 1000 Besucher staunen und jubeln über die Spitzenleistungen der 10 Welt-Attraktionen u. a.
M ja Rachmaninoff (10 Meister-Künstler)
Letzte 3 Tage!
Sonntag, 30. Juni, 16 Uhr:
Das gesamt. Kolossal-Programm
zu kleinen Preisen 0.40 b. 2.50 M.
Kinder zahl. die Hälfte
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Hermann **Job** ist Rheinlands populärster u. bedeutendster KOMIKER
Ganz Halle wird über ihn lachen!
927

Anläßlich meines durchgreifenden Geschäftsumbaues verkaufe ich in dieser Woche **zu weit herabgesetzten Preisen**

Kinderwagen	Kinderstühle
Klappwagen	Kindertische
Stubenwagen	Bubiräder
Kinderbetten	Selbstfahrer
Schutzgitter	Roller

Riesige Auswahl

Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
2 Minuten vom Markt 904

In die Augen springend
sind die Ersparnisse, die Sie bei mir haben.
Meine erstaunlich billig. Preise
müssen Sie veranlassen, zu mir zu kommen.
Sommerjacken. Lodenjoppen 6,50 4,50 3,75 2,95
Lüsterstoffos, schwarz, blau, grau 11,- 8,50 5,95
Windjacken, imprägniert 9,75 7,75 6,50 3,95
Leibchenhosen . . . . . von nur 0,95 an
Sportdrilich für Knaben . . . . nur 0,95
Waschanzüge f. Knaben 5,50 4,25 3,25 1,95
Strickanzüge u. Strickjacken von nur 1,95 an
Pilothosen, engl. Lederhof, 6,50 5,00 3,50 2,95
Sonntagshosen, Weghosen 6,50 5,00 3,50 1,95
Breeches hosen versch. Stoffarten, v. nur 3,75 an
Blaue Jacken u. Hosen 2,75 1,95 1,50 0,95
Drellsacken, grau, soweit Vorrat, nur 1,95
Manchesterwesten u. andere, v. nur 1,95 an
Männerhemd., hell u. bunk. gestr. 2,25 1,95 1.50
Gummimäntel, sehr vorteilhaft, v. nur 9,50 an
Herren-Anzüge, Sakko- und Sportform
1928 49,50 39,— — 24,— — 17,50

M. PRESSLER
Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 17
1 Min. v. Markt, geg. d. Allg. Ortskrankenkasse
Das Bekleidungshaus des Arbeiters

Rakete
Reimers Lachbühne
Kleine Klausstraße 7
Ruf 314 49
Tägl. ausverkauft, das besagt alles
Juli und August geschlossen
Heute, Freitag bis 4 Uhr:
Artisten-Sommerfest
mit Nachvorführung von Artisten-Verband „Sicher wie Job"
889

Fahren Sie nur **Brennabor**
das Rad mit der 3jährigen Garantie
das Rad der steten Rennerfolge 929
das Rad mit dem neuesten Kugellager
kurzweg, das leichtlaufende Qualitätsrad
Auf Wunsch Teilzahlung bei 10,— Anz. u. 2,50 Wochenrate
Karl Möller, Schmeerstraße 1
Größtes Spezialhaus ∴ Eigene Werkstatt

Gewerkschaftskartell Luckenau
Am 30. Juni 1929 924
Gewerkschaftsfest
Sonnabend, 20¼ Uhr: Antreten zum Fackelzug, anschließend Feuerwerk
Sonntag, 14 Uhr: Umzug, danach Festrede. Anschließend Kinderbelustigungen sowie Preiskegeln, Preisschießen, Tombola, Blumenverlosung und alles andere.
Von 19 Uhr an: **Großer Festball.**
Freundlichst ladet ein
Die Festkommission

Fahrräder M. 75,-
mit Torpedofreilauf und Garantie
Markenfahrräder wie Diamant Corona, Dixi usw. in größter Auswahl zu niedrigsten Preisen
Sämtliche Ersatz- und Hadeßteile billigst
Ausführung aller Reparaturen schnellstens
In unserer Spezialabteilung:
Sprechapparate in allen Ausführungen, Schallplatten, große Auswahl von —,50 an. Sieter Eingang von Neuheiten. Mundharmonikas in allen Preislagen.
Fahrrad-Vertrieb „Saale"
Weißenfels
nur Nicolaistraße 33

Liga für Mutterschutz
Bund für bewußte Geburtenregelung
Großgau Sachsen-Thüringen 892
Sonnabend, den 29. Juni, 20½ Uhr in der „Guten Quelle", Zeitz
Sexualhygienikerin Krause Leipzig spricht über:
Abtreibung oder Geburtenregelung
mit Lichtbildern!
Kleinentwicklung: Schwangerschaft: Geburt
Zur Deckung der Unkosten 20 ₰ Einlaß 19½ Uhr

Volkschor und Freie Turnerschaft Nasberg
Sonnabend, den 29. Juni 1929
u. Sonntag, den 30. Juni 1929
Gemeins. Kinder- u. Sommerfest
Sonnabend: Fackelzug
Sonntag 2 Uhr: Umzug durch den Ort
ab 3 Uhr: Konzert u. Belustigung
für jung u. alt, Rutschbahn, Reitschule usw.
Freundlichst ladet ein Der Festausschuß

Restecke
Rasiermesser
Rasier-Apparate
Haarschneide-Maschinen
(auch für Bubikopf)
Messer/Scheren
aller Art
empfiehlt preiswert
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Carl Baum
Merseburg
Kl. Ritterstr. 14
Schleiferei u. Reparaturen

Und abends? in „Kochs Kunstlichtspiele" **Im Atrium**
der neueste Tanz Täglich bis 2 Uhr

Papier Zeitungen
Lumpen, Knochen kauft 900
A. Bode
Große Klausstraße 22

Alte Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldstr. 14
Harz 1

Zeitungsmakulatur
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel

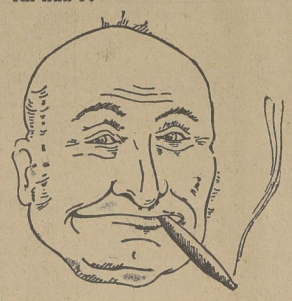
Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstraße 27 Tel. 211 07

Geschäftseröffnung!
Den geehrten Einwohnern von Aue und Aplodorf und Umgegend zur Kenntnis, daß ich am 1. Juli einen 912
Herren- u. Damen-Friseur-Salon
eröffnen werde. Stets werde ich bestrebt sein, meine geehrte Kundschaft sauber und preiswert zu bedienen und bitte um gütigen Zuspruch.
Ergebenst
Erich Dörfer, Friseur
Aue, Hauptstraße 32

„Broihanschenke" Ammendorf
Sonntag, 30. Juni
Großer Ball
Es ladet ein 910
Bandonionklub Ammendorf

Unseren werten
Mitgliedern
Freunden und Bekannten
hierdurch zur Kenntnis, daß wir mit dem heutigen Tage unsere Geschäftsräume von Holzweißig nach Bitterfeld, Bismarckstraße Nr. 41a verlegt haben.
Zu gleicher Zeit ist unsere
Bäckerei
in Betrieb genommen.
Konsum- und Spargenossenschaft für den Industriebezirk Bitterfeld
eing. Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht
920

Ich hab's! W. E. Z.-Zauberschatz-Sortimente übertreffen alles!



10-Stück-Beutel zum Preise von ..... 1,00 ℳ
enthält keine Zigarre unter 10 ₰, aber solche bis 20 ₰
10-Stück-Beutel zum Preise von ..... 1,50 ℳ
enthält keine Zigarre unter 15 ₰, aber solche bis 30 ₰
10-Stück-Beutel zum Preise von ..... 2,00 ℳ
enthält keine Zigarre unter 20 ₰, aber solche bis 40 ₰
W. E. Z.-Fabrikate vielfach mit der goldenen Medaille und auch mit der Staatsehrenurkunde ausgezeichnet
W. E. Z.-Zigarrenfabrik Altenburg i. Th.
Verkaufsstellen:
Leipziger Straße 52 — Große Steinstraße (Ecke Zinsgartenstraße)
Halle
Magdeburger Straße 13a — Ludwig-Wucherer-Str. 54 (Ecke Goebenstraße)
Alle Zigaretten der führenden Industrie fabrikfrisch

Bekanntmachung
Im Juli d. J. wird die Nachprüfung der Invaliden-Quittungskarten hier voraussichtlich in folgenden Straßen durchgeführt werden:
Lerchenfeld-, Zwinger-, Bertram-, Schwerische-, Schützen-, Kirsten-, Alberts-Schmidt-, Jacob-, Lauben-, Langen- und Mauerstraße, Steg, Steinweg und Mittelwache.
Die Arbeitgeber invalidenversicherungspflichtiger Personen werden ersucht, die Quittungskarten und die Lohnnachweise sowie eevtl. die letzten zwei Aufrechnungsbescheinigungen bereit zu halten.
Halle a. S., den 27. Juni 1929
Kontrollstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt: Jahn

Familien-Nachrichten

Nachruf
Am 25. Juni verstarb nach längerem Leiden unser langjähriger Steuer- und Gemeindekassen-Rendant, der Rentier
Herr Oswald Meißner
Die Gemeinde Köthschen verliert in ihm einen aufrichtigen und pflichttreuen Mitarbeiter, dem sie ein dauerndes Andenken bewahren wird 915
Köthschen, den 26. Juni 1929
Die Gemeindevertretung
J. A.: Rißland, Gemeindevorsteher

Die großen Einkaufstage für Sie sind da! Montag beginnt der

Saison-Ausverkauf Goldstein, Eisleben

Abmarsch der alten Preise heißt die Losung

Morgen erscheint eine zweiseitige Beilage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0008

Mitteldeutschland

Gekauftes Pressereptil

Krähwinkels „Tageblatt" sucht Leser!

Schäbige Methoden in der Gewinnung von neuen Lesern wendet das „Merseburger Tageblatt", ein Ableger der Hallischen Saalestante, an. Weil das Geschmiere dieses Blättchens kein vernünftiger Mensch lesen will, pürzicht man sich mit Hilfe der Berggewaltigen des Geiseltales an alle Kumpels heran. Jeder, der das Schmierblättchen liest, erhält es für den halben oder drittel Preis! Das übrige bezahlen die Grubenbesitzer. Man erspart hieraus.

wie eng diese reaktionäre Dreckschleuder mit dem Grubenkapital verbunden ist!

Mit allen Mitteln wird versucht, den drohenden Zusammenbruch des Blattes aufzuhalten. Die reine Zirkusreklame ist notwendig, um überhaupt noch zu bestehen. Schleimig und schmierig, wie alle diese Unternehmen, werden sie die schärfsten Gegner des revolutionären Proletariats, nur um ihren Geldgebern zu gefallen. Artikel von Dr. Elze und vom deutschnationalen „Arbeiter" Voigtländer ziehen einfach jeden denkenden Proleten die Stiefel aus.

Jeder Arbeiter, jeder Kumpel des Geiseltales sorge durch den Hinauswurf dieser Zeitung dafür, daß er sich nicht beschmutzen und verdummen läßt. Jeder beistelle den „Klassenkampf", das Organ aller Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Die Unfähigkeit der linken SPD. in Zangenberg erwiesen

Die Gemeindevertreter der SPD. kamen mit ihren Koalitionsfreunden, den Bürgerlichen, wieder einmal zusammen, um Politik zu machen. Die SPD. hat die Mehrheit und die Macht, aber sie beweist immer mehr, daß sie nicht fähig ist, die Geschäfte der Gemeinde zu führen. Wir haben voriges Jahr unsere Wählerschaft sofort darauf hingewiesen, daß der Neubau, der durchgeführt werden sollte, nur ein Agitationsantrag der SPD. war. Sieben Monate hat die Schwindel-SPD. die Wohnungsuchenden veraltert. In dieser Sitzung gab nun der Gemeindevorsteher Köhler bekannt, daß der Neubau nicht durchgeführt werden kann, weil angeblich keine Mittel vorhanden seien. Die Wahrheit ist aber folgende:

Die SPD.-Minister brauchen die Steuergelder für Rüstungszwecke, deshalb können Wohnungen nicht gebaut werden. Damit die Blamage nicht zu groß wurde, brachte die Verräterpartei einen Antrag ein, das Dach der Schule in der Leipziger Straße gut auszubauen zu einer Wohnung. Vor der Wahl soll noch etwas werden. Eine Beschwerde soll gegen einen kleinen Hausbesitzer durchgeführt werden, weil er keine Wohnung freigibt. Derselbe kann aber wegen einer vorhandenen Krankheit nicht enger wohnen. Wir raten, bei dem SPD.-Vertreter Reinhardt, Fritz, eine Wohnung freizumachen. In Halle findet eine Konferenz statt. Der Gemeindevorsteher wird geschickt und ihm werden 20 Mark bewilligt. Alles in allem: Wohnungsuchende und von der SPD. Betrogene. Euer Hoffen war umsonst, räumt mit diesem unfähigen Dorfparlament auf, kehrt den SPD.-Betrügern den Rücken und wählt Kommunisten!

Auch für die Spalter ist ein Kraut gewachsen . . .

Aus der Freidenkerortsgruppe Schraplau

Ueber den Ortsgewaltigen von Oberesperstedt, Hermann König, hat die Welt schon allerhand erfahren. Die Taten dieses sogenannten Sozialdemoktaten sprechen nicht nur Bände, sondern ganze Bibliotheken. Es würde zu weit führen, wenn hier alles aufgezeigt werden sollte, was besonders König auf kommunalpolitischem Gebiet verbrochen hat. Beschränken wir uns heute auf andere Dinge.

In einer Versammlung, die im Mai d. J. stattfand, beschloß die Schraplauer Ortsgruppe der Freidenker, 15 Mk. dem Kampffonds der Opposition zu überweisen. Alle Anwesenden waren damit einverstanden, nur einer stimmte dagegen. König meldete darauf der Bezirksleitung das Vorgefallene. Er machte auch weiter sämtliche Genossen namhaft, die mit der Liste der Opposition sammeln gingen. Die Folge davon war, daß jetzt ein Ausschlußverfahren gegen die Genossen Zeissing-Esperstedt, Nordmann, Tillmann, Busch und Otto, Schraplau, betrieben wird. Man will in der nächsten Versammlung den König zum Dank für seine Angebereien als kommissarischen Vorstand einsetzen. Das kann und darf sich die Mitgliedschaft aber keinesfalls gefallen lassen. Sie muß gegen den Spaltungskurs, der mit Hilfe des König durch die reformistischen Bezirksinstanzen durchgeführt werden soll, ganz energisch Front machen. Sie darf den Ausschluß der oppositionellen Genossen einfach nicht dulden. Sie muß, falls dieselben doch ausgeschlossen werden, sie immer noch als zu ihnen gehörig betrachten, sie weiter kassieren, sie weiter zu den Versammlungen einladen, mit ihnen zusammen nach wie vor die ganze Freidenkerarbeit weiter verrichten. Nur auf diese Art kann man den reformistischen Spaltern das Handwerk legen.

Der gewaltige Unterschied zwischen einst und jetzt

Ein alter Hallenser berichtet uns:

In Halberstadt hat die SPD. jetzt zu ihrem Magdeburger Parteitag Stellung genommen. Der Parteisekretär Schütte gab den Bericht. Durch seine Brille hat er gewiß die Zahl der Teilnehmer an den Veranstaltungen in Magdeburg vierfach gesehen; denn nach seinen Angaben waren am Sonnabend bei der Jugendveranstaltung schon 15 000 Mann, während nur etwas über 3000 gezählt werden konnten und der Umzug der SPD. zur Eröffnung des Parteitages nicht einmal 15 000 Teilnehmer aufwies!

Dann feierte Schütte den großen Unterschied zwischen einst und jetzt. Früher hätten bei den Demonstrationen der Arbeiter immer die Polizeisäbel geklirrt und die Roßhufe Berittener hätten die Massen in die Flucht getrieben. Heute aber trage die Polizei wesentlich mit zum Gelingen der Demonstrationen der SPD. bei!

Wir geben Schütte recht, Unterschiede bestehen zwischen heute und früher. Aber anders als er sie sieht. Bei der Polizei sind insofern Aenderungen eingetreten, als an Stelle des Säbels der Gummiknüppel (in der Polizeisprache „Migränestift") getreten ist und auch sonst die modernsten Kriegsmittel gegen friedliche Demonstranten angewandt werden. Aber am stärksten ist doch der Unterschied zwischen der SPD. von heute und früher. Die SPD. der Vorkriegszeit war Staatsgegnerin, Organ der Unterdrückten, der Feind der besitzenden Klasse. Damit hat die SPD. von heute nichts mehr gemein. Sie ist die staatserhaltende Partei geworden. Sie führt die Staatsorgane gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sie ist die beste Stütze der besitzenden Klasse, ja, sie führt die imperialistische Politik besser durch als diese. Darum werden heute auch ihre Umzüge, wie die Umzüge der Kriegervereine aus der Vorkriegszeit, unter den besonderen Schutz der Polizei gestellt.

Sein Bericht triefte natürlich von Bewunderung über die Stärke der SPD. Wenn die SPD. immer mit ihren hohen Mitgliederzahlen operiert, dann darf sie dabei aber nicht wagen, den Stand der bezahlenden Mitglieder anzugeben. Nach ihren eigenen Jahresberichten haben die Mitglieder durchschnittlich jährlich nur 25 bis 30 Wochenbeiträge geleistet, also innerhalb 52 Wochen. An Hand dessen kann jeder sich selbst mit Leichtigkeit die wirkliche Mitgliederzahl der SPD. errechnen.

In der Diskussion verlangte ein Jungsozialist, daß in Zukunft nur die Delegierten das Recht haben, abzustimmen und daß auch das von der Opposition Gesagte in der Presse veröffentlicht wird. Der Redakteur des „Halberstädter Tageblattes", Molkenbuhr, einer der Rechtesten aus dem ganzen Reiche, kennt keine Prinzipien und forderte, daß in Zukunft die Partei nicht auf prinzipielle Nebenfragen ihr Augenmerk lege, sondern auf die sozialen Probleme. Er feierte den Parteitag als ein „Musterbeispiel staatspolitischer Verantwortung"! Gewiß meint er damit die Art, wie sein Genosse Braun seine Genossen behandelt hat, als sie von ihm eine Auskunft über das Konkordat haben wollten.

Bezeichnend für diese Mitgliederversammlung der SPD. ist, daß im Zusammenhang mit dem Parteitagsbericht das „Halberstädter Tageblatt" kein Wort über das Ziel der SPD., ihren Weg zum Ziel usw. sagt. Das sind Fragen, die gar nicht mehr in der SPD. zu erörtern sind. Sie betreibt „Real"-Politik, das heißt, in ihrem Sinne, sich ganz auf das Heutige einzustellen, ohne irgendeine Aenderung zu erstreben.

Wahrhaftig ein gewaltiger Unterschied zwischen der SPD. von einst und heute.

In der Waschwanne ertrunken

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch in Leipzig im Grundstück Rückmarsdorfer Straße 12. Im Waschhaus wurde die 51 Jahre alte Tischlersehefrau Klara Raschig tot aufgefunden. Sie war beim Wäschespülen in eine Wanne gefallen und ertrunken. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Verunglückte an Krampfanfällen gelitten haben. Es wird angenommen, daß sie beim Wäschespülen einen Anfall erlitten hat und dabei mit dem Kopf ins Wasser gefallen ist.

Leipzig. Aus dem Zuge gestürzt. Zwischen Möckern und Leutzsch fiel der Buchbindergehilfe Walter Thieme aus Goßlis aus dem Fenster des Zuges auf den Bahnkörper. Er erlitt neben inneren Verletzungen und Rückenquetschungen erhebliche Geschlechtswunden. Außerdem wurde ihm ein Ohr abgerissen. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er sofort operiert werden mußte.

Dessau. Von einem Kriminalbeamten erschossen. In der Nacht zum Donnerstag ist bei einem Handgemenge der Bäckermeister Georg Zabel von einem Dessauer Kriminalbeamten durch einen Schuß tödlich verletzt worden.

Gotha. Ein Kassenbote überfallen. Mittwoch vormittag wurde der Botenmeister des Rentamtes, Stichling, beim Austritt aus der Reichsbanknebenstelle von zwei Unbekannten überfallen, mit einem Knüppel niedergeschlagen und der Aktentasche beraubt, die einen Scheck über 6000 Mark und 400 Mark Bargeld enthielt. Die Täter entkamen unerkannt in einem wartenden Auto.

Wie unterstützt man den „Klassenkampf"?

Versuche innerhalb Deines Bekannten- und Freundeskreises neue Abonnenten zu werben.

Benenne dem Verlag Adressen, die er mit Probenummern beliefert, um Leute für das Blatt zu gewinnen.

Schenke gelesene Nummern Deinem Arbeitskollegen oder oder Deinem Nachbar.

Verlange in allen Wirtschaften und öffentlichen Lokalen den „Klassenkampf".

Berichte der Redaktion schnellstens über alle wichtigen Ereignisse.

Vermeide solche Geschäfte, welche es zurückweisen, im „Klassenkampf" zu inserieren.

Verweise den Geschäftsmann beim Einkauf auf die Reklame im „Klassenkampf". Er freut sich und inseriert laufend.

Finden die vorstehenden Merkmale Beachtung, dann trägst Du zu dem weiteren Ausbau Deines „Klassenkampf" bei!

Das Arbeiterkinderheim soll und muß werden!

Programm zur Grundsteinlegung des Arbeiter-Kinderheims Ruhla

Vorfeier: Sonnabend, den 29. Juni, 20 Uhr, Städtisches Volkshaus „Zur Traube".

Sonntag: 30. Juni, Landeskonferenz der JAG., Bezirk Groß-Thüringen. Beginn 9 Uhr im kleinen Volkshaussaal, Ende 13 Uhr. Tagesordnung ist bekanntgegeben.

13 bis 14 Uhr: Platzkonzert der Stadtkapelle auf dem Karl-Liebknechtplatz.
13.45 Uhr: Antreten zum Demonstrationszug auf dem Liebknechtplatz.
14 Uhr: Abmarsch im geschlossenen Demonstrationszug zum Bauplatz des Kinderheims.
14.30 Uhr: Grundsteinlegung zum Arbeiter-Kinderheim Ruhla der Gemeinnützigen Kinderheimgenossenschaft eGmbH. für Halle-Merseburg und Thüringen.
16 Uhr: Konzert und geselliges Beisammensein auf und bei dem Platz des Kinderheims.

(Bei ungünstigem Wetter im großen Saale des Volkshauses.)

Vom weißen Kreuz zur roten Fahne / Von Max Hoelz

53 — Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50

Schon die Zellen in Münster hatten auf mich einen totengruftähnlichen Eindruck gemacht, aber die Zellen hier in Breslau waren noch um vieles trüber und niederdrückender. Die kahlen Wände waren weiß gekalkt, der Steinfußboden war mit einer Mischung von Oel und Ruß geschwärzt und stank unbeschreiblich. Dazu kam das düstere Licht. Der jahrelang in diesem Loch vegetierende Gefangene verfällt hoffnungsloser Verzweiflung.

Die Blenden waren erst einige Jahre zuvor angebracht worden, weil ein paar Gefangene an Sonntagen, an denen die Ausflügler auf der an der Anstalt vorbeiführenden Straße ins Freie pilgerten, ihre Geschlechtsteile durch die Fensterluken den Passanten gezeigt und dabei Zoten gemacht hatten. Weil zwei oder drei Gefangene ihre durch jahrelange Haft vergewaltigten Sexualgefühle auf diese ungewöhnliche Weise abzureagieren versucht hatten, mußten nun siebenhundert ganz unbeteiligte Gefangene jahraus, jahrein dafür büßen und auf jeden Sonnenstrahl, jeden Hauch frischer Luft und den Anblick des Himmels verzichten. Sogar an den Zellenfenstern, die nicht nach der Straße gingen, waren die Blenden angebracht worden.

Wieder versuchte ich durch Eingaben an die Behörden zu erreichen, daß die Blenden entfernt würden. Der Präsident des Strafvollzugsamts, Dr. Egon Hymann, der den Ruf eines aufrichtigen Förderers humanerer Gefangenenbehandlung genoß, sah ein, daß die Blenden abgeschafft werden müßten; trotzdem verschwanden sie nicht. Sollten diese Blenden heute noch die Anstalt in Breslau „zieren", so wäre es Pflicht der gesamten Oeffentlichkeit, ihre Entfernung zu verlangen.

Im Breslauer Gefängnis gab es außer mit noch 15 bis 20 kommunistische Gefangene, die wegen der Oktoberkämpfe 1923 oder im Zusammenhang mit dem Parteiverbot in Untersuchungshaft saßen. Im Januar 1924 erfuhren die Genossen und ich den Tod Lenins. Am Tage seiner Beisetzung verweigerten wir kommunistischen Gefangenen die Nahrungsaufnahme, um unserer Trauer und unserer Ungebrochenheit Ausdruck zu verleihen.

Während meines Aufenthaltes in der Irrenabteilung war ich von der Außenwelt so abgeschlossen, daß ich die politische und wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr hatte verfolgen können. In der Hauptanstalt erfuhr ich, daß ein ungeheurer Umschwung eingetreten war. Die Inflation hatte viele Reiche zu Armen gemacht und den kleinen Beamten hatte sie ihre ganzen Sparpfennige geraubt. Selbst Menschen wie die Aufseher, die sich sonst nie um Politik und Parteien gekümmert hatten, schimpften jetzt über die unhaltbaren Zustände und das herrschende System. Früher hatten die Beamten kaum gewagt, sich mit mir zu unterhalten, und nie ihre politische Meinung zum Ausdruck gebracht; jetzt sagten sie offen, daß sie eine Erhebung von links begrüßen würden und sich nicht nur passiv dabei verhalten, sondern aktiv helfen würden.

Soviel ich aus der bürgerlichen Presse ersehen konnte — kommunistische Zeitungen durfte ich nicht lesen —, herrschte unter den Arbeitern eine ausgesprochen revolutionäre Stimmung, und ich hatte den Eindruck, daß das Bürgertum und die Regierung sowohl mit einer Erhebung von links als auch von rechts rechneten. In diesen aufgeregten Tagen wurde mir von meinen Freunden durch Kassiber mitgeteilt, ich müsse aus der Anstalt entfliehen, weil man mich jetzt unbedingt draußen brauche, und weil meine Befreiung zugleich wie ein Signal auf die Aktivität der revolutionären Arbeiter wirken würde. Meine Antwort war ein Befreiungsplan, der mit Hilfe meiner Freunde von außen durchgeführt werden sollte. Ich legte eine genaue Zeichnung der Anstalt mit allen Türen, Toren, Telephonapparaten und Zellen bei und schmuggelte das Ganze aus der Anstalt. In Kassibern erläuterte ich meinen Freunden den gut ausgearbeiteten und alle Eventualitäten vorsehenden Befreiungsplan.

Die Ausführung des Vorhabens schien gut zu klappen. Sechs Genossen aus dem Vogtlande und Berlin kamen nach Breslau, nahmen am Bahnhof eine Autodroschke, in der sie vor der Strafanstalt vorfuhren. Zwei der Genossen wiesen sich an der Eingangspforte bei dem Pförtner als Gefängnisaufseher in Zivil aus und erklärten, daß sie mit einem Gefangenentransport aus Görlitz kämen.

Der Pförtner ließ die vermeintlichen Kollegen in sein Stübchen treten, um dort die Ablieferungspapiere über die angeblichen Gefangenen zu übernehmen. Im selben Augenblick entrissen ihm die die Genossen die Schlüssel, stellten ihn mit dem Gesicht an die Wand und erklärten, wenn er einen Laut von sich gebe, sei er ein toter Mann.

Da er Pistolen in ihren Händen blitzen sah, glaubte er an den Ernst dieser Drohung und hielt es für ratsam, sich still zu verhalten. Zwei Mann blieben mit Pistolen bei dem Beamten, die anderen stürmten in das Innere der Strafanstalt. Ich hatte den Plan so ausgearbeitet, daß ich gerade um diese Zeit meine Runde im Hofe machte. Ich hörte das Eindringen der Genossen, sie waren nur noch etwa vier Schritte von mir entfernt. Es trennte uns nur eine Hoftür, von der sie bereits den Schlüssel hatten.

Plötzlich aber machten sie kehrt und verließen in wilder Hast die Anstalt, obwohl kein Mensch ihnen Widerstand entgegengesetzt hatte.

Dieser Befreiungsversuch am hellichten Tage erregte viel Aufsehen; er war gut arrangiert: Keiner der Beteiligten wurde je verhaftet.

Ich konnte mir nicht erklären, warum die Genossen plötzlich umgekehrt waren. Erst nach meiner Freilassung erfuhr ich, daß einer der Genossen im letzten Augenblick eine falsche Parole ausgegeben hatte.

Ich wußte, daß die Befreiung glücken mußte, wenn sie genau so ausgeführt wurde, wie ich das in allen Einzelheiten angegeben hatte. Zudem wurde meine Bewachung nach dem Scheitern der Befreiungsaktion so scharf, daß ich es kaum noch ertragen konnte. Tag und Nacht standen besonders ausgewählte Beamte zu meiner Bewachung bereit. Für alle anderen Zellen gab es einen Einheitsschlüssel, für meine Zelle wurde aber ein besonderer Schlüssel angefertigt. Ich durfte mit keinem anderen Gefangenen zusammenkommen. In den Freistunden mußte ich ganz allein im Kreise herumlaufen.

Die Einzelhaft erzeugt in allen Gefangenen eine übersteigerte Empfindlichkeit. Ich spürte an mir selber und merkte später auch an anderen Gefangenen, wie verherrend lange Einzelhaft und die damit verbundene sexuelle Enthaltsamkeit auf Menschen wirkt. Der Gefangene in Einzelhaft ist ganz und gar auf sich selbst angewiesen. Wohl gibt es in den Bestimmungen des „modernen Strafvollzugs" einen Hinweis, daß die Beamten nach Möglichkeit mit den Gefangenen sprechen sollen, um sie von trüben Gedanken abzulenken und sie näher kennenzulernen. Das steht jedoch nur auf dem Papier, denn es ist den Beamten bei dem Mangel an Kräften, bei ihrer Dienstüberbürdung überhaupt nicht möglich, sich auch nur ein paar Minuten lang mit einem Gefangenen zu unterhalten. Meistens muß der Stationsbeamte noch ein oder zwei, oft auch drei Stationen mit übernehmen, z. B. nach der Mittagsablösung. Ich habe ausgerechnet, daß an manchen Tagen ein einziger Beamter 160 Zellen insgesamt mehr als 1400mal auf- und zuschließen muß. Dazwischen läuft er treppauf und treppab und hat Dutzende Gefangene den einzelnen Inspektionsbeamten und dem Direktor vorzuführen, Meldungen zu schreiben und Eintragungen in Bücher zu machen.

Aber auch wenn die Beamten nicht in dem Maße, wie es meistens der Fall ist, überlastet sind, hüten sie sich, mit Gefangenen Gespräche zu führen. Sie haben Angst vor den Vorgesetzten.

Den Beamten in Breslau war es strengstens verboten, mit mir zu sprechen. Ein paar hielten sich nicht an dieses Verbot. Sie sprachen hin und wieder versohlen mit mir, sehr besorgt, dabei nicht von anderen Gefangenen oder Beamten beobachtet zu werden.

Eines Tages sah der Direktor Baupel, als ich zu einer Besprechung vorgeführt wurde, daß zwei Beamte mit mir sprachen. Ich hatte die beiden Beamten nur gefragt, wie lange ich denn noch vor der Tür des Direktors warten müsse, und sie wollten mir eben die Frage beantworten, als der Direktor mit vor Erregung rotem Kopf aus seinem Zimmer herausstürzte und mit überschnappender Stimme nach dem Hauptwachtmeister schrie. Als der erschien, rief der Direktor: „Herr Hauptwachtmeister, Herr Hauptwachtmeister, es ist unerhört, die Beamten sprechen mit Hoelz!" Dann lief Baupel auf die beiden Beamten zu, wies mit Fingern auf sie und brüllte sie an: „Gehen Sie sofort nach Hause, Sie sind unzuverlässig, ich kann Sie nicht gebrauchen!"

Aber nicht nur mit mir, sondern auch mit vielen anderen Gefangenen durften die Beamten nicht sprechen; taten sie es dennoch, so machten sie sich nicht nur bei der Direktion, sondern auch bei den anderen Beamten mißliebig. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Feme-Schulz und Max Hoelz

im Spiegel des „Bitterfelder Tageblattes“

Im „Bitterfelder Tageblatt“, der Zeitung für alle Spießbürger, findet sich jeden Tag eine Abhandlung unter der Stichmarke: „Unsere Meinung“. Diese Meinung ist ganz und gar reaktionär. Meist ist zwar nicht wichtig, was dort verbrochen wird, aber am Mittwoch leistete sich das Blättchen doch etwas starken Toback. Da beschäftigt sich die „Meinung“ des „Bitterfelder Tageblattes“ nämlich mit dem Anführer aller Femehelden, dem Oberleutnant Schulz, und schreibt:

„Das kleinliche Hin und Her mit Oberleutnant Schulz nimmt nun fast groteske Formen an. Fünfzigtausend Mark Kaution hat es ihm gekostet, um aus der Untersuchungshaft in die Strafhaft überführt zu werden. Man kann zu diesem sonderbaren System vielerlei Meinung äußern und zunächst die Frage aufwerfen, wie man dem Oberleutnant Schulz in der Untersuchungshaft zugesetzt haben mag, daß ihm ein Tausch unter so kostspieligen Umständen wertvoll erscheint. Formell ist ja die Sache so, daß Schulz auf der einen Seite Straf-, auf der anderen Untersuchungshäftling ist, so daß in einer immerhin schweren kriminellen Sache die Befreiung von der Untersuchungshaft an eine hohe Kaution gebunden sein muß, einerlei, welche sonstigen Instanzen den „Feme-mörder“ in Händen halten. In Wirklichkeit aber hat die Hinterlegung von 50 000 Mark doch nur dann einen praktischen Sinn, wenn sie Schulz auch von der Straftat vorläufig befreit, damit er seine Verteidigung frei und ungehindert durchführen kann. Aber Schulz ist weder ein Dujardin, noch ein Jakubowski, noch sonst ein Mann, für den sich die „Liga für Menschenrechte“ interessiert, er ist nicht einmal ein Mordbrenner Hoelz, der heute, ledig aller Banden, selbst die Staatsgewalt verspotten kann. Schulz ist „nur“ ein Mensch, der das Verbrechen beging, sein Vaterland über alles zu lieben. Sollte das die Aufklärung für vieles sein?“

Feme-Schulz ist also für die Bitterfelder Tante nicht nur ein ehrenwerter Mann, sondern ein großer Märtyrer, der sofort aus dem Gefängnis entlassen werden muß, obwohl es ihm dort, wie wir schon oft berichten konnten, außerordentlich gut geht. Max Hoelz aber ist für dieses Blatt noch immer ein Mordbrenner. Die Arbeiter, welche dieses Blatt noch lesen, sollten an dieser Gegenüberstellung erkennen, wie ihre Führer dort beschimpft und ihre ärgsten Feinde in den Himel gehoben werden. Massenabbestellung dieser Fememordzeitung muß die Antwort auf die frechen Redensarten des „Bitterfelder Tageblattes“ sein.

Wir danken, Herr Dahnk!

Bitterfeld, 28. Juni.

Am Montag, dem 24. Juni, hatte sich der Gastwirt Dahnk aus dem Lokal „Bürgergarten“ vor dem Arbeitsgericht zu verantworten. Dahnk stand auf dem Standpunkt, daß seine Angestellten auch seine Sklaven wären und so lange zu arbeiten hätten, wie es ihm und seiner Frau gefällig war. Aus diesem Grunde hatte er mit seiner letzten Hausgehilfin Meinungsverschiedenheiten, die so weit ausarteten, daß er sie am Sonntag, dem 16. Juni, abends ½8 Uhr, auf öffentlichem Saal als „dämliches Frauenzimmer“ bezeichnete und diese „gebildeten“ Ausdrücke in der Küche wiederholte. Zugleich erklärte er, sie sollte machen, daß sie aus dem Hause käme. Sonntag, abends ½8 Uhr, ist es in der deutschen Republik gestattet, ein stadtfremdes Mädchen, welches mittellos ist und keine Angehörigen am Orte hat, auf die Straße zu setzen. Wo bleiben hier die Arbeiterschutzbestimmungen?

Die Dienstmädchen bei Herrn Dahnk im Lokal „Bürgergarten“ müssen von früh ¼7 Uhr bis abends 8 Uhr, ja sogar bis um 11 und 12 Uhr nachts arbeiten. Herr Dahnk aber kommt früh 10 Uhr gemütlich und ausgeschlafen aus seinem Bett. Er besaß übrigens die Dreistigkeit zu erklären, wenn jeder seine Arbeit macht, käme „so etwas“ nicht vor. Nun, er bekannte sich schuldig und mußte seine Ausbeuterallüren mit 70 Mark (allerdings eine sehr geringe Strafe) an das Mädchen für die fristlose Entlassung bezahlen. Herr Lebbin spielte hierbei eine schäbige Rolle. Das mittellose Mädchen wandte sich an ihm, um Aufklärung zu fordern, und damit er als Vertreter vor dem Arbeitsgericht fungiere. Das Mädchen trug ihm den ganzen Sachverhalt vor, und dieser Herr (seines Zeichens Kartellvorsitzender) erklärte,

daß er das nicht vor dem Arbeitsgericht vertreten könnte, sie sei nicht organisiert.

Er weigerte sich auch dann noch, als das Mädchen erklärte, sie wolle dem Verband beitreten. Wohl war dieser Reformist bereit, eine gütliche Einigung zugunsten des Arbeitgebers herbeizuführen, und zwar telephonisch von seinem Büro aus. Natürlich geschah das hinter verschlossenen Türen mit dem verblüffenden Resultat, daß sie wieder hingehen könnte, um sich noch einmal von Herrn Dahnk rausschmeißen zu lassen.

Als nun alles für das Mädchen scheiterte, meinte Herr Lebbin, daß sie auf dem Arbeitsgericht auch nicht mehr herausholen würde, sondern wieder hingehen müßte, und wenn sie es nicht wollte, bekäme sie gar nichts. Nun, Herr Lebbin, was herausgekommen ist, haben Sie ja wohl gelesen. Also, setzen Sie sich einmal hinter das Arbeitsgerichtsgesetz, dann werden auch Sie vielleicht zu einem anderen Standpunkt kommen. Ferner würden wir auch Herrn Lebbin, diesem Arbeiterverräter empfehlen, sich in Arbeitsgerichtssachen an den Kommunisten ein Beispiel zu nehmen. Ein Kommunist hat das Mädchen vertreten, obgleich sie nicht organisiert war.

Dem Herrn Dahnk mit seiner Frau war es sehr unangenehm, als sie hörten, der Landtagsabgeordnete der KPD., Otto Schlag, sei als Vertreter des Mädchens anwesend. Wieder ist bewiesen, daß die SPD. kein Interesse daran hat, Arbeiter zu vertreten. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen sei deshalb nochmals gesagt: Tretet ein in die Kommunistische Partei und bestellt den „Klassenkampf“, das Organ der werktätigen Bevölkerung. Hinein in die freien Gewerkschaften und kämpft dort zusammen mit den Genossen der Opposition gegen die Verräter und Spalter!

Der Juwelenkoffer und der Bindfaden

Eine mysteriöse Geschichte

Am Sonnabendabend ereignete sich auf der Straße von Gräfenhainichen nach Pretzsch ein mysteriöser Vorfall. Der Kaufmann Ulrich Reischmer aus Berlin, der einen Hanomag führte, hatte einen Koffer mit wertvollem Inhalt (Juwelen) auf dem hinteren Teil des Autos mit einem Bindfaden befestigt und unterwegs verloren. Der Fahrer gibt an, den Koffer in Bitterfeld noch gehabt zu haben, so daß er auf der erwähnten Straße verlorengegangen sein muß. Ob die Geschichte der Wahrheit entspricht, erscheint noch einigermaßen zweifelhaft.

Monatelang verfolgte die ganze Welt

die Schicksale der Nobile-Expedition in höchster Erregung. Die berühmtesten Polarforscher der Welt, an ihrer Spitze Roald Amundsen, versuchten die Rettung der „Italia“, die im Lande des großen weißen Schweigens untergegangen schien. Dem sowjetrussischen Eisbrecher „Krassin“ gelang die Rettungsarbeit. Der authentische Bericht der „Krassin“-Expedition (das Schiffstagebuch, die persönlichen Aufzeichnungen des Professors Samoilowitsch, Leiters der Rettungsexpedition, des stellvertretenden Kapitäns Legsdin, des Professors Wiese, des Heizers Padosen, des Fliegers Tschuchnowski) erscheint ab 1. Juli im „Klassenkampf“. Die Geschichte dieser

Neun Männer im Eis

bringt nichts Erfundenes oder Hinzugedichtetes. Nichts ist verschwiegen, nichts beschönigt. Ein Buch von menschlicher Größe und menschlicher Unzulänglichkeit, von entfesselter Naturgewalt und gebändigter Technik, ein abenteuerliches Heldenepos unserer Zeit!

*

Aus dem Inhalt: Geschichte der Polarfahrten — Nobile und Amundsen — Von Mailand bis Kingsbay — Der Flug zum Nordpol — Neun Männer im Eis — Die 10. Stimme — Malmgreens Tod — Der Fall Zappi — Roald Amundsen — Der „Malygin“ fährt aus — Leningrad hilft — Die große Fahrt — Tschuchnowski steigt auf — Die Rettung — Monte Cervantes — Polarfahrten der Zukunft.

Dazu veröffentlichen wir zahlreiche in Deutschland bisher unbekannte Photos.

Rekordsitzung des Wittenberger Stadtparlaments

Für Arbeiterkinder kein Geld — für die Kirche alles

Nach sehr langer Zeit ließ der Magistrat die Wittenberger Stadtverordneten wieder einmal zusammenkommen. Nicht damit sie für die Arbeiterschaft etwas Besonderes tun sollten, im Gegenteil. Ein Antrag, den der Kommunistische Jugendverband an den Magistrat gerichtet hat, minderbemittelten Kindern ein Beihilfe zu ihren Ferienlager zu überweisen, wurde überhaupt nicht vorgelegt. Auf eine Anfrage der kommunistischen Fraktion, wo die Eingabe bleibt, wollte der Magistrat sowie das Büro nichts davon wissen. Solche Sachen wandern anscheinend sofort in den Papierkorb. Es waren ja Arbeiterkinder, die einmal etwas brauchten.

Abgelehnt wurde auch der Antrag, eine Eingabe an die Regierung zu richten: Das Erwerbslosengesetz nicht noch mehr zu verschlechtern. An der Verschlechterung aber haben Interesse der Hausbesitzer Essebier mit seiner rechten Fraktion, der Nationalsozialist sowie die Beamtenfraktion, dazu der Mieter Henze, die alle gegen diesen Antrag stimmten.

Eine Eingabe, die katholische Schule in städtische Verwaltung zu nehmen, wurde dagegen wohlwollend dem Magistrat zur Bearbeitung überwiesen. Man merkt auch hier schon die Auswirkung des Konkordats, das von den Sozialdemokraten so warm befürwortet und von ihren Ministern abgeschlossen wurde.

Es folgten noch einige Tagesordnungspunkte: Dem pensionierten Schulhausmeister Moritz ein angemessenes Ruhegehalt zu gewähren. Eine Ergänzung der Wertzuwachssteuerordnung, die besagt, daß Ladenneubauten (gewerbliche Räume) nicht auf eine Ermäßigung oder Stundung der betreffenden Steuer hoffen dürfen. Festgesetzt soll ein neuer Fluchtlinienplan für die verlängerte Karlstraße bis zur Triftstraße werden. Weiterhin soll die Dorfsfurt-Kaserne abgeputzt werden.

Als letzter Punkt wurde ein vom Betriebsrat der städtischen Arbeiter mit der Verwaltung beschlossene Lohntafel beraten und wie alle vorgenannten Punkte angenommen, so daß die Tagesordnung in ¼ Stunde erledigt war. Besonders zu bemerken ist, daß die Stadtverordnetensitze recht schlecht besetzt waren, ebenso der Magistratstisch. Der Oberbürgermeister ließ sich gar nicht sehen und der Bürgermeister kam, als die Tagesordnung schon aufgearbeitet war. Aber er kam noch zurecht, um den Antrag gegen die Verschlechterung des Erwerbslosengesetzes abwürgen zu helfen sowie an der nachfolgenden Dunkelkammersitzung teilzunehmen.

Erwerbslose merkt Euch das. Die Wahl ist nicht mehr fern. Gebt ihnen dann die Quittung, die sie verdienen.

Bitterfeld. Lebensgefährlicher Platindiebstahl. Auf dem Werk Elektron Süd der J. G. Farbenindustrie wurde im Schmelzbau von einem Kessel die Elektrode herausgenommen und das Platin im Werte von 1500 Mark herausgebrochen. Da die Kessel ständig unter Strom stehen, muß der Diebstahl von Fachleuten ausgeführt worden sein, die alle Vorsichtsmaßregeln zur Anwendung brachten.

Zörbig. Eisenbahnunfall. Infolge Kurbelstangenbruches beim Rangieren blieb gestern die Maschine des 7-Uhr-Frühzuges liegen, so daß erst eine Ersatzmaschine von Bitterfeld den Zug weiterführen konnte. Vielleicht war es ein glücklicher Umstand, daß der Schaden nicht auf offener Strecke in voller Fahrt entstand.

Delitzsch-Torgau

Dommitzsch. Schweres Schadenfeuer. Im Hause des Tischlermeisters Siegert in Wörblitz brach ein Feuer aus, das fast das ganze Anwesen vernichtete. Die Maschinen und die großen Holzvorräte konnten vor der Vernichtung bewahrt werden. Der Schaden ist außerordentlich groß. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt. Man spricht von fahrlässiger Brandstiftung durch Kinder.

Mühlbeck. Motorradunfall. Der Arbeiter Kurt Schiebel aus Mühlbeck fuhr mit seinem Motorrad in rasendem Tempo in der Kreisstraße durch die Kurve und verlor dabei die Gewalt über das Motorrad. Dabei stürzte er in den 4 Meter tiefen Straßengraben. Besinnungslos wurden er und seine Mitfahrerin zu Dr. Albrecht gebracht. Nach Anlegung eines Verbandes wurden beide ins Krankenhaus Karlsfeld gebracht. Unerfahrenheit sind die Ursachen des Unglücks.

Groß-Rosenberg. Brandstiftung mit Spiegelglas. Wie verhängnisvoll sich Sonnenstrahlen auf Spiegelglas auswirken können, zeigt folgender Fall: Ein Einwohner hatte dort einen Rasierspiegel im Fenster stehen lassen. Auf diesen schien die Sonne, er wirkte als Brennglas und entzündete die dahinter hängende Gardine, die vollständig verbrannte.

Aus Anhalt

Auch Kalbe hat sein „Heldenmal“

Endlich hat auch Kalbe sein Gefallenen-Denkmal. Am Sonntag wurde dasselbe eingeweiht. Alle Behörden hatten sich eingefunden und dazu der Schützenverein, der Stahlhelm, die Kriegervereine aller Gattungen und was es sonst noch mehr gibt. Die Weihepredigt hielt selbstverständlich ein „Bruder in Christo“. Er salbaderte, daß das Opfer der Gefallenen nicht umsonst gebracht sein möge.

Der Studienrat Born meinte, das Ehrenmal „gereiche der Stadt zur Zier“ und der Bürgermeister Strobel verlangte von der lebenden Generation, es den Gefallenen gleich zu tun, wenn es um „die Ehre Deutschlands“ gehe!

Wir wollen den Herrschaften nur sagen: Wenn man die Gefallenen ehren wollte, dann sollte man zuerst an die Hinterbliebenen der Gefallenen gedacht haben. „Des Vaterlandes Dank ist Euch gewiß“, sagte man den ins Feld ziehenden Soldaten. Und heute sieht das „Vaterland“ es für genug an, wenn für einige Steinklötze und für nationalistische Rummel etwas Geld ausgegeben wird. Die lebenden Opfer des Weltkrieges brauchen ja den Dank des Vaterlandes nicht, für sie genügt der Leierkasten oder eine lumpige Rente, die von Zeit zu Zeit noch gekürzt wird, damit es den Opfern nicht zu gut geht. Tausende Kriegerwaisen laufen in Deutschland herum, ohne ein festes Heim zu haben, aber keine Stadt denkt daran, an Stelle der Steinklötze, die nur alljährlichen nationalistischen Rummeln dienen, Waisenhäuser zu bauen.

Der Bürgermeister wird gut tun, mit seiner Propaganda für den Kampf um Deutschlands Ehre, in seinen Kreisen zu bleiben. Diese Leute reden wohl gern vom Kampf um die Ehre, das Kämpfen überlassen sie aber gern anderen, den Arbeitern nämlich, die die Schlachtopfer zu bringen haben.

Im ganzen hat dieser Rummel wieder gezeigt, daß es keinen Arbeiter geben darf, der sich daran beteiligt. Restlos müssen die Arbeiter diese Organisationen meiden und mit uns gegen neue Kriege kämpfen. Am 1. August gilt es für die Gesamtarbeiterschaft, fester Kampffront gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu schließen. Trefft darum alle Vorbereitungen zu einem wuchtigen Aufmarsch, der den Kriegshetzern und -rüstern ein energisches Paroli bieten wird!

Unsere Leser bitten wir, den Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen. Das Abonnementsgeld ist im voraus zu entrichten. Wir bitten dringend, die Einkassierung unseren Trägerinnen zu erleichtern. — Der Verlag.

Was kostet der Schüler den Staat Preußen

Ein Volksschüler 105 Mark — Ein Student 1862 Mark

Am 1. Mai 1927 wurden die öffentlichen preußischen Volksschulen von 2 160 290 Knaben und 2 101 100 Mädchen, zusammen 4 261 390 Schülern besucht. Diese Kinder wurden von 83 444 Lehrern und 27 653 Lehrerinnen unterrichtet.

Der Preußische Staat zahlt nach dem Haushaltsplan für 1928 für Lehrerbildungswesen fast 5 000 000 Mark, für die Schulaufsicht etwa 6 850 000 Mark, für die Volksschulen 435 900 000 Mark, für damit zusammenhängende Zwecke 1 440 000 Mark. Lehrerbildung und Schulaufsicht lassen wir bei der Berechnung außer Betracht. An einmaligen Ausgaben für Volksschulzwecke leistet der Staat 12 320 000 Mark, zusammen für Volksschulzwecke unmittelbar 448 220 000 Mark.

Jedes einzelne Volksschulkind kostet den Staat also etwa 105 Mark jährlich.

Die Stadt Berlin — um die Ausgaben der Gemeinden zu zeigen — zahlt für einen Volksschüler nach dem Haushaltsplan für 1929 259 Mark. Staat und Gemeinde zahlen zusammen für einen Volksschüler 364 Mark.

Was kostet ein höherer Schüler?

Von den 1190 öffentlichen höheren Schulen Preußens sind nur 341 staatlich, die übrigen sind städtisch, einige wenige stiftisch. Wir berücksichtigen nur die staatlichen höheren Schulen, die am 1. Mai 1928 von 104 458 Schülern und Schülerinnen besucht waren. Die unmittelbaren Staatszuschüsse für diese Schulen betragen nach dem Haushaltsplan für 1928 fast 46 513 000 Mark. Den höheren Schulen allgemein dienende Stellen kosten jährlich 202 000 Mark, die Schulaufsicht 2 541 200 Mark, die wissenschaftlichen Prüfungsämter 137 600 Mark. Die letzten drei Ansätze dürfen, da sie auch für die nichtstaatlichen höheren Schulen bestimmt sind, nur etwa zur Hälfte angerechnet werden. Danach gibt der Staat für seine höheren Schulen jährlich ungefähr 48 Millionen Mark, für jeden Schüler einer staatlichen höheren Schule also jährlich etwa 457 Mark aus.

Die Stadt Berlin gibt für einen höheren Schüler durchschnittlich 671,10 Mark aus.

Die Universitäten und Technischen Hochschulen

Abgesehen von den Universitäten in Köln und Frankfurt a. M. sind die Universitäten und Hochschulen Anstalten, deren Zuschüsse ausschließlich vom Staat geleistet werden. Allerdings gibt es Gemeinden, die in ihren Haushaltsplänen, wenn auch nicht direkte Zuschüsse für die Anstalten, so doch erhebliche Summen für Zuschüsse an die Studierenden selbst gaben.

An den preußischen Universitäten studierten im Wintersemester 1927/28 — außer an den Universitäten in Köln und Frankfurt — zusammen 33 208 Studenten. Die Staatszuschüsse für diese Universitäten belaufen sich nach dem Haushaltsplan für 1928 im Ordinarium auf 48 414 750 Mark und im Extraordinarium auf 8 797 900 Mark, zusammen auf 57 152 650 Mark jährlich.

Das würde auf den Kopf des Studenten einen Betrag von fast 1700 Mark jährlich bedeuten.

An den Technischen Hochschulen studierten im Wintersemester 1927/28 zusammen 8448 Studenten. Der Staat wendet nach dem Haushaltsplan für 1928 im ordentlichen Haushalt 11 162 800 Mark, im außerordentlichen Haushalt 4 668 500 Mark, zusammen über 15 830 000 Mark auf. Bei fast 8500 Studenten kommt also auf den einzelnen Studenten ein Staatszuschuß von

1862 Mark jährlich,

etwas mehr als für den Universitätsstudenten.

Ueber 95 Prozent aller Schulkinder besuchen nur die Volksschule, und nur ein ganz geringer Prozentsatz, das heißt die Kinder der Besitzenden, besuchen die Hochschulen, die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen die Mittel dafür aufbringen.

Der deutsche Philologenverein machte eine Statistik über den Besuch der höheren Schulen im ganzen Reiche. Danach stammten 1925 aus Arbeiterkreisen 6 Prozent der Schüler. 1927 hatten wir auf deutschen Universitäten und Hochschulen 101 000 Studenten. Davon stammten aus Arbeiterkreisen 1 Prozent!

Der öffentliche Aufwand des Staates beträgt pro Jahr

für einen Volksschüler	105 Mark
für einen höheren Schüler	457 Mark
für einen Hochschüler	1862 Mark

Daraus ergibt sich folgende Rechnung:

Die Ausbildung eines Arbeiterkindes kostet den Staat 8 Jahre Volksschule = 8 × 105 Mark = 840 Mark.

Die Ausbildung eines Akademikers:

4 Jahre Volksschule	= 4 × 105 Mark	= 420 Mark
9 Jahre höhere Schule	= 9 × 457 Mark	= 4113 Mark
4 Jahre Hochschule	= 4 × 1862 Mark	= 7448 Mark
		11981 Mark

Also für einen Akademiker, der zu 99 Prozent aus bemittelten Schichten stammt, zahlt der Staat auf Kosten der Werktätigen 11 141 Mark mehr, als für die Ausbildung eines Arbeiterkindes.

Die Kapitalistenkinder besitzen das Bildungsprivileg. Der Staat, die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung, zwingt die von dem Bildungsprivileg Ausgeschlossenen auch noch zur Tragung der Kosten.

Nach sozialdemokratischen Begriffen nennt man das Demokratie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0010

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Metallarbeiter der Firma Prinzler, Büschdorf

fordern die Anerkennung der oppositionellen Ortsverwaltung

Die im DMV. organisierten Kollegen der Firma Prinzler in Büschdorf nahmen am Mittwoch in einer Versammlung einen Bericht von der Vertreterversammlung am vergangenen Sonntag entgegen. In einer mehrstündigen Diskussion, in der auch der DMV.-Angestellte König sich ausgiebig über die neugegründete GmbH. Rößler, König, Drescher und Co. verbreitete, wurde von der Mehrheit der Redner in schärfster Weise die fortgesetzte Mißachtung des Willens der Mitglieder bekämpft. Die Haltung der oppositionellen Delegierten wurde allgemein gebilligt.

Mit ⅞ Majorität nahm die Versammlung nachstehende Entschließung an:

„Die versammelten Metallarbeiter der Firma Prinzler billigen die Haltung der oppositionellen Delegierten auf der Vertreterversammlung und verurteilen die Einstellung derjenigen, die sich vor den Karren des Reformismus spannen ließen.

Die Versammelten erwarten, daß die gewählte oppositionelle Ortsverwaltung ihre Politik im Sinne des Klassenkampfes führen und sich nicht unter die Rößlersche Bürokraten-Diktatur beugen wird.

Die Versammlung gelobt, die schärfste Kampfstellung gegen die am Sonntag gebildete Einheitsfront zwischen den Renegaten König-Drescher und dem Reformisten Rößler einzunehmen. Die Kollegen rufen die übrigen Metallbetriebe von Halle auf, gemeinsam gegen die Diktatur Rößlers Front zu machen und Schulter an Schulter den Kampf um die Anerkennung der oppositionellen Ortsverwaltung zu führen."

Die Entscheidung der Prinzlerschen Betriebsarbeiter muß ein Ansporn für alle halischen Metallarbeiter sein. Mit allem Nachdruck müssen sie ankämpfen gegen die Spaltungs- und Diktaturmaßnahmen des Reformisten Rößler und seiner Handlanger König-Drescher. Neue Anschläge sind gegen die neugewählte oppositionelle Ortsverwaltung geplant.

Wehret diese ab und organisiert in allen Betrieben sofort Belegschaftsversammlungen.

Torgauer Steinarbeiter gegen die Invalidenversicherung im Verbande

Der Steinarbeiterverband im Bezirk Grimma-Wurzen-Torgau nahm am 23. Juni in einer Bezirkskonferenz, die von 25 Kollegen besucht war, Stellung zum nächsten Verbandstag und zur Einführung der Invalidenversicherung.

Von allen Rednern wurde die Invalidenversicherung des Verbandes abgelehnt. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, neue Unterstützungseinrichtungen zu schaffen. Im Gegenteil: vom Staate muß gefordert werden, daß er die Verantwortung für die Existenzmöglichkeit der werktätigen Massen übernimmt. Besonders der Ausbau der Erwerbslosenunterstützung ist eine Notwendigkeit. Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben zu erfüllen, als Mittel der Organisation dafür einzusetzen, um die Lebenshaltung des erwerbslosen oder invaliden Arbeiters zu verbessern. Es gilt einen energischen Kampf gegen die Sozialreaktion der Koalitionsregierung zu führen. Die Gewerkschaften müssen zu Kampforganisationen und nicht zu Unterstützungsvereinen ausgebaut werden. Sie sind die Interessenorganisationen der Arbeiterschaft zur Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Heute ist jedoch festzustellen, daß die Gewerkschaftsbürokratie eine entgegengesetzte Linie einschlägt. Das zeigen am besten die SPD.-Minister in der Regierung. Durch die Schlichtungsmaschine, bedient durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell, verschlechtert sich immer mehr die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung.

Die Delegierten nahmen einstimmig einen Antrag an, der die Ablehnung der Invalidenversicherung, die Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung im Verbande forderte. Ziel und Aufgabe aller Gewerkschaftler muß es sein, sich diesen Beschluß der Steinarbeiter zur Grundlage zu nehmen.

Neuer Schandstreich der Reformisten im Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband

Der Verbandstag ist vorüber. Die Mehrheit der SPD.-Delegierten hat den verräterischen Kurs der Reformisten gebilligt. Die staats- und wirtschaftserhaltende Politik des ADGB. wird fortgesetzt.

Der „Sieg" der Reformisten auf dem Verbandstag hat sie mutig gemacht und so führen sie jetzt ihre Kampagne gegen die Opposition mit noch größerer Schärfe als vorher.

In diesem Verband werden nach den Verbandstagen die Beisitzer zum erweiterten Vorstand gewählt. In der Nr. 25 der Fachzeitung wird diese Wahl ausgeschrieben. Gegenüber den früheren Wahlausschreiben zu den Beisitzerwahlen enthält die diesmalige Ausschreibung den eigenartigen Passus:

„Wählbar zum erweiterten Vorstand sind nur solche Mitglieder, die im Beruf tätig sind, dem Verband mindestens fünf Jahre angehören und auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen."

Die Bedingung, „auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu stehen", ist neu. Die Reformisten wollen dadurch erreichen, daß von vornherein jeder Kollege, der an der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale etwas auszusetzen hat, der die wirtschaftsfriedliche Politik des ADGB. und die Koalitionspolitik der SPD., der im Verband selbst die Einführung der Invalidenunterstützung nicht billigt, der mit der Cliquenwirtschaft der oberen Bürokratie nicht einverstanden ist, nicht zur Wahl gestellt werden kann.

Die Kollegen im Reich werden sich dieser willkürlichen Bestimmung der Bürokraten nicht fügen, sie werden als Beisitzer in den erweiterten Vorstand nur solche Kollegen delegieren, zu denen sie das Vertrauen der rücksichtslosen Vertretung ihrer Interessen, zur Durchführung des entschiedenen Kampfes gegen die Bürokratie haben. Die Sattler, Tapezierer und Portefeuiller müssen in ihren Versammlungen zu diesem neuen Schandstreich der Bürokratie Stellung nehmen und alle Kräfte einsetzen, ihn zu durchkreuzen.

Lest und verbreitet die kommunistische Presse!

Verbandstag der deutschen Buchdrucker

Der Hauptvorstand für das Schlichtungsunwesen — Opposition stößt vor

Der Verbandstag wurde am Sonntag durch ein Fest im Saalbau eröffnet. Von den offiziellen Instanzen wurden farblose Reden gehalten. Die eigentliche Tagung wurde am Montag, dem 24. Juni, durch den Vorsitzenden eröffnet. Internationale Vertreter sind aus Frankreich, Holland, Oesterreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei, Schweden, Ungarn und Jugoslawien anwesend. Als Vertreter des ADGB. ist Graßmann erschienen.

Als Zeichen der Verbundenheit der Gewerkschaftsbürokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat ist es zu werten, daß der Polizeipräsident von Frankfurt a. M., Steinberger, als erster den Reigen der Begrüßungsredner eröffnete. Er erklärte, daß in der Vorkriegszeit so etwas unmöglich gewesen wäre und behauptete, daß die Polizei in Wirtschaftskämpfen neutral (?!) sei. Nach ihm sprach der internationale Vertreter Schlump, dann ein Franzose.

Graßmann vom ADGB. teilt mit, daß die „größte Friedensarmee der Welt" die Gewerkschaften seien, die die Zahl von fünf Millionen überschritten hätten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten ergriff der Verbandsvorsitzende Krautz zum Bericht des Vorstandes das Wort:

Er zeigte das Steigen der Mitgliederzahl und das Wachsen des Verbandsvermögens. Der Verband erfaßt jetzt mit der Lehrlingsabteilung 100 000 Mitglieder und sein Vermögen stieg in drei Jahren von zirka 3,5 auf fast 8 Millionen Mark. Zum Lohnabkommen 1928 mußte er selbst zugeben, daß das Ergebnis recht unbefriedigend war. Damalige Angriffe gegen den Vorstand seien begreiflich, verzeihlich, aber unberechtigt. Er verrät den eigentlichen Grund der damaligen Einstellung der Instanzen.

„Hätten wir damals aber den Streik geführt, so wäre dem Tarif und Schlichtungswesen ein Stoß versetzt worden, von dem man sich so leicht keine Vorstellung machen kann. Die Arbeiter haben alle Ursache, am Schlichtungswesen festzuhalten. Das Zwangsschlichtungswesen sei ein Gesetz für die Arbeiter!

Ueber das letzte Lohnabkommen ging er sehr oberflächlich hinweg und erklärte zur Nichtkündigung des Manteltarifs, daß bei einer Umfrage an die Gauvorstände sich die Mehrheit für die Kündigung ausgesprochen hätte, aber nachdem man sie nach Berlin zusammenholte, doch ein anderes Ergebnis erzielt werden konnte. Dann behauptete er, es könne nicht richtig sein, daß die Löhne hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben wären. Der Reallohn sei ständig gestiegen. (!)

Dann kam er zur Behandlung der Maschinensetzerfrage. Bei den Berliner Maschinensetzern seien sehr gefährliche Anfänge einer Zersplitterungstendenz festzustellen. Alle Beschlüsse zur Aufhebung ihrer Solidaritätskasse halfen nichts; unterirdisch funktionierte sie weiter. Wir hatten schon die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes erwogen. Wenn die Berliner Maschinensetzer sich den Beschlüssen des Verbandstages nicht fügen, so hat das organisatorische Konsequenzen. Er klagte dann darüber, daß über die Hälfte der Delegierten des Maschinensetzerkongresses mit den Berlinern sympathisierten. Die Publikationsorgane der Sparten dürften keine Ersatzblätter für den „Korrespondent" werden. Außerdem müßten sie sich in der Kritik der Verbandsinstanzen mehr Zurückhaltung auferlegen. (!)

Krautz ging dann auf die soziale Gesetzgebung ein und erklärte, indem er sich mit der SPD.-Politik solidarisierte, „nicht Staatsregierung, sondern Staatsbejahung."

Es lägen dem Verbandstag Anträge auf weitere Arbeitszeitverkürzung und die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die 48-Stundenwoche vor. Er schloß seinen Bericht damit, daß er die Verantwortung für die Dinge, die in den Berichtsjahren nicht geklappt hätten, vom Vorstand auf die außerordentlichen Verhältnisse schob.

Als erster Diskussionsredner sprach der Kollege Huber (Königsberg). Er verteidigte den Antrag seines Bezirks zur Maschinensetzerfrage und sagte, man müsse die besonderen Verhältnisse würdigen, die die Maschinensetzer zu derartigen Maßnahmen veranlaßt haben. Krautz sei auf die Ursachen nicht eingegangen, die zum Lohnabbau führten. Die Maschinensetzer von Berlin wollen sich nur schützen. Die Maßnahmen des Zentralvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz können wir nicht gutheißen! Er empfiehlt, den Antrag 1 (Königsberg) anzunehmen.

Thomas (Leipzig) berührt die Tiefdruckfrage. Der Druckerkongreß hätte die getroffenen Abmachungen gutgeheißen, der Antrag zur Maschinensetzerfrage müsse abgelehnt werden. Ausschlüsse seien allerdings ein außerordentlicher, gefährlicher Schritt! Er ist nicht damit einverstanden, daß die Bewegungsfreiheit der Spartenblätter eingeengt werden soll.

Fritz Sporn (Breslau): „Gesetzlicher Zwang der Lohnfestsetzung verstackt die Gewerkschaftsbewegung." Er fragt:

„Ist die Gewerkschaftsbewegung im Zeichen der Schlichtungsordnung oder der Kämpfe groß geworden?"

Die Kollegen kommen nicht in die Versammlungen, sie sagen, es hätte gar keinen Zweck, die Löhne werden doch ohne uns festgesetzt. Er fragt Krautz, ob er die Früchte der Rationalisierung für die Arbeiterschaft und Verkürzung der Arbeitszeit durch den Schlichter erreichen will.

Thieme (Jena): 1928 verlangte der Hauptvorstand erst Resolutionen, dann Kündigungen, dann Zurücknahme der Kündigungen. Das war eine bittere Pille! Ein Kniefall vor den Unternehmern!

Albrecht (Berlin): Die Berliner seien auch nicht einverstanden gewesen mit der Nichtkündigung des Manteltarifs. Das Kompromiß des Maschinensetzerfongresses ist für mich nicht akzeptabel. Eigene Unterstützung der Sparten dürfe es nicht geben. Die Facharbeiternachweise müssen erhalten bleiben.

Jetzt schickte die SPD.-Fraktion einen Mannheimer Kollegen vor, der gegen die Opposition scharfmachen mußte.

Dieser will es seinen Gewerkschaftskollegen verbieten, sich in der Kommunistischen Partei zu organisieren. Dagegen fand er natürlich kein einziges Wort gegen die Solidarisierung des Verbandsvorsitzenden Krautz mit der Panzerkreuzerpolitik der SPD.-Führer. Vom Wachstum der Berliner Opposition haben ihn seine Fraktionskollegen wahrscheinlich nicht unterrichtet. Kurz und gut, es war ein Mann, der sich empfehlend in Erinnerung bringen wollte. (Um Anstellung wird gebeten. D. Red.)

Dann sprachen noch die Kollegen Stürz (Leipzig) und Meigelt (Magdeburg). Letzterer führte aus: Die Kollegen haben recht. Die Bewegung im Jahre 1928 hat große Erregung ausgelöst. Die Schlichtungsordnung ist eine Geburt der politischen Machtverhältnisse. Die Rationalisierung habe bisher nur erhöhtes Arbeitstempo gebracht. Er warnt vor allzu scharfem Vorgehen gegen die Opposition.

Die Sitzung wurde dann vertagt.

Betriebsmord

An den Folgen eines schweren Betriebsunfalls gestorben

Im Hettstedter Knappschaftskrankenhause starb am Mittwoch an den Folgen seiner Verletzung der 44 Jahre alte Häuer Hermann Kunze aus Gerbstedt. Er zog sich, wie bereits mitgeteilt, am 22. Juni durch niedergehendes Gestein auf dem Vitzthumschacht einen schweren Schädelbruch zu.

Naumburger Bauarbeiter, seid auf der Hut!

Konsumneubau an reaktionären Bauunternehmer vergeben — Reformisten als Antreiber tätig

In Naumburg wird auf der Spechsart-Siedlung eine Verkaufsstelle des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg gebaut. Dieselbe machte sich notwendig, da immer mehr schwarzweißrote Ladenhüter sich ausbreiteten. Bei der Ausschreibung des Neubaues hatten sich auch Unternehmer gemeldet, die der Genossenschaft angehören oder wenigstens deren Verwandschaft. Nach der Submission erhielt jedoch der reaktionäre Ordnungsblöcker und Stahlhelmer Burkhard den Neubau übertragen. Hier zeigt sich, in welchen arbeiterfeindlichen Händen sich die Geschäftsführung des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg befindet. Ausgerechnet dem Bauunternehmer übertrug man die Arbeiten, der am liebsten jeden sozialdemokratischen Arbeiter und Kommunisten mit Haut und Haaren auffressen möchte.

Viele hiesige Bauarbeiter hatten gehofft, auf dem Neubau des Konsumvereins Arbeit zu erhalten. Doch sie haben sich sehr geirrt. Nach wie vor müssen sie sich wegen der schlechten Bautätigkeit in Naumburg auswärts Arbeit suchen.

Bei der Einstellung von Arbeitskräften auf dem Genossenschaftsbau spielen der sattsam bekannte Stein und der berüchtigte Kassierer des DBV. eine schäbige Rolle.

Sie bestimmen und verfügen, wer Arbeit erhält. Somit werden die Bauarbeiter, die gegen die Methoden dieser Leute in der Gewerkschaft opponieren, glattweg an die Wand gedrückt. Der Korruptionsheld Mückenberg, der in den Streiktagen im Jahre 1925 die bekannten schändlichen Taten gegen die Arbeiterschaft vollbrachte und schon längst verdient hätte, davongejagt zu werden als Kassierer des DBV., ist noch zur Verhöhnung der Bauproleten zum Vorter des Konsumneubaues befördert worden. Er und sein Freund Stein haben eine besondere Baubude erhalten, damit sie mit ihren anderen Kollegen nicht zusammenkommen, weil schließlich ihre „Autorität" leiden würde. Mit diesem Bericht wollen wir keinesfalls die sich jetzt revolutionär gebärdenden sozialdemokratischen Unternehmer am Orte in Schutz nehmen. Wir wissen, daß dieselben zum größten Teil auch nur Geschäftssozialdemokraten sind und ihre Einstellung in der Linie der sozialdemokratischen Führer liegt. Bezeichnend ist es jedoch für die Vergebung des Neubaues, daß die Geschäftsführung nicht ihre Parteigenossen berücksichtigt. Die Einheitsfront zwischen den Reaktionären und Sozialfaschisten zeigt sich hier in aller Deutlichkeit. Wegen der Anwürfe, auf Grund der Haltung der Geschäftsführung durch Naumburger Genossenschaftler, erklärte der sozialdemokratische Geschäftsführer Wiegleb:

„Auf ein paar Austritte kommt es gar nicht an. Wir werden schon wieder neue Mitglieder erhalten."

Die Genossenschaftsopposition aber warnt vor Austritten aus der Genossenschaft.

Kein einziger Bauarbeiter darf durch diesen schädigen Vorgang verärgert werden. Jetzt heißt es um so mehr gegen die Bürokraten in der Genossenschaft vorzustoßen, um dieselben aus dem Arbeiterunternehmen zu beseitigen. Die nächsten Vertreterwahlen für den Konsum müssen ein anderes Resultat zeitigen. Mit den heutigen Mißständen muß unbedingt aufgeräumt werden.

Die Bauarbeiter haben jedoch die Pflicht, solche Gestalten wie Mückenberg und Stein aus den Reihen des Bauarbeiterverbandes auszustoßen. Diese Unternehmersöldlinge haben nichts im Bauarbeiterverband verloren und sind nicht imstande, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Am 1. Mai, am Weltfeier- und Kampftag der Arbeiterschaft, haben die beiden gearbeitet. Das ist der beste Beweis dafür, daß sie mit der revolutionären Arbeiterschaft gebrochen haben. Deshalb, Kollegen, Augen auf bis zur nächsten Generalversammlung! Rechnet mit diesen Reformisten ab und wählt Euch dann eine oppositionelle Zahlstellenleitung, die nicht vor den Unternehmern kuscht und zu Kreuze kriecht. Macht das alte Sprichwort der Bauarbeiterschaft wahr, nämlich:

„Die Bauarbeiter sind die Pioniere des Proletariats!"

Die SPD.-Bürokratie fährt Auto auf Kosten der Kranken

Vor einigen Monaten klagte die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck über Finanzschwierigkeiten. Es wurde beschlossen, die Leistungen für die Kranken herabzusetzen. In der letzten Vorstandssitzung wurde aber ein Beschluß gefaßt, ein sechssitziges Auto im Preise von zirka 20 000 Mark anzuschaffen, das „im Nichtbedarfsfalle auch zur Verfügung des Direktors stehen solle". Das ist in Wahrheit der einzige Zweck der Anschaffung des Autos, das durch Herabsetzung der Leistungen für die Kranken „erspart" worden ist. Direktor der AOK. ist der sozialdemokratische Senator Alfred Dreger. Er hat sein Auto geschafft. Um vor den Mitgliedern der Sache ein Mäntelchen umzuhängen, wurde erklärt, das Auto werde gebraucht, um Genesungsbedürftige in die Kurorte der AOK. zu fahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0011

Riesenkorruption in Sonneberg

SPD.-Stadtväter schlucken 200 000 Mark Tantiemen

Im Jahre 1913 wurden die Städtischen Gaswerke in Sonneberg an die Sächsischen Werke verschachert. Seit Jahren ist Verwaltungsdirektor der Sozialdemokrat König. Er ist ein eifriger Förderer der Errichtung eines Ferngaswerkes. Um rationell zu wirtschaften, wurden viele Arbeiter entlassen. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister Knauer verschacherte er das Licht- und Kraftwerk der Stadt im Jahre 1924 und wieder flogen viele Arbeiter auf die Straße. Der Strompreis wurde nicht herabgesetzt. Bis zum heutigen Tage hat die Stadt vom Ferngaswerk für den von ihr eingebrachten Anteil noch keinen Pfennig bekommen, wohl aber muß sie ihre Anleihen, die sie dazu aufnahm, verzinsen. Dringende soziale Ausgaben mußten zurückgestellt werden. Für Arbeiterwohnungen war kein Geld da. Die kommunistische Fraktion, die seit Jahren einen Kampf gegen die Verschacherung städtischer Betriebe und für die Verbilligung von Gas und Strom geführt hat, hat jetzt der proletarischen Oeffentlichkeit enthüllen können, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Knauer und der sozialdemokratische Stadtdirektor König als Tantiemen von der südthüringischen Gas- und Licht-A.-G. als Aufsichtsräte 200 000 Mark erhalten haben. Die Tatsache, daß beide Tantiemen erhalten haben, mußte in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung zugegeben werden, wenn auch die Höhe des Betrages noch bestritten wurde.

In der Sonneberger werktätigen Bevölkerung herrscht tiefste Empörung über diesen üblen Korruptionssumpf, in den die SPD.-Stadtväter verstrickt sind. Die kommunistische Fraktion fordert Auflösung des Stadtrats, weil diese korrumpierte Gesellschaft das Vertrauen der Arbeiter vollkommen verloren hat, Neuwahlen und Rückzahlung der Tantiemen.

„Straße frei für Faschisten!"

Das ist die Parole der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten

(Eig. Meld.) **Kassel**, 28. Juni.

Auch in Kassel haben die faschistischen Verbände zu Freitag einen nationalistischen Rummel gegen den Versailler Vertrag angesetzt. Die Kommunistische Partei hat die Arbeiter sofort zu einer Gegenkundgebung mobilisiert. Gestern abend hat der sozialdemokratische Polizeipräsident, der die faschistische Kundgebung genehmigte, die Demonstration der KPD. verboten. Als Begründung erklärte er, daß auf dem Platz, wohin die Arbeiter von der Kommunistischen Partei gerufen worden sind, eine Kirche steht, in der ein Gottesdienst gegen den Versailler Vertrag stattfindet. Wenn die Arbeiter trotz des Verbots demonstrieren würden, wird der sozialdemokratische Polizeipräsident mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten. Nun behaupte noch einer, daß die Sozialdemokraten keine Schrittmacher des Faschismus sind. Sie geben ihm die Straße frei, die sie den Arbeitern verbieten.

„Untersuchung" des Preußenkassenskandals

Die Donnerstagssitzung des Landtags war nur von kurzer Dauer. Neben Erledigung kleinerer Vorlagen wurde beschlossen, den Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Vorgänge bei der Kreditgewährung der Preußenkasse an die Landbund- und Raiffeisen-Genossenschaften sowie deren Finanzgebaren mit 29 Abgeordneten zu besetzen.

Die Aufdeckung des Riesenskandals der Preußenkasse, die Millionen über Millionen Steuergelder an die deutschnational geleiteten Genossenschaften der Großagrarier verschleuderte, wurde bekanntlich von unserem Genossen Rau im Landtag ausgewirkt. Die kommunistische Fraktion stellte auch sofort den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der aber damals von der SPD. und den Bürgerlichen geschlossen abgelehnt wurde. Erst später, als die SPD. mit den Deutschnationalen einig war, daß man gegenseitig die Korruptionen vertuschen müsse, stellte die SPD. ihrerseits den Antrag auf Einsetzung eines „Untersuchungs"-Ausschusses, der als angenommen galt, da sie selbst über mehr als ein Viertel der Abgeordnetensitze verfügt.

Die nachträgliche Einsetzung des Ausschusses ist nur Theater. Seine Aufgabe besteht in der Vertuschung der Schuld bei dem Skandal, die sowohl die Weimarer Koalition, als auch die deutschnationalen Landbündler trifft.

Der Landtag vertagte sich auf Montag, den 1. Juli, nachmittags 1 Uhr, um an diesem Tage den Vertrag des Sozialdemokraten Braun mit dem Papste zu beraten.

Der vorsichtige Müller Hermann

(Eig. Meld.) **Berlin**, 27. Juni.

Die nationalistischen Parteien und Verbände haben im ganzen Reiche zum 28. Juni zu Kundgebungen aufgerufen, an denen des Tages von Versailles, der sich am 28. Juni zum zehnten Mal jährt, in schwülstigen Revanchereden gedacht werden soll. Diesen Kundgebungen hatten sich auch die Berliner Hochschulen angeschlossen, die ebenfalls am 28. Juni abends eine große Kundgebung veranstalten wollen. Es hatte zuerst den Anschein, als ob sich auch die Regierung und die Reichsbehörden an den Kundgebungen beteiligen wollten, doch ist heute eine Anweisung der Regierung erfolgt, der zufolge die Reichsregierung, die Staatsregierung und die preußischen Behörden sich nicht an diesen Kundgebungen zu beteiligen haben. Die Regierung fürchtet, daß durch allzu lärmvolle Kundgebungen die Außenpolitik der Reichsregierung gestört werde und deshalb werden sich die Reichsregierung und alle staatlichen Behörden und Instanzen an diesen Kundgebungen nicht beteiligen. Statt dessen wird die Regierung eigene Veranstaltungen aufziehen, in denen den außenpolitischen Belangen Rechnung getragen werden soll.

Mittelalterliche Rechtsprechung

(Eig. Meld.) **Berlin**, 27. Juni.

Das Schwurgericht in Potsdam verurteilte gestern nachmittag den prakt. Arzt Dr. Müller wegen vollendeter Abtreibung in zwei Fällen und versuchter Abtreibung in einem Fall zu 3 Monaten Gefängnis. Diese Verurteilung zeigt aufs neue die Schändlichkeit des § 218, der im Strafrechtsausschuß vor kurzem erneut wieder in dem neuen Strafgesetzentwurf aufgenommen wurde. Die Verurteilung Dr. Müllers ist um so skandalöser, als dieser Arzt nicht etwa aus finanziellen Gründen die Abtreibungen vorgenommen hat, sondern um den armen bedrängten Proletarierfrauen zu helfen. Er hat, wie festgestellt wurde, stets nur für die Abtreibungen sehr mäßige Honorare genommen.

Die Getreideproduktion der Sowjetgüter wird zusammen mit der Aufbringung durch Frühankaufsverträge mit den Bauern 5 Millionen Tonnen gegenüber 1,170 Millionen im Vorjahre betragen.

Selbstmordversuch im Reichstag

(Eig. Meld.) **Berlin**, 27. Juni.

Am gestrigen Nachmittag, während die Regierungsparteien über den Abbau der Arbeitslosenversicherung und die weitere Verschlechterung der Krisenfürsorge berieten, während im Plenum die Regierungsparteien enorme Zollerhöhungen durchpeitschten, hat ein verzweifelter Arbeitsloser im Reichstagsgebäude versucht, sich mit einer Rasierklinge die Pulsader zu öffnen. Ein Polizeibeamter, der sofort zur Stelle war, konnte den Verletzten einen Notverband anlegen, so daß er nicht verblutete. Er wurde dann auf das Polizeirevier gebracht und von seinen Angehörigen abgeholt. Dieser bezeichnende Vorfall wurde den bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten vorenthalten, um die Herrschaften bei ihrer Arbeit, die Lebenslage der Werktätigen zu verschlechtern, nicht zu stören.

Drei SPD.-Blätter pleite

Unser Bruderorgan die Düsseldorfer „Freiheit" erklärt aus sozialdemokratischen Kreisen, daß die katastrophale Lage der linksrheinischen sozialdemokratischen Presse jetzt zu einschneidenden Maßnahmen geführt hat. Durch rapiden Abonnentenschwund waren die Finanzen der drei sozialdemokratischen Zeitungen in Crefeld („Freie Presse"), in Neuß („Freier Sprecher") und in München-Gladbach („Volkswacht") so zerrüttet worden, daß sich der Parteivorstand weigerte, die riesigen Zuschüsse, mit denen diese Blätter noch erhalten wurden, weiter zu bezahlen. Es wurde beschlossen, die drei genannten Zeitungen eingehen und nur noch als Kopfdistrikt der Düsseldorfer „Volkszeitung" erscheinen zu lassen. Das soll auch die Sanierung der Düsseldorfer „Volkszeitung" erleichtern, deren Lage gleichfalls bedroht ist.

Die Panzerkreuzer- und Konkordatspolitik der SPD. sagt ihrer Presse die Leser davon. Kein Arbeiter mit Klassenbewußtsein vermag auch nur die Presse einer solchen Partei zu halten. Arbeiter abonniert die kommunistische Presse.

14 Arbeiter vor dem elektrischen Stuhl

Der weiße Terror in den amerikanischen Südstaaten

(Inprekorr.) **Neuyork**, 26. Juni.

Gegen 14 Arbeiter, die an dem Zusammenstoß bei dem Polizeiüberfall auf die Streikleitung von Gastonia beteiligt waren, wobei ein Polizeioffizier getötet wurde, ist Anklage wegen Mordes erhoben worden. Den Angeklagten droht die Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl. Acht weitere Arbeiter sind wegen Beihilfe zum Morde angeklagt, wofür ihnen langjährige Gefängnisstrafen drohen. Alle Angeklagten hatten bis vor kurzem, obwohl sie bereits längere Zeit in Haft sind, keine Möglichkeit, sich mit ihren Rechtsanwälten in Verbindung zu setzen; sie sind im Gefängnis auf das grausamste mißhandelt worden. Die Hetze der bürgerlichen Presse hat zur Folge, daß die Lyncher beabsichtigen, die Gefangenen, einschließlich dreier Frauen, bei der nächsten Gelegenheit zu töten.

Ein Telegramm der „Associated Preß" berichtet die Wiedererrichtung des Zeltlagers der aus den Werkswohnungen exmittierten Streikenden in einer Weise, die darauf berechnet ist, die Pogromstimmung gegen die Streikenden in den Südstaaten aufzustacheln. Bei einer von der IAH. in Gastonia veranstalteten Protestdemonstration wurden 27 Arbeiter, die aus Chikago zur Teilnahme an der Demonstration nach Gastonia gekommen waren, verhaftet.

Macdonald und die Bergarbeiter

Von W. Holmes (London)

Die Lage im Bergbau ist zweifellos das schwierigste innenpolitische Problem, vor dem die Macdonald-Regierung steht. Die nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1926 abgeschlossenen Bezirkstarife laufen in diesem Jahre für die wichtigsten Kohlenreviere ab; die Bergarbeiter erwarten baldigste Erfüllung der Wahlversprechungen der Labour Party, die unter anderem auch versprach, das von Baldwin erlassene Gesetz über den Achtstundentag im Bergbau abzuschaffen und den Siebenstundentag wieder einzuführen. Aber die Labour Party hat eine solche Verpflichtung formell nicht übernommen; sie sprach nur ganz allgemein von einer Kürzung der Arbeitszeit im Bergbau und ließ es absichtlich dabei bewenden.

Die Stimmung der Bergarbeiter zeigt sich deutlich in den Resolutionen, die die verschiedenen Bezirksverbände für den alljährlichen Kongreß des Bergarbeiterverbandes eingebracht haben, der für Juli nach Blackpool einberufen ist. Diese Resolutionen fordern einen einheitlichen Tarif für alle Kohlenreviere (an Stelle der jetzigen Bezirkstarife) mit einem garantierten Mindestlohn: die Sicherung einer höheren Lebenshaltung für die Bergarbeiter, die Abschaffung des gesetzlichen Achtstundentages im Bergbau und die Wiedereinführung des Siebenstundentages, die Wiedereinführung des Gewerkschaftsgesetzes von 1927 und schließlich die baldige Einbringung eines Gesetzes zur Nationalisierung des Bergbaus.

Im Namen der Grubenbesitzer hat der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Evan Williams, bereits die Erklärung abgegeben, daß die Unternehmer über die Frage eines Tarifes für das ganze Land nicht einmal diskutieren werden. Die Labour Party und die Führer des Bergarbeiterverbandes haben im „Miner" und im „Daily Herald" der „Hoffnung" Ausdruck gegeben, daß die Grubenbesitzer „wenigstens die Unklugheit von Bezirksabkommen zugeben werden". Macdonald hat zweifellos in der gleichen unbegründeten „Hoffnung", die widerspenstigen Grubenbesitzer zu „überreden", Ben Turner, den bekannten Kampfer des „Industriefriedens", zum Bergbauminister gemacht. Turner war Vorsitzender des Generalrats, als dieser seine „Konferenzen" mit Lord Melchett (Mond) abhielt, die gewöhnlich als Melchett-Turner-Konferenzen bezeichnet werden.

Die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes haben in der Frage des Siebenstundentages einen bezeichnenden Versuch unternommen, jede öffentliche Diskussion dieses Problems zu unterbinden. Die Exekutive des Verbandes trat vergangene Woche in London zusammen und umgab ihre Verhandlungen mit noch größerer Heimlichkeit als je zuvor. Inoffiziell wurde bekannt, daß die Exekutive beschloß, eine Deputation zur Regierung zu entsenden, die um „baldigste Behandlung der Arbeitszeitfrage" ersuchen sollte. Aber die Exekutive, die sich so gezwungen sah, eine offizielle Erklärung herauszugeben, gab sich die größte Mühe, um zu unterstreichen, daß die Deputation vorschlug, die Probleme des Bergbaus zu „diskutieren", ohne daß dabei die Arbeitszeit erwähnt wurde.

Die Bedeutung dieser absichtlichen Unklarheit wurde durch weitere Aeußerungen von Führern des Verbandes noch klarer gemacht. Herbert Smith, der Vorsitzende des Verbandes „hofft", „daß die Bergarbeiter der Labour-Regierung volles Verständnis entgegenbringen werden, daß wir aber früher oder später zu dem zurückkommen werden, wo wir 1926 standen", d. h. zum Siebenstundentag und zu einem Tarif für das ganze Land.

A. J. Cook ist, wie das für Renegaten typisch ist, sogar noch unverhohlener. In einer Rede, die er am 16. Juni in Hinckley hielt, unterstrich er, daß das beabsichtigte Zusammentreffen von Führern des Bergarbeiterverbandes mit der Regierung „diese nicht zwingen oder bedrohen, sondern zur Diskussion über die gesamte Lage dienen solle":

„Wir müssen die Aufgabe verstehen, vor der unsere Genossen im Parlament stehen. Wir dürfen das Endziel nicht einiger unmittelbarer Ziele halber opfern. Der Bergarbeiterverband wünscht nicht, die Labour-Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Vor allem wollen wir eine Krise gegen Ende des Jahres (d. h. wenn die Tarife ablaufen) vermeiden."

Er schloß mit der Erklärung, daß

„jeder Schritt, den wir unternehmen, sorgfältig überlegt und im Licht der nationalen Wirtschaft und der internationalen Lage untersucht werden wird".

Dieser letzte Punkt dürfte von besonderer Bedeutung sein, da die Labour-Regierung internationale Verhandlungen als ein Mittel zur Hinausschiebung irgendwelcher Maßnahmen im britischen Bergbau anwenden kann. Hier zeigt sich die Bedeutung der Resolutionen, die auf der letzten Sitzung der Bergarbeiterinternationale gefaßt wurden, die vergangene Woche in London stattfand.

Die Grubenbesitzer haben inzwischen eine weitere bezeichnende Illustration zu ihrem erbarmungslosen Kampf gegen die Bergarbeiter geliefert. In den Kohlengruben von Warwickshire droht eine Aussperrung; die Grubenbesitzer haben die Schließung der Gruben angezeigt, weil ein Schiedsspruch die zeitweilige Lohnherabsetzung aufhob, auf die man sich geeinigt hatte. Diese Lohnherabsetzung bestand in der Senkung des Mindestlohnes von 43 auf 32 Prozent des Grundlohnes. Der Schlichter erklärte, der Mindestlohn müsse wieder auf 43 Prozent heraufgesetzt werden, da die Gruben mit Ueberschuß arbeiteten. Die Unternehmer kündeten daraufhin an, sie würden ihre Gruben schließen und sie erst wieder in Gang setzen, wenn die Bergarbeiter die Herabsetzung des Mindestlohnes auf 32 Prozent des Grundlohnes annehmen.

Schüsse im französischen Konsulat

Im Büro des französischen Konsulats erschien am Mittwochvormittag die 26 Jahre alte Frau Agathe Makoroff, eine geborene Lettin, in Begleitung ihres Ehemannes und mit ihrem ein Monat alten Kinde auf dem Arm, mit der Absicht, Schadenersatzansprüche auf dem Konsulat geltend zu machen. Als ihr im Verlauf der Verhandlungen ihre Geldforderung abgelehnt wurde, zog sie plötzlich einen Revolver aus der Tasche und feuerte zwei Schüsse gegen die Decke des Zimmers. Ein Beamter des Konsulats alarmierte sofort das Ueberfallkommando, das die Täterin mit ihrem Manne und dem Kinde nach dem nächsten Polizeirevier brachte.

Bilder vom Berliner französischen Konsulat: Links Konsul René Binet; rechts das Empfangszimmer des Konsulats

In einem Erlaß an das deutsche Volk verzapft die Müller-Regierung die üblichen kostenlosen Phrasen.

Die Hauptstadt von Afghanisch-Turkestan Nazar i Scharif ist von den Kabultruppen wieder besetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 28. Juni 1929 | 9. Jahrgang ⋆ Nr. 132

Zehn Jahre nach Versailles

Severing droht mit der Diktatur

Neue Massensteuern — Fememörder Schulz freigelassen — Lügen-Künstler im Schutze der Justiz

Betriebsunfall des Sozialfaschismus

Das Republikschutzgesetz findet im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit — § 48 soll helfen

(Eig. Meldg.) Berlin, 28. Juni.

Die Abstimmung über das Republikschutzgesetz im Reichstag wurde auf die späten Abendstunden verschoben. Der Zweck dieser Verschiebung war der Versuch der Regierung, die Wirtschaftspartei, deren Stimmen man für die Zweidrittel-Mehrheit benötigte, durch ein Handelsgeschäft für die Annahme des Gesetzes zu gewinnen. Dieser Versuch mißglückte. Das Republikschutzgesetz kam zu Fall, da von 431 Abgeordneten 166, also mehr als ein Drittel, gegen die Verlängerung dieses Gesetzes stimmten.

Als nach dem Fall des Republikschutzgesetzes der Innenminister Severing das Wort ergriff, entstand ein ungeheurer Tumult. Rufe wie „Kapp-Verbrecher“, „Arbeitermörder“, „Polizeibüttel der Bourgeoisie“ schwirrten im Saal. Da der Präsident sich keine Ruhe verschaffen konnte, wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung drohte Loebe mit Anwendung von Polizeimethoden. Severing hielt dann unter dauernden Zwischenrufen der Kommunisten, die von Loebe mit zahlreichen Ordnungsrufen beantwortet wurden, eine Rede.

Das Schandgesetz der Republik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ist zu Fall gebracht worden. Mit zynischer Offenheit hat Severing in seiner Rede nach der Ablehnung zugestanden, daß dieses Gesetz ein Instrument war zum Schutze der kapitalistischen Ausbeuter und zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1923, als die Arbeiter proletarische Hundertschaften und Kontrollorgane bildeten, dieses Gesetz vortreffliche Dienste zur Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft getan habe. Dieses Gesetz, das nach der Ermordung Rathenaus angeblich gegen die Monarchisten und Nationalisten erlassen worden war, hat dieser Gesellschaft niemals wehe getan.

Wir Kommunisten jubeln nicht über den Fall des Schandgesetzes. Wir wissen, daß auch ohne Republikschutzgesetz der gesamte Staatsapparat gegen die Arbeiterschaft und gegen ihre Führerin, die Kommunistische Partei, zur Verfügung steht und angewandt wird. Severing hat in seiner Rede erklärt, daß die Regierung Mittel genug in der Hand hat, um gegen die Kommunistische Partei und die Arbeiterschaft vorzugehen.

Er drohte mit beispielloser Brutalität, daß er zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft nicht vor der Anwendung der äußersten Mittel, vor der Errichtung der nackten Diktatur mit Berufung auf den § 48 der Verfassung zurückschrecken werde.

Diese Aeußerung Severings wurde von der sozialdemokratischen Fraktion und besonders von den „linken“ Sozialdemokraten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Kommunistischen Reichstagsfraktion entstand bei der Rede Severings eine ungeheure Empörung. Der Genosse Thälmann bezeichnete Severing als einen Gesinnungslumpen. Er wurde dafür von Loebe aus dem Reichstag gewiesen. Die gesamte kommunistische Fraktion folgte ihm, um damit die Charakterisierung Severings durch den Genossen Thälmann zu unterstreichen. In der darauf folgenden Debatte, die von den Kommunisten erzwungen wurde, sprach der Genosse Pieck, der die Rolle Severings in der Vergangenheit aufzeigte.

München wetteifert mit Zörgiebel

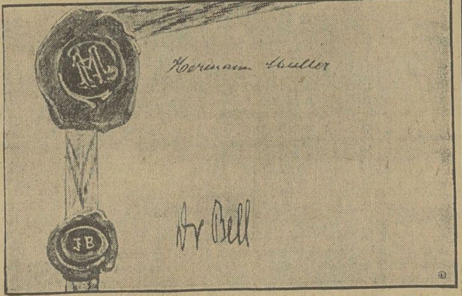
Der Münchener Polizeipräsident hat die für den 1. Juli von der Roten Hilfe angekündigte Versammlung, in der ein Mitglied des Berliner Mai-Ausschusses über die blutigen Maimorde in Berlin berichten und in der der Film über die Maitage gezeigt werden sollte, verboten, weil in der von der Roten Hilfe angekündigten Versammlung unter Vorführung von Lichtbildern über die Vorgänge im Mai in Berlin berichtet werden soll und durch diese Veranstaltung die Münchener Kommunisten für die gleichen, den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Handlungen begeistert und geschult werden sollten. Die bayrische Reaktion will den Berliner Arbeitermördern nicht nachstehen.

Hermann Müllers „schwerste Stunde“

Wie Hermann Müller im Schweiße seines Angesichts den Vertrag unterzeichnete

Wir wollen unseren Lesern das Vergnügen sparen, die ausführliche Beschreibung der Formalitäten der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, wie sie Hermann Müller in dem Buch „So war es in Versailles“ mit breitem Verweilen bei allen diplomatischen Zeremonien und Formalitäten gibt, zu lesen. Aber eine kleine Szene verdient doch abgedruckt zu werden. Sie ist ein allzu treues Spiegelbild der grenzenlosen Eitelkeit, des grotesk-pathetischen Nationalismus, der in diesen Memoiren Hermann Müllers überall zum Ausdruck kommt. Müller beschreibt den Verlauf der Unterzeichnungszeremonie und seine physiologischen Folgen für ihn selbst wie folgt:

„Jetzt löste sich die Spannung in ganz eigenartiger Weise. Ich hatte mich seit 1½ Stunden außerordentlich in der Gewalt. Von dem Augenblick an, wo mich die Obersten in Empfang genommen hatten, bis zu dem, wo sie sich verabschiedeten, vor allem aber in der Stunde, in der ich den tausend Blicken im Spiegelsaal ausgesetzt war, hatte ich eine Maske der rein geschäftsmäßigen Korrektheit angenommen. Nichts in meiner Haltung, in meinem Gang, in meinem Blick, in meinen Bewegungen sollte zu irgendwelchen Deutungen Anlaß geben. Ich wollte den tiefen Schmerz des deutschen Volkes, das ich in diesem Augenblick vertreten mußte, nicht den gierigen Blicken unserer bisherigen Feinde preisgeben. Das war mir nicht nur äußerlich gelungen — im „Temps“ und in anderen Blättern wurde ausdrücklich betont, daß es unmöglich gewesen wäre, irgend etwas aus unseren Blicken und Bewegungen herauszulesen —, sondern ich hatte es bei der Durchführung dieses Vorsatzes sogar so weit gebracht, alle inneren Regungen zu unterdrücken. Welche ungeheure Nervenanspannung diese Haltung kostete, das sollte ich erst merken, als ich wieder allein war. In derselben Stunde, in der ich in meinem Zimmer Hut und Gehrock ablegte, um mich umzukleiden, strömte der Schweiß aus allen Poren in einer Weise, wie ich es nie zuvor erlebt hatte. Das war eben die physische Reaktion, die dieser unerhörten physischen Belastungsprobe unmittelbar folgte. Und nun erst fühlte ich, daß ich die



Die Unterschriften von Hermann Müller und Dr. Bell unter dem Vertrag von Versailles

schwerste Stunde meines Lebens hinter mir hatte.“

Die Müller-Memoiren können ohne Uebertreibung den Lebenserinnerungen Mathilde von Ludendorffs im „Acht-Uhr-Abendblatt“ oder den Memoiren „Wilhelms, des Ausgerissenen“ zur Seite gestellt werden.

Der 28. Juni

Zehn Jahre Versailles und ein Jahr Koalitionspolitik

—e. Halle, 28. Juni.

Am 28. Juni 1919 unterzeichnete Hermann Müller als Außenminister der deutschen Republik mit Dr. Bell in Paris den Friedensvertrag von Versailles. Am 28. Juni 1928 bildete Hermann Müller das Kabinett der Großen Koalition. Zehn Jahre Versailles — ein Jahr sozialdemokratische Koalitionspolitik! Fürwahr, das sind einige Daten, zu denen deswegen Stellung genommen werden muß, weil an ihnen Ströme von Blut und Tränen der werktätigen Massen kleben.

*

Besinnen wir uns: Vor zehn Jahren ging über den Streit um die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages die Scheidemann-Regierung zum Teufel und eine neue Regierung mit Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Wissell und Noske wurde ausdrücklich als die Regierung geschaffen, die in Versailles den „Schmachfrieden“ unterzeichnen sollte. Und so geschah es. Ein offizielles Wutgeheul aus dem Lager der besiegten deutschen Imperialisten begleitete diese Handlung. „Deutschland wird vernichtet“, die „Kriegsschuldlüge wird uns erdrücken“, diese „Verletzung unserer nationalen Ehre“ können wir nicht hinnehmen. Versailles ist der „schwarze Tag des deutschen Volkes“.

Sogar so ein angeblich so kluger und weitsichtiger Mann, wie der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg schickte seinem Vorgänger, dem Reichspräsidenten Fritz Ebert am 20. Juni 1919 folgende Erklärung aus dem Großen Hauptquartier, die auch beweist, daß Deutschlands Geschic[illegible]er Mann mit Ludend[illegible]

„W[illegible]eligkeiten militärisc[illegible]n zurückzuero[illegible]ten. (Durch Versa[illegible] Im Westen könn[illegible] angesichts der milit[illegible]er Möglichkeit, uns [illegible] Erfolg rechnen. Ein [illegible] ist daher sehr fragl[illegible]Red.), aber ich muß [illegible] Untergang ein[illegible]en.

[illegible] Hindenburg.“

Hind[illegible] vor, sich zum Reichsp[illegible]“ wählen zu lassen. [illegible] 19. Juni erklärten [illegible]ske die Oberkomman[illegible]n, z. B. von Bayern [illegible]it, daß sie der Regieru[illegible] „Schmachparagraphen[illegible]Lüttwitz, der Bundes[illegible]n

„wohl[illegible]appen bolsche[illegible]arten, daß die Masse[illegible] Stellung gege[illegible]eral v. Lüttwitz [illegible]iese Stellungnahm[illegible]ßte!“

Und[illegible]swehrminister, gab das [illegible] ebenfalls „den Wunsch hege, wegen des unerhörten Schmachfriedens aus dem Dienst zu scheiden.“ Von diesen Militaristen und Junkern begriff nur Lüttwitz dunkel das, worauf für die Trustbourgeoisie es ankam: Um Deutschland vor der bolschewistischen „Gefahr“ zu schützen, um der deutschen Bourgeoisie die politische Herrschaft zu erhalten, mußte ein Waffenstillstand mit den anderen imperialistischen Mächten abgeschlossen werden. Das verstanden die Sozialdemokraten und natürlich auch ihre großbürgerlichen Hintermänner. Und danach handelten sie. Der „Schmachfriede von Versailles“ war die erste Atempause für die deutsche Trustbourgeoisie zur planmäßigen Organisierung ihres Kampfes gegen den „inneren Feind“, den deutschen Kommunismus und dessen besten Bundesgenossen, die Sowjetunion. Die „Niederwerfung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290628-17/fragment/page=0013